

# Preußische Allgemeine



Nr. 3 · 21. Januar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



## Der nächste Versuch

Im dritten Anlauf soll Friedrich Merz CDU-Vorsitzender werden. Über die Lage einer zutiefst verunsicherten Partei **Seite 3**



**Geschichte** Vor 75 Jahren beschloss die CDU ihr Ahlener Programm **Seite 10**



**Oppeln** Das Staatsarchiv würdigt vergessene Bürger der Stadt **Seite 18**

### AUFGEFALLEN

## Nancy allein zu Haus

Zu den Kuriositäten der neuen Bundesregierung gehört zweifelsohne Innenministerin Nancy Faeser. Diese kannte bis zu ihrer Nominierung durch Kanzler Olaf Scholz – außer vielleicht ein paar Genossen der 19,8-Prozent-SPD in Hessen, deren Fraktionsvorsitzende im Wiesbadener Landtag Faeser bis zum Herbst war – kein Mensch. Innenministerin und somit Inhaberin eines der wichtigsten Staatsämter der Republik wurde sie lediglich, weil Scholz vor der Wahl irgendwo angekündigt hatte, mindestens die Hälfte seines Kabinetts mit Frauen besetzen zu wollen.

Trotz dieses spärlichen Hintergrunds geht Faeser gleich zu Beginn ihrer Amtszeit daran, ganz große Spuren zu hinterlassen. Eine „Koalition der Willigen“ will sie bilden, die angesichts der Blockadehaltung zahlreicher EU-Mitgliedstaaten in Sachen Zuwanderung freiwillig weitere Migranten aufnehmen. Bislang besteht diese „Koalition“ freilich nur aus Deutschland. Weder das links-grün geführte Spanien, noch das sozialdemokratisch regierte Dänemark, noch das liberal-konservativ-grün geführte Irland wollen Frau Faeser beispringen. Von den sonstigen Regierungen ganz zu schweigen.

Um so bedenklicher das Verhalten Faesers. Wie kann es sein, dass eine Politikerin, die bis vor Kurzem selbst für professionelle Beobachter des Geschehens unbekannt war, die bei der Bundestagswahl zu keinem Schattenkabinetts gehörte und auch auf keinem Wahlplakat zu sehen war, nun im Alleingang so weitgreifende Entscheidungen fällt? *neh*

### SICHERHEITSPOLITIK

## Ein gefährliches Spiel am Rande des Abgrunds

Anstatt im Konflikt zwischen der Ukraine und Russland zu deeskalieren, ergehen sich die Regierungen in Ost und West in gegenseitigen Drohungen

VON RENÉ NEHRING

**D**roht ein neuer Krieg im Osten Europas? Vor wenigen Tagen sprach NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von umfangreichen russischen Truppenbewegungen im Grenzgebiet zur Ukraine. Und die „New York Times“ berichtete von der Zusammenziehung von über 100.000 russischen Soldaten im Grenzgebiet sowie von regelmäßigen „Aufklärungsflügen“ der US-Air Force entlang der Grenze zu Russland.

Damit erreicht der seit 2014 schwelende, mal kalte, mal etwas heißere Konflikt zwischen der Ukraine und Russland einen neuen Höhepunkt. Seit der damaligen Annexion der Halbinsel Krim durch Russland und der Aktivierung prorussischer Aufstände im Osten der Ukraine ist auch das Verhältnis von Europäischer Union und NATO zu Russland nachhaltig beschädigt. Neben Sanktionen gegen russische Firmen und hohe Repräsentanten des politischen Systems reagierten die westlichen Bündnisse auf das Verhalten Moskaus mit dem Einfrieren zahlreicher gegenseitiger Beziehungen.

Acht Jahre kalter Krieg, beziehungsweise heißer Frieden haben ihre Spuren hinterlassen. Allerorten herrscht Misstrauen, schon kleinste Manöver beziehungsweise Verschiebungen von Truppen beschwören die Gefahr eines großen militärischen Konflikts herauf. Die jüngste Es-

kalation begann mit der Aussage des US-Präsidenten Joe Biden im Dezember 2021, dass seine Geheimdienste Erkenntnisse über Pläne für eine russische Invasion in die Ukraine hätten. Seitdem warnen zahlreiche westliche Regierungen und die EU-Kommission Russland vor einem militärischen Vorgehen und drohten für den Fall eines Einmarsches weitere Sanktionen an. Russland wiederum forderte die NATO auf, die 2008 für die Ukraine und Georgien eröffneten Beitrittsperspektiven zu widerrufen und jegliche Militärübungen in der Nähe seiner Grenzen zu unterlassen.

### Aufprall in der Realpolitik

Für die neue deutsche Regierung bedeutet der Konflikt die erste große sicherheitspolitische Herausforderung – und den harten Aufprall in der Realpolitik. Die bisherige Bundeskanzlerin Angela Merkel war in den vergangenen Jahren die Einzige, die trotz großer Meinungsunterschiede sowohl in Moskau als auch in Washington und in Kiew gehört wurde. Ansonsten haben die meisten deutschen Politiker – darunter die neue Außenministerin Annalena Baerbock – bei nahezu jedem Konflikt mit Moskau geradezu reflexhaft den Stopp der Ostseepipeline NordStream 2 gefordert. Diesem Ansinnen freilich hat Bundeskanzler Scholz mit der Aussage, dass es sich bei dem Projekt um eine privatwirtschaftliche Angelegenheit handle, eine Absage erteilt.

Was fehlt ist eine Perspektive, die den legitimen Interessen aller Beteiligten Rechnung trägt. Russland wird akzeptieren müssen, dass der Kreml keinem Land untersagen kann, Mitglied der NATO zu werden, und dass jedes Agieren gegen einen Beitrittskandidaten andere Staaten noch näher an die NATO rückt. Der Westen wird im Gegenzug akzeptieren müssen, dass es klüger ist, die bestehenden Bündnisse nicht zu erweitern, um die Russen nicht zu provozieren – und stattdessen nach anderen Wegen zu suchen.

Ein denkbarer Ausweg wäre eine Rückbesinnung auf die OSZE, in der alle Konfliktparteien gleichberechtigte Mitglieder sind. Und ein erster möglicher Schritt zum langen Wiederaufbau von Vertrauen wäre die Reaktivierung von Formaten wie dem NATO-Russland-Rat, der einst geschaffen worden war, um im Falle eines Konfliktes wenigstens auf der Fachebene einen Gesprächskanal zu haben – und dann seit 2014 weitestgehend auf Eis lag.

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor hundert Jahren hat gezeigt, in welche Katastrophe Europa und die Welt gleiten können, weil die Regierungen das gegenseitige Misstrauen nicht aus der Welt schaffen konnten. Dies sollte Warnung genug sein, das allseitige Geraune und Androhen von Sanktionen zu unterlassen – und stattdessen alle Bemühungen darauf zu richten, einen Konflikt, der niemandem nützt, endlich zu beenden.

### IN DIESER AUSGABE

#### Politik

Das chaotische Hin und Her in Sachen Impfpflicht sorgt für Verwirrung der Bürger **Seite 4**

#### Kultur

Das Klassik-Festival La Folle Journée von Nantes feiert Franz Schubert **Seite 9**

#### Das Ostpreußenblatt

In Königsberg wird ein ausgemustertes Forschungsschiff zum Hotel **Seite 13**

#### Lebensstil

Im ostfriesischen Rysum steht eine der ältesten Orgeln der Welt **Seite 21**



#### Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite [paz.de](http://paz.de)



4 191814 303404 03  
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

**Thorium-Flüssigsalzreaktoren** Kernreaktoren, in denen der Kernbrennstoff in Form geschmolzenen Salzes vorliegt, bieten eine Fülle von Vorteilen. In China wird in nächster Zukunft eine Versuchsanlage in Betrieb gehen

## „Perfekte Technologie“

Der Ausgangsstoff ist billig und weltweit vorhanden, nicht einmal Kühlwasser wird benötigt und der Müll wird weniger und verfällt viel schneller als herkömmlicher Atommüll: Die Thorium-Technologie steht für eine neue Qualität der Nutzung der Kernenergie

WOLFGANG KAUFMANN

Im Hongshagang-Industriepark bei Wuwei in der zentralchinesischen Provinz Gansu wird in nächster Zukunft eine Versuchsanlage in Betrieb gehen, die das Potential besitzt, nicht nur die Energieerzeugung im Reich der Mitte, sondern in der ganzen Welt zu revolutionieren. Keine Kohlendioxidemissionen mehr infolge der Nutzung fossiler Brennstoffe, keine Landschaftsverhandlung durch Windräder, kein massenhafter Einsatz von Akkus aus umweltschädlicher Produktion, keine Stromausfälle bei Windstille und Bewölkung, aber auch kein Strahlungsrisiko aufgrund von Reaktorhavarien, alles das verspricht der innovative Thorium-based Molten Salt Reactor-Liquid Fuel No. 1 (TMSR-LF1) des Shanghai Institute of Applied Physics, der für eine neue Qualität der Nutzung der Kernenergie steht und dieser quasi einen „grünen Anstrich“ geben soll.

Die Funktionsweise des Thorium-Flüssigsalzreaktors TMSR-LF1 ist relativ einfach. Das schwach radioaktive Element Thorium wird in Flüssigsalz aufgelöst und mit Neutronen beschossen. Dadurch entsteht das Isotop Uran 233, dessen Spaltung große Wärmemengen freisetzt. Der Reaktor produziert also seinen Brennstoff selbst. Dieses Verfahren bringt letztlich sehr viel mehr Sicherheit als der Betrieb klassischer Kernreaktoren (siehe unten) und darüber hinaus auch noch eine Vielzahl weiterer Vorteile.

### Sechs Vorteile

Zum Ersten werden nur äußerst geringe Mengen an Thorium 232 benötigt. Denn der Energiegehalt einer Tonne Thorium entspricht der von 200 Tonnen Uran-Metall oder 28 Millionen Tonnen Kohle, wie der italienische Physik-Nobelpreisträger Carlo Rubbia errechnete.

Zum Zweiten gibt es überall auf der Welt größere Thorium-Vorkommen. Im Prinzip kommt das Element in der Gesteinskruste ähnlich häufig vor wie Blei und fällt zudem als Abfallprodukt bei der Förderung von Seltenen Erden an. Deshalb ist es auch nicht teuer. Dahingegen drohen perspektivisch Verknappungen und Preisexplosionen beim Uran, weil die

Zahl der konventionellen Kernkraftwerke neuerdings wieder deutlich zunimmt.

Zum Dritten kann ein Thorium-Flüssigsalzreaktor praktisch überall errichtet werden, also beispielsweise auch in Wüstenregionen. Denn er benötigt keinerlei Kühlwasser.

Zum Vierten entstehen bei seinem Betrieb auch deutlich weniger radioaktive Abfälle. Außerdem sollen über 99 Prozent des Atommülls aus dem TMSR-LF1 nach spätestens 300 Jahren in harmlose Isotope zerfallen sein. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die geringen Restmengen an länger strahlendem Material später in fortgeschritteneren Flüssigsalzreaktoren zu verarbeiten und damit gänzlich zu neutralisieren. Zum Vergleich: In mit Uran

betriebenen konventionellen Atommeilern fallen langlebige radioaktive Spaltprodukte mit Halbwertszeiten von vielen tausend Jahren an, obwohl nur ein kleiner Bruchteil des verwendeten Kernbrennstoffs genutzt wird.

Zum Fünften liegen die Kosten für den Bau und Betrieb von Thorium-Flüssigsalzreaktoren niedriger als bei den sonst meist verwendeten Leichtwasser-Reaktoren. Das resultiert vor allem aus dem geringen Betriebsdruck der Anlagen, der zahlreiche Sicherheitsvorkehrungen überflüssig macht, sowie der Tatsache, dass keine Brennstäbe beschafft werden müssen.

Zum Sechsten lassen sich Reaktoren wie der TMSR-LF1 auch deshalb ausgesprochen wirtschaftlich betreiben, weil in

ihnen nicht nur Uran 233 erbrütet wird, sondern zusätzlich noch viele andere radioaktive Spaltprodukte entstehen, die zum Beispiel in der Nuklearmedizin benötigt werden. Und manche der Radionuklide verwandeln sich sogar in ausgesprochen begehrte Elemente wie Rubidium, Zirconium, Molybdän, Ruthenium, Palladium, Neodym und Samarium. Desgleichen wird das Edelgas Xenon frei, das unter anderem als Isolationsmedium sowie in der Laser- und Raumfahrttechnik zum Einsatz kommt.

### Der Krieg ist aller Dinge Vater

Erfunden wurde die dem TMSR-LF1 zugrunde liegende Technologie nicht in China, sondern in den USA. Dort experi-

mentierten die Luftstreitkräfte bereits ab 1954 mit einem kleinen Flüssigsalzreaktor, der zum Antrieb von Langstreckenbomben dienen sollte. Das Projekt fand jedoch ein rapides Ende, als die Vereinigten Staaten über Interkontinentalraketen verfügten. Ebenso legten bundesdeutsche Wissenschaftler aus der Kernforschungsanlage Jülich zu Beginn der 1970er Jahre einige Studien über Flüssigsalzreaktoren vor, die letztlich wegen der ablehnenden Haltung des damaligen Leiters der Reaktorentwicklung, Rudolf Schulten, keine Beachtung fanden.

Ein weiterer Grund für die fehlende Akzeptanz des alternativen Reaktortyps war das absolute Desinteresse der Nuklearindustrie rund um die Welt. Mit den klassischen Atommeilern ließ sich hervorragend Geld verdienen, und auf die Einnahmen aus der Herstellung von Brennstäben wollte auch niemand verzichten. Deshalb wurden allerlei vorgeschobene Argumente gegen den Einsatz von Flüssigsalzreaktoren ins Spiel gebracht, wie beispielsweise das angeblich höhere Korrosionsrisiko und die hypothetische Gefahr, dass jemand die Meiler missbraucht, um waffenfähiges Spaltmaterial zu produzieren.

Dies hat die Volksrepublik China nicht davon abgehalten, seit 2011 umgerechnet 400 Millionen Euro in die Entwicklung des TMSR-LF1 zu investieren. Schließlich verfolgt die Pekinger Führung das ehrgeizige Ziel, das Reich der Mitte bis 2050 „klimaneutral“ zu machen, und dabei könnte sich die „perfekte Technologie“ der Flüssigsalzreaktoren als absolut unverzichtbar erweisen.

Der Reaktor, der nun am Rande der Wüste Gobi erprobt werden soll, hat erst einmal nur eine Nennleistung von zwei Megawatt. Damit kann er lediglich um die 1000 Haushalte mit Strom versorgen. Sollte sich das Konstruktionsprinzip des TMSR-LF1 bewähren, dann würde allerdings bis etwa 2030 der erste Prototyp eines Thorium-Flüssigsalzreaktors mit 373 Megawatt Leistung in Betrieb gehen, dem dann in schneller Folge identische Anlagen in ganz China folgen. Ob Deutschland zu diesem Zeitpunkt immer noch in seiner Atomkraft-Abstinenz verharrt oder inzwischen auch auf die „Grüne Kernenergie“ setzt, bleibt abzuwarten.



Zeichnet für den Thorium-based Molten Salt Reactor-Liquid Fuel No. 1 verantwortlich: Das Shanghai Institute of Applied Physics

### SICHERHEIT

## Kernkraft muss nicht gefährlich sein

Flüssigsalzreaktoren wie der TMSR-LF1 weisen mehrere hochwirksame passive Sicherheitsmerkmale auf

Die Kernenergieerzeugung gilt als extrem problematische Technologie. Denn immerhin gab es schon einige gravierende Störfälle in Atomkraftwerken. Die schwersten ereigneten sich in Three Mile Island (USA, März 1979), Tschernobyl (UdSSR, April 1986) und Fukushima (Japan, März 2011).

Allerdings könnte die Risikobewertung künftig anders ausfallen, wenn vorrangig Flüssigsalzreaktoren wie der chinesische TMSR-LF1 zum Einsatz kämen. Denn dessen Konstruktion weist mehrere hochwirksame passive Sicherheitsmerkmale auf, die das Gefahrenpotential bei der Produktion von Atomstrom drastisch reduzieren.

So enthält der Reaktorkern relativ wenige radioaktive Spaltprodukte. Daraus resultiert eine geringere Zerfallswärme. Und falls sich die Temperatur im Inneren des Meilers doch sprunghaft erhöhen sollte, geht dessen Leistung physikalisch bedingt zurück. Das stabilisiert den Reaktor automatisch wieder und verhindert derart verheerende Leistungsexkursionen wie in Tschernobyl. Desgleichen kann keine Kernschmelze eintreten, da der Kernbrennstoff von Anfang an in flüssiger Form vorliegt.

Dazu kommt der niedrige Betriebsdruck. Flüssigsalzreaktoren arbeiten mit Atmosphärendruck und nicht wie Druck-

oder Siedewasserreaktoren mit 50 bis 150 bar. Deshalb ist eine Dampfexplosion im Bereich des Reaktorkerns praktisch unmöglich. Ebenso gibt es kein Kühlwasser, das durch die Hitzeentwicklung innerhalb der Anlage in Wasserstoff und Sauerstoff gespalten wird, was die Gefahr von Knallgasexplosionen birgt. Darüber hinaus verhindert das kontinuierliche Abfließen des Neutronenabsorbers Xenon 135 die gefürchtete Xenonvergiftung des Reaktors und damit dessen ungewolltes „Durchgehen“.

Das wichtigste Sicherheitsmerkmal von Flüssigsalzreaktoren wie dem TMSR-LF1 stellt allerdings deren Schmelzsiche-

ring dar, die beim Kollaps aller Kühlsysteme beispielsweise durch Ausfall der externen Stromversorgung für die Umwälzpumpen eine Katastrophe verhindert. Im Boden des Reaktorgefäßes befindet sich eine Öffnung, die durch Salz im festen Aggregatzustand verschlossen ist. Sollte nun die Temperatur im Inneren des Meilers trotz aller sonstigen Sicherheitsvorkehrungen in kritischem Maße ansteigen, dann würde der Salzpfropfen schmelzen. Das hätte zur Folge, dass die Reaktorflüssigkeit allein schon aufgrund der Schwerkraft in tieferliegende Auffangtanks fließt. Deren Konstruktion verhindert die Konzentration spaltbaren Materials auf ge-

fährlich engem Raum und somit auch atomare Kettenreaktionen.

Doch damit nicht genug: Durch das schnelle Erstarren der Salzschnmelze in den Tanks können auch kaum radioaktive Stoffe in die Umwelt gelangen, weil sie in der glasartigen Masse eingeschlossen werden.

Die technologisch hochelegante Kombination aus einer Schmelzsicherung und darunter platzierten Auffangtanks führt im Störfall also zwangsläufig und ohne jedes Eingreifen des Personals oder Anspringen aktiver Sicherheitssysteme zur ebenso schnellen wie gefahrlosen Abschaltung des Reaktors. W.K.

# Weit mehr als eine Vorstandswahl

Nach dem Verlust der Macht wird der inhaltliche Substanzverlust der CDU in der Ära Merkel offensichtlich. Die Hoffnungen der Basis liegen nun auf Friedrich Merz. Ein unverstellter Blick zeigt, dass die Partei mehr braucht als einen neuen Vorsitzenden

VON WERNER J. PATZELT

Schon manches Unternehmen trieb auf die Pleite zu, während leitende Angestellte wähten, es wäre auf gutem Weg. Viele Warnungen vor einem solchen Schicksal hat die CDU-Führung während der letzten Jahre ignoriert. Unheilankündigende „Zeichen an der Wand“ hat sie für unbeachtlich erklärt: das innerparteiliche Grummeln, den Aufstieg der AfD, die Arroganz der Verwalter links-grüner Hegemonie, die immer geringere parteipolitische Rendite von Politikvorhaben, die der Kanzlerin am Herzen lagen. Und innerparteiliche Debatten, soweit überhaupt geführt, verbanden nicht mehr, sondern spalteten. Gefordert war, die Politik der Parteivorsitzenden – worin auch immer sie nach wiederholten Kehren bestand – stets für richtig, da eben alternativlos zu halten; und unwürdig weiterer Parteimitgliedschaft sei, wer Gegenteiliges öffentlich verträte. Zweimal verhinderte das Funktionärskorps der Partei auch die Wahl eines Vorsitzenden, der eine Korrektur jenes Kurses zumindest nicht ablehnte.

## Das Ende der Verblendungen

Erst die Niederlage bei der Bundestagswahl zerriss jenen Verblendungszusammenhang, in den das CDU-Establishment sich eingesponnen hatte. Seit nicht mehr das oft fremdgesteuerte Alltagsgeschäft des Regierens zu verwalten ist, sondern es eigenständige Opposition zu betreiben gilt, keimt jedenfalls die Einsicht, dass die Union kaum mehr Orientierungsstiftende Inhalte besitzt. Eigentlich müsste sie der neuen Bundesregierung nur applaudieren, denn die führt die Politik Angela Merkels weiter – nur eben mit der Behauptung, fortan werde wirksamer regiert. Umfragen zeigen übrigens, dass dies einer Mehrheit der Deutschen gefällt, die zwar Angela Merkel mochte, nicht aber die CDU.

Wie kann man sich da als Union aufstellen? Soll man beklagen, dass die neue Regierung den Merkel-Kurs vielleicht doch nicht so wirkungsvoll fortsetzt, wie das verheißen wurde? Soll man hinweisen auf die Widersprüche zwischen den verfolgten politischen Vorhaben, etwa zwischen Energie- und Klimapolitik, oder zwischen der Sicherung unseres Sozialstaates und der Duldung selbstermächtiger Zuwanderung? Auf die zunehmende Isolation eines Landes im Kreis seiner Nachbarn, das bei alledem vieles sehr anders machen will, als es jenen als vernünftig erscheint?

Was aber, wenn diese Widersprüche bereits für die Politik Angela Merkels typisch waren? Soll sich die CDU jetzt von ihrer – einst auf Parteitag minütelang gefeierten – Übermutter abwenden? Doch mit welchen Begleitschäden für den innerparteilichen Zusammenhalt? Und von woher könnte die CDU überhaupt neue Orientierung gewinnen, falls sie das denn wirklich wollte?

## Eine Partei ohne innere Orientierung

Vermutlich werden Diskussionen darüber wenig bringen, ob die CDU „in der Mitte bleiben“ oder „nach rechts rücken“ sollte. Die Rede von der Mitte, in welcher sich inzwischen auch Grüne, SPD und FDP zu tummeln behaupten, ist ja eine Leerformel, solange nicht klar ist, was genau denn „links“ oder „rechts“ wäre. Dass aber die Inhalte von „links“ derzeit unbestimmt sind, zeigen die mitleiderregend abwertenden Stellungnahmen der Linkspartei zu entsprechenden Klärungsversuchen, die ihre kluge, frühere Vorzeigekomunistin Wagenknecht unternimmt. Und „rechts“ ist seit Langem nur noch eine Abfallhalde für nicht nur in sich schlechte, sondern für letztlich alle abgelehnten politischen Positionen, die man nicht als „zu links“ zu kritisieren vermag.



Hoffnungsträger in prekärer Lage: Der designierte CDU-Vorsitzende Friedrich Merz im Dezember 2021 nach der Verkündung des Ergebnisses des Mitgliederentscheids, in dem die Basis mit 62,1 Prozent für ihn votierte  
Foto: action press

Natürlich kann sich die Union auf einen solchen Müllplatz nicht begeben, ohne als „AfD light“ attackiert zu werden.

Wie wäre es mit dem „christlichen Menschenbild“? Dieses wird immer wieder als Alleinstellungsmerkmal der Union angeführt. Doch erstens gibt ein „Menschenbild“ noch lange keine Orientierung bei wichtigen Fragen wie danach, ob man sich von russischem Erdgas abhängig machen oder bewaffnete Drohnen beschaffen müsse. Zweitens kommen jene CDU-Politiker, die man nach den Inhalten eines „christlichen“ Menschenbildes fragt, erfahrungsgemäß nicht über solche Sprechblasen und Gemeinplätze hinaus, die für gewinnbare politische Debatten nicht ausreichen. Drittens legt eine weitgehend säkularisierte Kultur, in der Deutschlands Christen demnächst auch eine Minderheit sein werden, ohnehin auf Christliches kaum Wert – sofern Pfarrer nicht Windräder so segnen wie einst die Kanonen.

Und der Konservatismus? CDU-interne Debatten um ihn sind meist ein intellektuelles Trauerspiel. Die einen wissen gar nicht, dass der CDU am Herzen liegende Inhalte wie Republik, soziale Marktwirtschaft und gleiches Recht für alle den Konservativen des 19. Jahrhunderts als Übel galten, gegen die man das Land schützen müsse. Doch so naiver Konservatismus verfehlt die Siegerstraße. Andere wissen das wohl, können aber nicht sagen, worin sich ein Konservativer von solchen Leuten unterscheidet, die einfach zu vorurteilsbeladen sind, als dass sie den Wert von Neuem rechtzeitig erkennen würden. Bei denen riecht Konservatismus ranzig. Die nächsten setzen Konservatismus gleich mit „Bewahrung der Schöpfung“ und glauben deshalb, ein Konservativer müsse an die Seite von natur- und klimaschützenden Grünen. Manche meinen sogar, „christlich“ und „kon-

servativ“ gehörten zusammen – gerade so, als wäre nicht der Religionsstifter selbst von den Konservativen seiner Zeit ums Leben gebracht worden, weil er unter anderem lehrte, das Bestehende sei meist nicht das Bestmögliche und oft auch gar nicht das Richtige!

## Das lästige K-Wort

Sollte man unter solchen Umständen nicht besser auf den Begriff und die zu klärende Sache des Konservatismus verzichten, wenn es um die Selbstverständigung der CDU geht? Das hat die Partei nun lange versucht. Trotzdem hat man ihr das K-Wort immer wieder aufgeklebt. Verständlicher Weise, denn kaum etwas schändet einen Gegner in Deutschland wirkungsvoller als das Beiwort „konservativ“! Getoppt wird das nur von der – inzwischen wie selbstverständlich gehandhabten – Wortkombination „rechtskonservativ“. Also wäre der CDU anzuraten, den von ihr ohnehin nicht loszuwerdenden Begriff des Konservatismus nun neu mit überzeugenden und anziehenden Inhalten auszustatten. Natürlich ist dabei auch deren Verhältnis zu jener Tradition zu klären, in welcher – entstanden als ablehnende Reaktion auf die Französische Revolution – der europäische Konservatismus nun einmal wurzelt.

Es wird dabei nicht reichen, Konservatismus vor allem als Methode anzusehen, mit der auf neue Herausforderungen reagiert wird, mit bewährten Ordnungsstrukturen, funktionierenden Hierarchien und bereitwilligem Lernen im Sinn. Oder ihn auszuweisen als Liebe zu guten Traditionen, als Respekt vor den sie tragenden Werten, als Haltung, bei der sich das als besser behauptete Neue rechtfertigen muss, nicht aber vorrangig das bewährte Alte. Man muss schon auch jene Inhalte benennen, für die eine sich als auch – nicht nur – konservativ begreifende CDU stünde.

Seit nicht mehr das oft fremdgesteuerte Alltagsgeschäft des Regierens zu verwalten ist, sondern es eigenständige Opposition zu betreiben gilt, keimt jedenfalls die Einsicht, dass die Union kaum mehr Orientierungsstiftende Inhalte besitzt

Das gelingt am besten mit dem folgenden Begriffsdreieck. An der linken Spitze steht „gerechte Ordnung“. Hier geht es zunächst einmal um Recht und Ordnung, also um die zentralen Elemente jenes stabilen Zustands gesellschaftlicher Verhältnisse, die man in der italienischen Renaissance „lo stato“ nannte. Doch es geht nicht um irgendeine machtgestützte Ordnung. Recht und Ordnung werden nämlich nur dann auf Dauer bestehen, wenn sie als gerecht empfunden werden. Dazu trägt am verlässlichsten bei, dass Recht und Ordnung so, wie in einem konkreten Staat verwirklicht, auch tatsächlich gerecht sind. Deshalb gerät Konservatismus nur mitsamt angestrebter Gerechtigkeit zu einer wirklich stimmigen Haltung. Also ist das Verlangen nach Gerechtigkeit kein nur linkes Anliegen oder eine utopistische fixe Idee, über die sich ein Konservativer mokieren dürfte.

## Sehnsucht nach dem Bewährten

An der Spitze oder Basis jenes Dreiecks steht „Nachhaltigkeit“, bzw. – in leicht anderer Betrachtungsweise – „aufrechterhaltbare Entwicklung“. Das ist gleichsam der konservativste aller Wünsche eines Konservativen. Es sollen nämlich dem, was besteht und bewährt ist und sich gleichwohl weiterentwickelt, gerade im Lauf seiner Weiterentwicklung nicht die es tragenden Grundlagen zerstört werden. Konkret geht es hier um demographische Nachhaltigkeit, um fiskalische, energetische, ökologische und auch kulturelle Nachhaltigkeit. Das alles wird konkret auf sämtlichen Politikfeldern, die ein moderner Staat zu bestellen hat. Konservatismus darf deshalb nie einer bloß aufgesetzten Maske gleichen, sondern muss alles Entwerfen, Aushandeln und Umsetzen von politischen Konzepten prägen.

An der rechten Spitze jenes Dreiecks steht „Patriotismus“. Der bezieht sich auf das Vaterland, auf die Heimat. Dort wuchs man auf und fühlt sich zugehörig – oder dort zog man einst hin, schlug dann Wurzeln und empfindet sich seither dort zu Hause. Wer eine solche Heimat oder ein solches Vaterland besitzt, der möchte dort meist auch ein gutes Gemeinwesen bestehen sehen. Nicht selten will man selbst zu dessen Gedeihen beitragen. Genau diese Bereitschaft sowie die aus ihr folgende, gemeinsinnige Tätigkeit ist gemeint, wenn vom Patriotismus die Rede ist. Der ist somit genau das, was eine Gesellschaft wirklich zusammenhalten kann. Natürlich kann auch jeder Einwanderer zum Patriotisten seines neuen Landes werden, denn beim Patriotismus kommt es nie auf die Herkunft an, sondern allein auf das bereitwillige Zusammenwirken im Dienst einer gemeinsamen Zukunft.

## Keine Zeit für Karrieristen

Leicht ist zu erkennen, dass sich von diesem Politikdreieck her eine neue, systematische, in sich stimmige, auch plakatierte Programmatik der CDU entfalten ließe. Mit der könnte sie nicht nur ihre Oppositionsrolle sachgerecht ausüben, sondern erneut eine weit ausgreifende Anziehungskraft entwickeln.

Doch fraglich ist, ob der neue Vorsitzende eine gründliche, programmatische Debatte wirklich zulässt. Und ganz unklar ist zudem, ob die CDU denn überhaupt die Leute dafür hat, diese politisch-intellektuelle Aufgabe anzugehen. Karrieristen werden sie jedenfalls nicht meistern. Doch vielleicht zieht die kommende, wohl mehrjährige Oppositionszeit der Union wieder solche Leute an, denen es nicht nur um ihr Ego, sondern auch um die wichtige Sache der CDU geht.

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt lehrte bis 2019 Vergleichende Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Zuletzt erschien „Parlamentarismusforschung. Eine Einführung“ (Nomos 2020).  
<http://wjpatzelt.de>

## ● MELDUNGEN

## Mehrzahl gegen „Spaziergänge“

**Erfurt** – Laut dem Erfurter Meinungsforschungsinstitut INSA lehnt eine knappe Mehrheit von 55 Prozent der Deutschen die sogenannten Spaziergänge gegen die aktuelle Corona-Politik ab. 29 Prozent zeigten Verständnis für die „Spaziergänge“. Der Rest der Befragten äußerte sich nicht zu dem Thema. Auf ausgesprochen wenig Verständnis stoßen die „Spaziergänge“ bei den über 60-Jährigen. In jener als besonders vulnerabel geltenden Altersgruppe zeigten 73 Prozent Unverständnis. W.K.

## Welle von Strafverfahren

**Wiesbaden** – Angesichts der ab dem 1. Februar geltenden Meldeverpflichtung im Hinblick auf strafbare Inhalte in sozialen Netzwerken aufgrund der Novelle des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) vom 3. Juni vergangenen Jahres rechnet das in Wiesbaden ansässige Bundeskriminalamt (BKA) für dieses Jahr mit rund einer Viertelmillion Meldungen, die schätzungsweise 150.000 Strafverfahren nach sich ziehen. Um diese Flut zeitnah bewältigen zu können, hat das BKA eine Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) eingerichtet, in der um die 200 Beamte Dienst tun sollen. Das BKA geht davon aus, dass von Facebook und Google erst einmal keine Meldungen kommen werden, weil diese beiden größten Netzwerkbetreiber beim Verwaltungsgericht Köln einstweilige Anordnungen gegen die entsprechenden Auflagen des NetzDG beantragt haben. Somit beziehen sich die Schätzungen des BKA momentan nur auf eine vergleichsweise kleine Gruppe von kaum mehr als zwei Millionen Nutzern. W.K.

## Viele Flutopfer warten noch

**Düsseldorf** – Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ berichtet unter Berufung auf ein Schreiben von Gisela Walsken (SPD), seit dem Jahr 2010 Regierungspräsidentin im Regierungsbezirk Köln und vorher ab 1990 Abgeordnete im Landtag von Nordrhein-Westfalen, dass die Auszahlung von Wiederaufbauhilfen in den von der Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres besonders betroffenen Regionen nur schleppend vorankomme. Demnach heißt es in dem Schreiben der Regierungspräsidentin an die Beschäftigten der Bezirksregierung Köln, man stehe bei der auf fünf Jahre angelegten Wiederaufbauhilfe „mehr oder weniger noch am Anfang der Bearbeitung“. Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Kommunalministeriums sind bis zum 20. Dezember von Privathaushalten und Unternehmen der Wohnungswirtschaft knapp 10.600 Anträge auf Wiederaufbauhilfe gestellt worden. Von diesen Anträgen sollen sich 62,2 Prozent noch immer in Bearbeitung befinden. Knapp 4500 dieser Anträge sollen sich mittlerweile im Bewilligungsprozess befinden. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat inzwischen beschlossen, die Auszahlung von Geldern für den Wiederaufbau zu beschleunigen. N.H.

## GESUNDHEITSPOLITIK

## Doppelter Impfsalto rückwärts

Die Politik zögert die Impfpflicht hinaus – Sollte sie kommen, könnte sie ein Behördenchaos offenlegen

VON HERMANN MÜLLER

Politiker, die nach dem Wahltag Versprechen wieder einkassieren und frühere Aussagen relativieren, stellen für deutsche Wähler eigentlich keine Überraschung mehr dar. Beim Thema Impfpflicht agieren Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Gesundheitsminister Karl Lauterbach nun aber sogar auf solch eine Weise, dass sich nicht nur Kritiker der Impfungen, sondern auch gleich noch die Befürworter verschaukeln fühlen können. Damit riskieren die beiden SPD-Politiker, dass der Glaubwürdigkeitsverlust von Politik eine völlig neue Dimension erreicht.

Eigentlich unmissverständlich hatte Lauterbach unter anderem im Mai 2020 über Twitter begründet, warum „eine Impfpflicht bei SARS-CoV-2 so wenig Sinn“ macht wie bei einer Grippe. Unter Missachtung der Komma- und Rechtschreibregeln twitterte er: „Wenn die Impfung gut wirkt wird sie auch freiwillig gemacht. Dann keine Impfpflicht nötig. Wenn sie viele Nebenwirkungen hat oder nicht so gut wirkt verbietet sich Impfpflicht. Daher nie sinnvoll.“

Lauterbachs „nie“ hatte offenbar eine gänzlich andere Bedeutung, als dies sonst im Deutschen üblich ist. Inzwischen zum Bundesgesundheitsminister aufgestiegen, vertritt er nämlich nun die Ansicht: „Eine vollständige Impfung besteht aus drei Dosen. Vollständig Geimpfte sind gegen alle Corona-Varianten – zumindest vor schwerer Krankheit und Tod – geschützt. Daran muss sich die Impfpflicht orientieren.“

Rhetorisch etwas geschickter hat sich Olaf Scholz angestellt. Noch als Kanzlerkandidat hatte Scholz am 7. September 2021 im Bundestag erklärt, seiner Meinung nach solle man die Diskussion um eine allgemeine Impfpflicht nicht führen. Bei seinem ersten Auftritt als Kanzler hieß es in der Fragestunde im Bundestag nun vor Kurzem zur Impfpflicht: „Ich halte sie für notwendig und werde mich aktiv dafür einsetzen.“

Zumindest die Wähler, die einer allgemeinen Corona-Impfpflicht skeptisch gegenüberstehen, dürften sich damit getäuscht sehen. Scholz und Lauterbach bringen es nun allerdings auch noch fertig, ihr Umschwenken so halbherzig erscheinen zu lassen, dass auch bei den Be-

fürwortern einer Impfpflicht Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit aufkommen können. Beide scheuen sich offenbar davor, die Impfpflicht nun als Chefsache in die eigene Hand zu nehmen. Beide wollen keinen eigenen Gesetzesentwurf vorlegen.

Der Bundeskanzler setzt bei der Einführung einer Impfpflicht auf eine „offene Debatte“ der Bundestagsabgeordneten. Dies trage zur „Befriedung der politischen Diskussion“ bei und sei ein Beispiel für eine „demokratische Leadership“, so Scholz.

Der ebenfalls zum Impfpflichtbefürworter mutierte Lauterbach erklärte, dem Parlament einen eigenen Entwurf zu präsentieren, wäre „keine so kluge Idee“. „Ich habe mich entschieden, keinen eigenen Antrag zu präsentieren, sondern da neutral zu sein“, verkündete er.

Sowohl die „demokratische Leadership“ von Scholz als auch Lauterbachs Neutralitätsanspruch können als vorausschauende Distanzierungsversuche ge-

deutet werden. Schon jetzt ist die Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht noch bis zum März nicht völlig auszuschließen, allerdings auch eine sehr unwahrscheinliche Variante.

Erfahrungen aus Südafrika und Großbritannien deuten wiederum darauf hin, dass die Omikron-Variante des Coronavirus auch in Deutschland relativ zügig das Ende der Corona-Pandemie bringen kann.

Möglicherweise haben Scholz und Lauterbach aber auch die aktuelle Entwicklung in Österreich zur Kenntnis genommen. Dort sind zum Entwurf eines Impfpflichtgesetzes über 106.000 Stellungnahmen von Bürgern, Wissenschaftlern, Juristen und Organisationen eingegangen. Deutlich wurde dabei, dass Länder und Justiz in Österreich durch eine Impfpflicht einen massiven personellen Aufwand erwarten, den die Regierung in Wien offenbar unterschätzt oder nicht wahrhaben will. Der Dachverband der Verwaltungsrichter geht beispielsweise davon aus, dass das Personal im Falle einer Impfpflicht mindestens verdoppelt werden müsste. Länder wie Tirol, die Steiermark, aber auch die Stadt Wien rechnen zudem mit einem massiven Verwaltungsaufwand.

„Ich halte sie für notwendig und werde mich aktiv dafür einsetzen“

Bundeskanzler Olaf Scholz im Bundestag zur Impfpflicht

Der Sitzungsplan des Bundestags sieht für Ende Januar lediglich noch eine „Orientierungsdebatte“ vor. Der Februar ist wegen der sogenannten Karnevalspause weitgehend ohne Sitzungstermine. Die



Prof. Karl Lauterbach @Karl\_Lauterbach · 16. Mai 2020

Eine Impfpflicht macht bei SarsCov2 so wenig Sinn wie bei Grippe. Wenn die Impfung gut wirkt wird sie auch freiwillig gemacht. Dann keine Impfpflicht nötig. Wenn sie viele Nebenwirkungen hat oder nicht so gut wirkt verbietet sich Impfpflicht. Daher nie sinnvoll



Hatte nie die Absicht, eine Impfpflicht einzuführen: An seine Äußerung auf Twitter im Mai 2020 will Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach besser nicht erinnert werden, nachdem er diesbezüglich eine 180-Grad-Kehrtwende vollzogen hat Foto: Twitter/pa

## KLIMA

## Schwarzseherei verkauft sich besser

Wirrwarr um Referenzwerte – Deutscher Wetterdienst mogelt bei den Zahlen zur Erderwärmung

Am 23. Februar 2021 gaben Frank Kaspar, Florian Imbery und Karsten Friedrich von der Abteilung Klimaüberwachung beim Deutschen Wetterdienst (DWD) in Offenbach eine Pressemitteilung zur „Nutzung klimatologischer Referenzperioden ab 2021“ heraus. Darin hieß es: „Gemäß den Empfehlungen der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) ist es üblich, zur Erfassung des Klimas und seiner Änderungen Mittelwerte über einen Zeitraum von 30 Jahren zu bilden, um den Einfluss der natürlichen Variabilität aus der statistischen Betrachtung des Klimas auszuklammern. Hierfür kam in der Vergangenheit häufig der Zeitraum 1961 bis 1990 zum Einsatz.“

Dieses Verfahren sei nun aber hinfällig geworden, denn „der Mittelungszeitraum 1991–2020 ist deutlich besser geeignet“, um aktuelle Temperaturdaten einzuord-

nen. Deshalb werde der DWD „mit Ende des Jahres 2020 ... die Vergleichsperiode für aktuelle klimatologische Bewertungen durch die Periode 1991 bis 2020 ersetzen“ – ganz wie von der WMO angeraten.

## Referenzperiode 1961 bis 1990

Allerdings nahm der DWD-Bericht „Deutschlandwetter im Jahr 2021“ vom 30. Dezember 2021 dann doch wieder auf die faktisch obsolet gewordene Referenzperiode Bezug. In dem Papier verwies die Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr dabei zunächst auf den Klimawandel, um anschließend zu schlussfolgern: „Unter dem Strich war das Jahr 2021 durchschnittlich nass, leicht zu sonnig und zu warm.“ Das ergebe sich aus den Auswertungen der Daten von rund 2000 DWD-Messstationen.

Danach schrieb der Deutsche Wetterdienst: „Die Durchschnittstemperatur lag im Jahr 2021 mit 9,1 Grad Celsius (°C) um 0,9 Grad über dem Wert der international gültigen Referenzperiode 1961 bis 1990. 2021 war damit das elfte zu warme Jahr in Folge.“

Das klingt dramatisch – wobei diese Dramatik aber ausschließlich daraus resultiert, dass der eigentlich nicht mehr relevante Mittelungszeitraum von 1961 bis 1990 anstatt der nunmehr üblichen 30-Jahres-Spanne von 1991 bis 2020 als Vergleichsbasis herangezogen wurde. Eine Begründung für diese Vorgehensweise gab der DWD nicht.

## Oder: Referenzperiode 1991 bis 2020

Allerdings ließ sich das Narrativ von der „Erderwärmung“, dessen Verbreitung hierzulande schon seit Längerem ein Teil

der Staatsräson geworden ist, so deutlich besser bedienen. Mit Blick auf die von der WMO empfohlenen Referenzperiode wäre ein ganz anderes Ergebnis zustande gekommen. Dann müsste die Pressemitteilung lauten: „Das Jahr 2021 mit seiner Durchschnittstemperatur von 9,1 Grad Celsius war deutlich kühler als 2020 – die Differenz betrug exakt 1,3 Grad. Und wenn man das Mittel der Zeit von 1991 bis 2020 zugrunde legt, dann beträgt die Abweichung minus 0,2 Grad. Insofern handelte es sich bei 2021 um ein zu kaltes Jahr. Oder anders ausgedrückt: Seit 1991 gab es 21 Jahre, die wärmer waren als 2021, aber nur neun Jahre mit einer noch niedrigeren Durchschnittstemperatur.“

Dies so explizit auszusprechen, hätte aber wohl mehr Mut erfordert als Zahlentricksereien unter Verwendung ungeeigneter Basisdaten. Wolfgang Kaufmann

## ENERGIEVERSORGUNG

# Ein Vorgeschmack auf den Blackout

Folgschwerer Stromausfall in Berlin: Drei Minuten Störung haben eine Kettenreaktion ausgelöst

VON NORMAN HANERT

Der „Green Deal“ der EU-Kommission und die Pläne der Bundesregierung für Elektromobilität, Wärmepumpen und eine CO<sub>2</sub>-arme Industrieproduktion werden den Stromverbrauch in Deutschland in den kommenden Jahren drastisch nach oben treiben. Damit werden noch mehr Bereiche des Alltagslebens von einer zuverlässigen Stromversorgung abhängig als ohnehin schon. In Berlin hat sich vor Kurzem gezeigt, welche Folgen es haben kann, wenn der Strom auch nur einige wenige Minuten wegbleibt.

Am 9. Januar waren gegen 14 Uhr wegen einer technischen Störung beim landeseigenen Stromnetzbetreiber Stromnetz Berlin zunächst rund 20.000 Haushalte in Prenzlauer Berg und Lichtenberg für drei Minuten ohne Strom gewesen. Vom kurzen Stromausfall betroffen war allerdings auch das Heizkraftwerk Klingenberg in Rummelsburg, das mehr als 300.000 Berliner Haushalte mit Wärme und auch Strom versorgt. Offenbar war das Kraftwerk nicht in der Lage, seinen eigenen Strombedarf zu sichern. Der Kraftwerksbetreiber Vattenfall entschied sich nämlich aus Sicherheitsgründen, sein Heizkraftwerk in den Notbetrieb zu versetzen.

## 90.000 Haushalte waren betroffen

Als der Strom wieder verfügbar war, fuhr Vattenfall das Heizkraftwerk zwar langsam wieder hoch. Die kurze Unterbrechung reichte allerdings aus, um bei Außentemperaturen von nur drei Grad das Wasser in den Fernwärmeleitungen stark abkühlen zu lassen.

Als Resultat blieben schließlich rund 90.000 Haushalte im Berliner Osten von Sonntagmittag bis teilweise bis zum Montagmorgen ohne Heizung und Warmwasser. Nach Angaben des Bezirksamtes Lichtenberg waren vor allem Menschen in Berlin-Friedrichsfelde, aber auch in Karlshorst, Oberschöneweide und in Teilen von Treptow-Köpenick betroffen. Wie der Katastrophenschutzbeauftragte von Lichtenberg, Philipp Cachée, mitteilte, waren zudem vier Krankenhäuser längere Zeit von den Folgen des Stromausfalls betroffen. Ob dadurch Patienten zu



Bürger können sich kaum vorbereiten: Der gefürchtete Blackout

Foto: Shutterstock

Schaden gekommen sind, wurde bislang nicht bekannt.

Das Bezirksamt Lichtenberg und auch die Feuerwehr rieten den betroffenen Berlinern, Fenster und Türen geschlossen zu halten, um die verbliebene Raumwärme möglichst lange zu halten. Dringend gewarnt wurden die betroffenen Berliner davor, mit Hilfe offener Feuer oder Grills Wärme in ihre kalten Wohnungen zu bringen. Ebenso wenig sollten Backöfen zum Heizen genutzt werden. Das Bezirksamt empfahl, sich mit Kleidung und Decken warm zu halten und älteren Nachbarn zu helfen.

Die Bewohner von Hochhäusern mussten sich mitunter sogar bis zum Montagmorgen gedulden, bis Heizung und Warmwasserversorgung wieder funktionierten. Hier war das Problem, dass nach dem Anspringen der Fernwärmeversorgung die Hausverwaltungen erst noch für einen manuellen Neustart bei den Übertragungsstationen sorgen mussten, damit Warmwasser in den

Hochhäusern nach oben gepumpt wird. Für diesen Neustart waren viele Hausmeister bereits in der Nacht unterwegs. Bei Hausverwaltungen mit großen Wohnungsbeständen dauerten die Neustarts der Anlagen mitunter bis in den Montagvormittag hinein.

## Ursache blieb zunächst unklar

Der kurze Stromausfall als Auslöser des Kraftwerksausfalls gab dem Berliner Senat noch für Tage Rätsel auf. Laut dem landeseigenen Unternehmen Stromnetz Berlin war es am Sonntag in einem Umspannwerk in Berlin-Friedrichshain zu einer technischen Störung gekommen. Die genaue Ursache konnte Stromnetz Berlin allerdings zunächst nicht nennen.

Wie der parteilose Wirtschaftssenator Stephan Schwarz vier Tage nach dem Stromausfall im Berliner Abgeordnetenhaus erklärte, sei der Senat gemeinsam mit den Unternehmen Stromnetz Berlin und Vattenfall „mit Hochdruck“ dabei, die genaue Problematik zu untersuchen. Der

Senator musste allerdings einräumen: „Details liegen noch nicht vor.“

Laut Stromnetz Berlin ist die Zahl von Störungen in den vergangenen Jahren insgesamt rückläufig. „Wenn wir uns mit anderen Großstädten vergleichen, sind wir bei der Störungshäufigkeit in einem sehr guten Bereich. Statistisch gesehen war jeder Haushalt 2020 für etwa zehn Minuten ohne Strom“, so Olaf Weidner, der Sprecher des Unternehmens.

Der Ausfall des Heizkraftwerks Klingenberg hat allerdings nun sehr deutlich gemacht, dass nicht nur länger andauernde Unterbrechungen der Stromversorgung, die sogenannten Blackouts, ein Risiko darstellen können. Selbst kurze Störungen der Versorgung können sich zu flächendeckenden Problemen entwickeln, von denen in Städten wie Berlin dann plötzlich Hunderttausende betroffen sind. Zugleich sind für die meisten Menschen in den Städten aber die Möglichkeiten begrenzt, für solche Situationen Vorbereitungen zu treffen.

## PROTESTE

# Polizei geht hart gegen Demonstranten vor

Rekordteilnahme bei Kundgebungen der Corona-Maßnahmen-Kritiker in Brandenburg

Nach Angaben der Polizei demonstrierten am zweiten Januarwochenende allein in Brandenburg 26.000 Menschen gegen Zwangsimpfungen und Corona-Maßnahmen. An einigen wenigen Orten – schwerpunktmäßig in Potsdam – marschierte die linksextreme Antifa zu Gegenkundgebungen auf, um die Demonstranten zu behindern oder anzugreifen, etwa vor dem Landtag. In Potsdam selbst versuchte die Polizei, die Demonstrationen zu „unterbinden“. Dazu wurde sogar eine Reiterstaffel aufgeboden.

Von Seiten der staatlichen Stellen hieß es, dass es sich um eine unangemeldete Versammlung handele, die verboten sei. Grund des Verbots sei die „unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung“. Polizisten zu Pferd sperrten in der Innenstadt eine Straße ab und hinderten so Demonstranten am Weitergehen. Auch

Ersatzversammlungen an anderen Orten dürften nicht stattfinden, sagte die Polizei per Lautsprecher. An verschiedenen Plätzen in der Innenstadt versammelten sich dennoch anschließend kleinere Gruppen.

Der Leiter des Polizeieinsatzes, Karsten Schiewe, meinte, die Polizei habe „Gefahren für die öffentliche Sicherheit minimieren“ können. Die Beamten stellten die Identität von 128 Personen fest und erstatteten Ordnungswidrigkeitsanzeigen wegen der Teilnahme an einer verbotenen Versammlung. Ob diese Anzeigen einer gerichtlichen Überprüfung standhalten, bleibt indessen abzuwarten.

## SPD-Landrat: „Überzogen“

Tatsächlich scheinen die Maßnahmenkritiker den zahlreichen Demonstrationsverboten dadurch zu begegnen, dass sie dezentral spontane Spaziergänge abzu-

halten und das an zahlreichen Orten. In Cottbus waren 3000, in Königs Wusterhausen 1000, in Frankfurt an der Oder 800 (laut Polizei 1000), in Eisenhüttenstadt 550, in Beeskow 450, in Fürstenwalde 800, in Prenzlau 250 und in Seelow 300 Menschen auf den Straßen. Weitere Kundgebungen wurden in Angermünde, Templin, Altlandsberg, Rehfeld und Buckow registriert.

Die genannten Teilnehmerzahlen basieren auf Angaben des staatlichen Senders rbb, die tatsächliche Beteiligung dürfte höher gewesen sein. Ein Polizeisprecher räumte ein, das es in Brandenburg 21 Protestveranstaltungen gegeben habe und dass die Teilnehmerzahl gegenüber der Vorwoche gestiegen sei. Im Landkreis Märkisch-Oderland kritisierte Landrat Gernot Schmidt (SPD) die Landespolitik: „Wir sind der Meinung, dass

diese Maßnahmen gegenüber Bürgern, die ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen, überzogen sind“, was ihm umgehend Kritik aus der Grünen-Landtagsfraktion eintrug.

Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Petra Budke entgegnete: „Wir gehen davon aus, dass die Landkreise in der Pflicht sind und ihrer Verantwortung gerecht werden, dass die Eindämmungsverordnung eingehalten wird. Sie wurde ja schließlich nicht zum Spaß erlassen.“

In Berlin versammelten sich nach Angaben des rbb 3000 bis 4000 Menschen bei Kundgebungen. Die vergleichsweise geringe Anzahl könnte sich aus dem besonders robusten Vorgehen der Berliner Polizei erklären, das manchen Maßnahmenkritiker von der Teilnahme an den Veranstaltungen abgehalten haben mag.

Frank Bücker

## KOLUMNE

# Gegen die Verfassung?

VON VERA LENGSELD

Was sich derzeit in der „Herzkammer“ unserer Demokratie abspielt, ist besorgniserregend. Die Linke-Abgeordnete Sahra Wagenknecht hat es sogar verfassungswidrig genannt. Das Bundestagspräsidium hat neue Corona-Regeln beschlossen. Die richten sich vor allem gegen die AfD. Ist es die Angst vor den Argumenten, die Unfähigkeit kontroverse Debatten zu führen, oder einfach Machtmissbrauch gegen einen politischen Gegner, der trotz aller Bemühungen, ihn mit Nazi-Vergleichen zu diskreditieren, von den Wählern wieder in den Bundestag geschickt wurde?

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde der AfD der ihr zustehende Vizepräsidentenposten verweigert. Nachdem die SED-PDS 1994 in Fraktionsstärke in den Bundestag eingezogen war und auch die Grünen wieder Fraktionsstärke erreichten, hatte das Bundestagspräsidium beschlossen, statt der bisher drei Vizepräsidenten jeder Fraktion das Recht zu geben, einen Vizepräsidenten zu stellen. Die Wahl lief problemlos. Niemand kam auf die Idee, der Mauerpartei PDS den Posten zu verweigern. Nur einmal fiel ein PDS-Kandidat durch: Lothar Bisky, der als Chef der PDS-Bundestagsabgeordneten gerichtlich verboten lassen wollte, über Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss „Verschwundenes DDR-Vermögen“ öffentlich ihren Wählern zu berichten. Als die PDS statt Bisky Petra Pau aufstellte, wurde sie anstandslos gewählt.

Das neue Präsidium geht viel weiter. Nur noch Geimpfte sollen regulär am Parlamentsbetrieb teilnehmen dürfen. Gesunde, negativ auf Corona Getestete, werden an der Ausübung ihres Mandats gehindert. Ungeimpfte Abgeordnete werden bei den Plenarsitzungen auf die Besuchertribüne verbannt und müssen von dort reden. Ungeimpften Abgeordneten wird der Zutritt zu den Ausschusssitzungen verwehrt. Unheimlicher als dieses Diktat, das an die dunkelsten Zeiten erinnert, ist nur das Schweigen der Medien.

## MELDUNG

# Bauern wollen Klarheit

Berlin / Potsdam – Der Präsident des Landesbauernverbandes Brandenburg, Henrik Wendorff, fordert umgehend Klarheit zum Umgang mit Flächen, die von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) verwaltet werden. Die BVVG verfügt in den östlichen Bundesländern derzeit noch über rund 92.000 Hektar landwirtschaftlich genutzter Flächen aus früherem „Volkseigentum“ der DDR. Das Bundesfinanzministerium hatte im Dezember für diese Flächen einen weitgehenden Verkaufs- und Verpachtungsstopp verhängt, der zunächst für acht Wochen gelten soll. In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich SPD, Grüne und FDP darauf verständigt, die BVVG-Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen vorzuhalten und damit Maßnahmen für den „Klimaschutz“, den Artenschutz und für sauberes Wasser zu ermöglichen. Dabei soll mit Vorrang an „nachhaltig beziehungsweise ökologisch wirtschaftende Betriebe verpachtet“ werden. N.H.

## ● MELDUNGEN

## Restriktionen gestrichen

**Pretoria** – Seit Ende November süd-afrikanische Wissenschaftler die Entdeckung einer neuen, hochansteckenden Coronavirus-Variante bekannt gegeben hatten, sind in dem Land viele Restriktionen bereits wieder gestrichen worden. Kurz vor Silvester ließ Südafrikas Staatschef Cyril Ramaphosa erklären, dass die seit fast zwei Jahren geltende nächtliche Ausgangssperre und weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens wieder aufgehoben würden. Laut dem Minister in the Presidency, Mondli Gungubele, hat „Omikron seinen Höhepunkt erreicht“, ohne dass es „eine deutliche oder alarmierende Veränderung bei der Zahl der Krankenhauseinweisungen“ gegeben hätte. Fareed Abdullah von Südafrikas Medizinischem Forschungsrat (SAMRC) bezeichnete die Schnelligkeit, mit der die vierte, von Omikron angetriebene Welle angestiegen, einen Höhepunkt erreicht und sich dann abgeschwächt habe, als „atemberaubend“. N.H.

## Tachograf für alle Neuwagen

**Brüssel** – Ab dem 6. Juli müssen alle neuen Kraftfahrzeuge, die in der EU verkauft werden, mit einem Fahrten-schreibersystem ausgestattet sein, das technische Daten wie Lenkradstellung und Geschwindigkeit aufzeichnet. Dahingegen soll kein Mitschnitt der Gespräche im Wagen analog den Flugdatenschreibern erfolgen, so die EU. Ebenso heißt es, die Daten würden anonymisiert, damit sie nicht zur Identifizierung der Fahrzeugeigentümer genutzt werden könnten. Vielmehr sei ihr Zweck, der Polizei und den Autoherstellern technische Informationen über Unfallursachen zu liefern. Allerdings berichtete die französische Nachrichtenagentur AFP, dass die Justizbehörden im Falle eines Unfalls Zugriff auf die Daten bekämen. Die Einführung des Systems erfolgt zeitgleich mit der von Geschwindigkeitsassistenten, welche Fahrer warnen, die Tempolimits überschreiten W.K.

## Übergriffe wie 2015 in Köln

**Mailand** – Elf Frauen haben mittlerweile Anzeigen im Zusammenhang mit sexuellen Übergriffen am Mailänder Dom in der Silvesternacht erstattet. Wie bei den Vorfällen in der Silvesternacht 2015/16 auf der Kölner Domplatte sollen in Mailand junge Männer Frauen bedrängt, begrapscht und sexuell genötigt haben. Zu den betroffenen Frauen sollen auch zwei Studentinnen aus Mannheim gehören. Die deutsche Polizei hat beide Frauen inzwischen befragt und will die Informationen den italienischen Ermittlern zur Verfügung stellen. Der italienischen Polizei ist es mittlerweile gelungen, mit Hilfe von Zeugenaussagen, Videoaufnahmen und Hausdurchsuchungen 18 Tatverdächtige zu ermitteln. Einige von ihnen sind nach Polizeiangaben nordafrikanischer Abstammung. Zwei tatverdächtige Männer wurden festgenommen. Da die Untersuchungsrichterin Fluchtgefahr sah, befinden sich beide Männer vorerst in Haft. N.H.

## EUROPA

## Dänemark schiebt Syrer ab

Möglicherweise landen bald noch mehr Ausreisewillige aus der Levante in Deutschland

VON PETER ENTINGER

**D**em dänischen Kabinett von Mette Frederiksen gehören ausschließlich Sozialdemokraten an. Wohl auch deshalb ist kein Aufschrei zu hören, wenn es um die seit einigen Jahren von Dänemark betriebene rigide Immigrationspolitik geht. Langfristig soll die Einwanderung auf null gebracht werden, Asylbewerber sollen nach Möglichkeit in ihre Heimat zurückkehren.

Das gilt auch für Syrer. Die dänischen Behörden haben seit einigen Monaten Teile Syriens als sicheres Rückkehrland eingestuft und damit begonnen, syrischen Asylsuchern die Aufenthaltsgenehmigung zu entziehen. „Wenn man keinen Schutzbedarf mehr hat, weil die Gefahr nicht mehr besteht, sollte man in sein Heimatland zurückkehren und dort beim Wiederaufbau helfen“, sagt Ministerpräsidentin Frederiksen. Ihre Pläne sind weitreichend und alarmieren Lobbyorganisationen und auch Teile der EU. „Obwohl der Krieg weder vorbei noch vergessen ist,

meinen die dänischen Behörden, dass die Verhältnisse in Damaskus so gut sind, dass man jetzt syrische Flüchtlinge dorthin zurückschicken kann“, so Charlotte Slente, Generalsekretärin der Dänischen Flüchtlingshilfe (DRC).

**Abschiebung auch in ein Drittland?**

Mehrere Gesetzesänderungen stehen an, welche die rechtliche Grundlage dafür schufen, Asylbewerber künftig in ein Drittland abschieben zu können. Davon wäre möglicherweise auch Dänemarks südlicher Nachbar betroffen, der Syrien immer noch als generelles Bürgerkriegsland ansieht. Rings um die syrische Hauptstadt Damaskus gebe es keine Kämpfe mehr, argumentiert dagegen die dänische Regierung. Damit sei die Region sicher.

Schon 2019 und 2020 sprachen dänische Behörden einzelnen Syrern aus dem Großraum Damaskus ihre Aufenthaltsgenehmigungen ab oder verlängerten sie nicht. Das Europäische Parlament hat darauf im März 2021 in einer Resolution behauptet, „dass Syrien kein sicheres Land

für eine Rückkehr ist“, und alle EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, „von einer Verlagerung der nationalen Politik in Richtung der Aberkennung des Schutzstatus für bestimmte Kategorien von Syrern abzusehen und diesen Trend umzukehren, wenn sie eine solche Politik bereits verfolgt haben“.

Mehr als 30.000 Syrer leben derzeit in Dänemark, das ist rund ein halbes Prozent der Bevölkerung. Mehr als eine Million sind es in der Bundesrepublik, das sind rund 1,2 Prozent. Dänemarks Beispiel könnte Schule machen, unkt die Asyllobby. Lisa Blinkenberg von Amnesty International meint: „Dänemark sollte es sich als reiches Land leisten können, diese Menschen hier weiter wohnen zu lassen – besonders, weil viele von ihnen arbeiten oder in der Ausbildung sind.“

**30.000 Syrer leben in Dänemark**

Die Zustimmungswerte zeigen indes, dass eine deutliche Mehrheit hinter der Politik der dänischen Regierung steht. Frederiksen setzt dabei den Kurs ihres Vorgängers Lars Rasmussen und seiner liberal-kon-

servativen Regierung fort. Im März 2018 hatte er das „Gesetz gegen Parallelgesellschaften“ vorgestellt. Man werde dafür sorgen, dass „alle Ghettos verschwinden“, so Rasmussen damals. Die Wohngebiete dürften spätestens in zehn Jahren nur noch höchstens 30 statt bisher 50 Prozent Bewohner mit „nicht westlicher Herkunft“ haben.

Der Erfolg kann sich sehen lassen. Kaum ein Land innerhalb der EU verzeichnet derzeit so wenige Asylbewerber wie Dänemark. Und die, die dennoch kommen, sollen sich nach dem Willen der Regierung auch nützlich machen. „Wir wollen eine neue Arbeitslogik einführen, bei der die Menschen die Pflicht haben, einen Beitrag zu leisten und sich nützlich zu machen“, so Frederiksen, „und wenn sie keine reguläre Arbeit finden, müssen sie für ihre Zuwendungen arbeiten.“ Zunächst sei die Regelung für diejenigen vorgesehen, die seit drei bis vier Jahren staatliche Leistungen beziehen und nicht über ein bestimmtes Maß an Schulbildung und Dänischkenntnissen verfügen, erklärte die Ministerpräsidentin.



Wie viele der Syrer, die nicht in ihrer Heimat leben wollen, aber nicht in Dänemark bleiben dürfen, werden in Deutschland einwandern? Syrer protestieren vor dem Schloss Christiansborg, dem Sitz des dänischen Parlaments, gegen die Entscheidung, sie aus Dänemark in ihre Heimat abzuschicken

Foto: ddp images

## VEREINIGTE STAATEN

## Exorbitante Übersterblichkeit in den USA 2021

Aber an Corona kann es nicht gelegen haben – Wahre Ursachen liegen im Dunkeln

Die American United Life Insurance Company (AUL) ist ein 1877 gegründeter Versicherungskonzern mit Sitz in Indianapolis im US-Bundesstaat Indiana und Teil des Großkonzerns OneAmerica Financial Partners. Das Unternehmen zählt zu den Schwergewichten in der Lebensbeziehungsweise Personenversicherungsbranche und hat mittlerweile einen Jahresumsatz von über zwei Milliarden US-Dollar. Als Präsident und Vorstandsvorsitzender fungiert seit 2013 beziehungsweise 2017 Scott Davidson.

Dieser legte kürzlich auf einer Online-Pressekonferenz einige bemerkenswerte Firmendaten offen. Unter anderem das populäre US-Nachrichtenportal „The Center Square“ berichtete darüber.

Der Präsident und Vorstandsvorsitzende begann seine Ausführungen über die aktuelle Situation des von ihm geführten Unternehmens mit der Feststellung: „Wir erleben derzeit die höchsten Todesraten, die wir in der Geschichte unserer Branche je gesehen haben – nicht nur bei

OneAmerica. Denn Gleiches gilt für alle Akteure in diesem Geschäft.“ Bei der Mehrzahl der Verstorbenen handele es sich nicht etwa um ältere Personen, sondern um „Menschen im arbeitsfähigen Alter von 18 bis 64“.

**40 Prozent höhere Sterberaten**

Und dann wurde der Chef des Versicherungskonzerns noch deutlicher: „Was wir ... im dritten Quartal gesehen haben und was sich im vierten Quartal fortsetzte, ist, dass die Sterberaten um 40 Prozent höher sind als vor der Pandemie. Um Ihnen eine Vorstellung davon zu geben, wie schlimm das ist: Eine Katastrophe, die statistisch gesehen einmal in 200 Jahren auftritt, würde einen Anstieg von zehn Prozent gegenüber der Zeit vor dem Ereignis bedeuten. Also sind 40 Prozent einfach unerhört.“

Die exorbitante Übersterblichkeit unter den Kunden sämtlicher US-Versicherungen sei aber keineswegs nur auf tödlich verlaufene Infektionen mit dem

Krankheitserreger SARS-CoV-2 zurückzuführen. So gehe aus den Daten hervor, dass die Zahl der gemeldeten Todesfälle infolge COVID-19 weit unter der Gesamtzahl aller aktuellen Todesfälle bei Menschen im arbeitsfähigen Alter liege, und diese Diskrepanz sei nicht damit zu erklären, dass „vielleicht nicht jeder COVID-Todesfall auf dem Totenschein vermerkt“ sei. Dazu, was stattdessen für die auffallende Übersterblichkeit verantwortlich sein könnte, äußerte sich der AUL-Chef nicht. Stattdessen gab er die Mehrkosten für sein Unternehmen im vergangenen Jahr mit schätzungsweise „weit über 100 Millionen Dollar“ an, um dann daraus resultierende Prämienhöhungen anzukündigen.

Davidsons Angaben zur Übersterblichkeit wurden im weiteren Verlauf der Pressekonferenz von Brian Tabor, dem Präsidenten der Indiana Hospital Association, bestätigt. Die Krankenhäuser im Bundesstaat Indiana seien übervoll mit Patienten „mit vielen verschiedenen Er-

krankungen“. Das zeige, dass sich „leider die Gesundheit der durchschnittlichen Einwohnerschaft von Indiana während der Pandemie verschlechtert hat“. Auf entsprechende Nachfragen sagte Tabor dann noch, er verfüge zwar über keine konkreten Zahlen, aus wie vielen verschiedenen Gründen die Menschen aktuell ins Krankenhaus kämen und stürben. Auf jeden Fall aber stimme das, was Davidson zur Übersterblichkeit und dem eher geringen Anteil von COVID-19 daran gesagt habe, mit den Beobachtungen der Kliniken überein.

Wenige Tage später gab der Chief Medical Officer des Indiana Department of Health, Lindsay Weaver, auf einer Pressekonferenz mit dem republikanischen Gouverneur von Indiana, Eric Holcomb, bekannt, dass 2021 mehr Menschen in die Krankenhäuser des Bundesstaates eingewiesen worden seien als im ersten Jahr der Corona-Pandemie und das, obwohl 2020 noch keine COVID-19-Vazine verimpft worden seien. Wolfgang Kaufmann

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Lange galt Kasachstan als die Ex-Sowjetrepublik, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion wirtschaftlich am besten entwickelt hat. Die zentralasiatische Republik verfügt über große Öl- und Gasfelder am Kaspischen Meer sowie über bedeutende Steinkohlevorkommen. Sie hat große Vorkommen an Buntmetallen wie Gold, Kupfer und Nickel sowie an Uran. Bei letzterem ist das Land Marktführer. Im Jahr 2020 betrug die Uranproduktion mit mehr als 19.000 Tonnen etwa 41 Prozent der weltweiten Förderung.

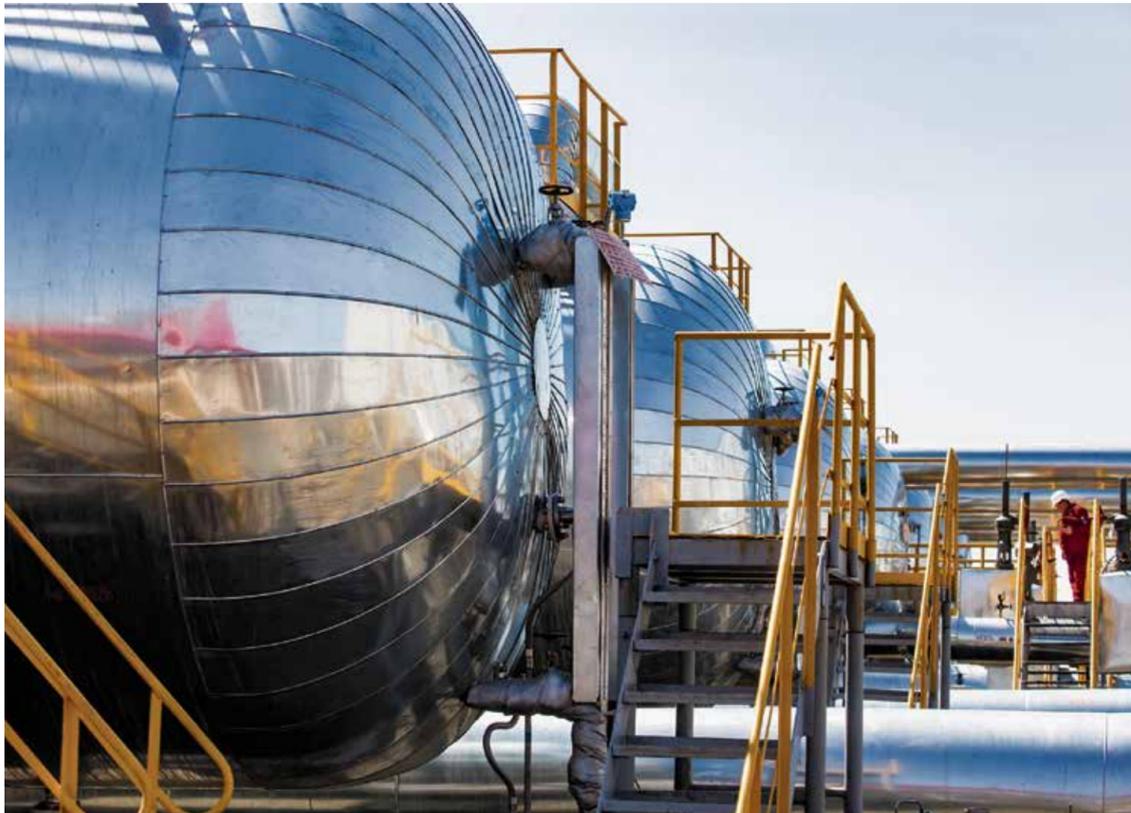
Da wundert es nicht, dass sich seit der Unabhängigkeit Ende 1991 international agierende Konzerne um das Land bemühen. Langzeitpräsident Nursultan Nasarbajew, der Kasachstan von 1991 bis 2019 lenkte, ging strategische Partnerschaften mit Russland, China und den USA ein. Er versuchte, seine Republik nach Westen zu öffnen, ohne die Partnerschaft mit Russland aufzugeben. Durch Mitgliedschaften in zahlreichen Organisationen sicherte er sein Land ab. Kasachstan ist Vollmitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der UN sowie der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Seit 2015 ist es auch Mitglied der Welthandelsorganisation, und es gibt ein Partnerschaftsabkommen mit der EU. Kasachstan ist darüber hinaus Gründungsmitglied der von Russland forcierten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU).

#### Fördermenge soll wachsen

An der Ausbeutung der Rohstoffreserven sind seit Beginn der 2000er Jahre ausländische Konzerne beteiligt, die in die Infrastruktur investiert und zum wirtschaftlichen Erfolg Kasachstans beigetragen haben, dessen Bruttoinlandsprodukt (BIP) vor der Finanzkrise 2009 jährlich um die neun Prozent wuchs. Seitdem stieg das BIP zwar langsamer, doch soll die Fördermenge in Zukunft ausgeweitet werden. Im Kaspischen Meer liegen noch große unerschlossene Ölfelder.

Ob die jüngsten Unruhen, wie von Russland behauptet, vom Ausland geschürt, oder wie von Beobachtern vermutet, einer Clanfehde geschuldet sind, kann von außen schwer beurteilt werden. Wohl haben extrem erhöhte Energie- und Lebensmittelpreise zum Ausbruch der Kravalle geführt, sie sind jedoch auch Ausdruck der Wut auf die Eliten, die sich ein luxuriöses Leben leisten, während die Mehrheit der Bürger ein ärmliches Dasein führen muss. Alles sei irgendwie mit dem Nasarbajew-Clan verbunden – Korruption ebenso wie die Tatenlosigkeit der Verantwortlichen, sagen Kritiker.

Tatsache ist, dass das Gros des in Kasachstan erwirtschafteten Geldes in die



Wärmetauscher einer Raffinerie-Anlage: Fabrik beim Ölfeld Zhanashol im Westen Kasachstans

Foto: Shutterstock

#### KASACHSTAN

## Viele Akteure haben ein Auge auf die Rohstoffe geworfen

Neben Russland sind US-amerikanische, kanadische und britische Konzerne an der Ausbeutung beteiligt – China investiert in Erneuerbare Energien

Kassen der Großunternehmen fließt, wobei vor allem ausländische Konzerne profitieren. Von der Fördermenge müssen sie zwar 40 bis 50 Prozent an den kasachischen Staat abgeben, dennoch besitzen sie einen großen Anteil der Firmen. So gehören elf von 13 Uranminen und Uranverarbeitungsfirmen Ausländern. Während der Proteste stiegen die Aktien dieser Firmen um neun Prozent, während die des staatlichen Bergbauunternehmens Kazatomprom um zehn Prozent fielen. Im Süden Kasachstans ist die Hälfte der Uran-Konzerne angesiedelt, die englischen, kanadischen und amerikanischen Firmen gehören.

Auf die kasachischen Rohstoffe haben viele Akteure ein Auge geworfen, die miteinander um Einfluss konkurrieren. Die meisten Verflechtungen gibt es mit Russland. Der russische Konzern Rosatom ist an zahlreichen kasachischen Projekten be-

teiligt, und es laufen Verhandlungen über den Bau russischer Atommeiler. Die Konzerne Lukoil und Rosneft beteiligen sich an der Erschließung von Öllagerstätten im Kaspischen Meer. Von strategischer Bedeutung ist für Russland der Weltraumbahnhof Baikonur, für den jährlich 115 Millionen US-Dollar Pacht gezahlt werden.

#### Verflechtungen mit Russland

Ein Konkurrent in Kasachstan sind die USA, die nach den Niederlanden der zweitgrößte westliche Investor sind. Die Unternehmen Chevron und Exxon kooperieren mit dem kasachischen Staatskonzern Kazmunaigaz bei der Ausbeutung des Ölfelds Tengiz nahe dem Kaspischen Meer. Es handelt sich um das sechstgrößte Ölfeld weltweit. Bis 2024 soll die Ölförderung mit amerikanischen Investitionen in Höhe von 45 Milliarden Dollar ausgebaut werden.

China, dessen Energiebedarf stetig steigt, investiert in Erneuerbare Energien. Das Reich der Mitte liefert die Ausrüstung beispielsweise für Solar- und Windenergie und bezieht Gas, Öl und Kohle aus Kasachstan. 2020 schlossen Peking und Nur-Sultan (Astana) eine Vereinbarung über den Bau einer Pipeline zur Lieferung von Flüssiggas. Eine Ölleitung führt bereits von Kasachstan in die westchinesische Provinz Xinjiang.

Kasachstan ist neben Weißrussland Russlands wichtigster Bündnispartner. Weil das Land Mitglied im militärischen Bündnis „Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit“ ist, dem neben Kasachstan Russland, Weißrussland, Kirgisien, Tadschikistan und Armenien angehören, schickte Moskau Militär nach Almaty zur Eindämmung der Unruhen. China sieht sich zwar als strategischer Partner Kasachstans, hielt sich im Konflikt jedoch zurück.

#### TARGET2

## Das deutsche Billionenrisiko ist kein Thema

Italien beendet 2021 mit einem historisch hohen Negativ-Saldo – EZB will von Reformen nichts wissen

Nachdem Medien hierzulande schon Italiens parteilosem Ministerpräsidenten Mario Draghi viel Lob spendeten, hat die britische Wochenzeitung „The Economist“ Italien zum „Land des Jahres 2021“ gekürt. Nach Ansicht der Wirtschaftsjournalisten hat sich kein Land besser entwickelt als Italien. Treibende Kraft hinter dem Aufschwung Italiens sei Draghi: ein „kompetenter und überall auf der Welt geschätzter“ Mann.

Dazu passen nicht die Ungleichgewichte in Europa, die sich im Target2-System, dem Verrechnungssystem der Eurozone, widerspiegeln. Nach Daten der Banca d'Italia haben die Verbindlichkeiten der italienischen Zentralbank gegenüber anderen Notenbanken der Eurozone im vergan-

genen Dezember mit 589,98 Milliarden Euro einen historischen Höchststand erreicht. Größter Gläubiger im EZB-Verrechnungssystem Target2 war die Bundesbank. Ihre Forderungen an andere Zentralbanken der Eurozone betragen zum 31. Dezember 2021 über 1,26 Billionen Euro.

Als der Wirtschaftswissenschaftler Hans-Werner Sinn vor einigen Jahren auf die Problematik der Target2-Salden hinwies, handelte er sich damit scharfe Kritik ein. Bis heute argumentieren einige Ökonomen, die sehr ungleiche Verteilung der Target2-Salden in der Eurozone stelle lediglich einen statistischen Posten innerhalb des EZB-Systems dar.

Noch zu seiner Zeit an der Spitze der Europäischen Zentralbank hatte Draghi

selbst einen Hinweis darauf geliefert, dass die Target2-Forderungen der Bundesbank möglicherweise doch ein Risiko und kein Scheinproblem darstellen. In einem Brief an italienische Parlamentarier schrieb er im Jahr 2017, bei dem Austritt eines Landes aus der Eurozone müsste es seine Target2-Verbindlichkeiten restlos bezahlen. Angesichts des hohen negativen Target2-Saldos der Banca d'Italia besteht das Risiko für die Bundesbank, auf hohen Verlusten sitzenzubleiben.

Eine Reform des Systems zum Abbau von Risiken ist für die EZB bislang kein Thema. Denkbar wäre eine Orientierung am Modell des Federal Reserve Systems in den USA. Für die Einzelbanken des US-Notenbanksystems besteht die Pflicht, inner-

halb ihres Verrechnungssystems ihre Salden regelmäßig auszugleichen. In der Eurozone würde ein solcher Lösungsansatz vermutlich am Veto Italiens und Spaniens scheitern. Theoretisch denkbar wäre allerdings auch eine unkonventionelle Lösung. Die Bundesbank könnte beispielsweise ihre Forderungen an andere Zentralbanken nutzen, um ihre Goldreserven aufzustocken.

Den politischen Willen vorausgesetzt, könnte auch die bundeseigene KfW-Bank in anderen Euroländern auf „Einkaufstour“ gehen und Vermögenswerte, etwa Aktien europäischer Unternehmen, erwerben. Beide Wege würden das Risiko vermindern, dass bei einem Ausfall der Target2-Forderungen das Eigenkapital der Bundesbank aufgezehrt wird. Norman Hanert

#### MELDUNGEN

## 55.000 statt 500 Seiten

**New Hampshire** – Die US-amerikanische Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde FDA muss laut Anordnung des Bundesrichters im texanischen Fort Worth Mark Pittman vom 6. dieses Monats die Daten, auf deren Grundlage sie den COVID-19-Impfstoff Comirnaty von BioNTech/Pfizer zugelassen hat, wesentlich schneller veröffentlichen, als von ihr vorgesehen. Die FDA stellte sich bislang auf den Standpunkt, sie könne aufgrund ihrer begrenzten personellen Kapazitäten lediglich 500 Seiten Material über das Vakzin pro Monat freigeben. Unter diesen Umständen würde das Verfahren mehr als 75 Jahre dauern. Pittman erachtete die vorliegenden Anfragen gemäß den Regelungen des Freedom of Information Act (FOIA) allerdings als so bedeutsam, dass er der FDA auftrug, 55.000 Seiten pro Monat vorzulegen. Damit erhalte die Behörde nun die Gelegenheit, die amerikanische Öffentlichkeit schon innerhalb von acht Monaten davon zu überzeugen, „dass die Zulassung ... nicht überstürzt erteilt wurde“, so der Richter. W.K.

## Baupreise plus 14,4 Prozent

**Berlin** – Die Baupreise in Deutschland sind vom November 2020 bis zum November 2021 so stark gestiegen wie zuletzt vom August 1969 bis zum August 1970. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland im November 2021 um 14,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Unter Berücksichtigung des Basiseffekts durch die befristete Mehrwertsteuersenkung im zweiten Halbjahr 2020 hat nach den Berechnungen der Statistiker der Preisanstieg rein rechnerisch immerhin noch 11,6 Prozent betragen. Wegen der hohen Nachfrage nach Bauholz im In- und Ausland waren im Vergleich zum Vorjahresmonat im November 2021 die Preise für Zimmer- und Holzbauarbeiten mit 38,9 Prozent besonders gestiegen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung geht von einem Andauern der Materialengpässe aus, sodass weiterhin mit kräftig steigenden Preisen für Neubauten und Sanierungen zu rechnen ist. N.H.

## Jeder dritte hat aufgegeben

**Warschau** – Insgesamt 31.500 und damit mehr als 30 Prozent aller Schweinehaltenden Betriebe in der Republik Polen haben seit Anfang vergangenen Jahres die Produktion eingestellt. Das gab Polens Verband der Schweinehalter bekannt. Als Ursache der Entwicklung wird auf die Afrikanische Schweinepest (ASP) verwiesen. Sie hat sich vergangenes Jahr in Polens Agrarbetrieben mit 124 Ausbrüchen so stark bemerkbar gemacht wie nie zuvor. Als Folge der ASP weisen die polnischen Behörden immer mehr Seuchenschutzzonen aus. Das Fleisch von gesunden Tieren aus diesen Schutzonen kann nur noch mit Preisabschlägen vermarktet werden. Zusätzlich haben quarantänebedingte Schließungen von Schlachtbetrieben und hohe Futterpreise die Lage für viele Schweinezüchter erschwert. N.H.

## KOMMENTARE

## Was will die Union?

RENÉ NEHRING

Über den Verlust zahlreicher inhaltlicher Grundüberzeugungen der CDU im Laufe der Ära Merkel ist viel geschrieben worden. Auch dass die Union heute kaum noch von anderen Parteien zu unterscheiden ist, ist ebenfalls wiederholt Gegenstand von Analysen geworden.

Was jedoch kaum berücksichtigt wurde ist, dass in der CDU auf das Abräumen alter Überzeugungen in der Ära Merkel kein Aufschrei erfolgte, sondern vielmehr die Kanzlerin auf den Parteitagen stets stehende Ovationen bekam und Wahlergebnisse weit über 90 Prozent einfuhr. Weder die Stimmenverluste bei den Bürgern noch der rapide Rückgang an Mitgliedern, weder die kritischen Rufe von inneren Emigranten wie dem treuen Wolfgang Bosbach noch der lautstarke Abgang „alter Schlachtrösser“ wie Alexander Gauland oder Erika Steinbach haben irgendwo zu Unruhen geführt.

Stattdessen vermittelten weite Teile der Partei das Gefühl, froh darüber zu sein, lästigen Ballast wie das Bekenntnis zum christlichen Glauben oder zum Va-

terland (ein Wort, das bei Helmut Kohl noch in jeder Grundsatzrede auftauchte, während es Merkel nicht einmal mehr in den Mund nahm) endlich abwerfen zu können.

Lediglich die Tatsache, dass ein langjähriger Aussteiger wie Friedrich Merz bei seiner Rückkehr vor drei Jahren beinahe aus dem Stand CDU-Vorsitzender werden konnte, ließ auf ein großes Unbehagen in weiten Teilen der Partei schließen. Merz' große Aufgabe wird nun sein, zu erklären, wofür die CDU in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts steht. Dass weite Teile der Partei während der Merkel-Jahre so freudig bereit waren, alte Grundsätze über Bord zu werfen, zeigt die Schwere der Aufgabe.

Fakt ist jedoch: Die Zeiten, in denen die Union allein mit dem Verwalten der Regierungsgeschäfte punkten konnte, sind vorbei. Eine Oppositionspartei muss sowohl den eigenen Anhängern als auch den Wählern erzählen, wofür sie steht und warum sie die bessere Alternative zur Regierung ist. Ansonsten wird sie jenseits der Funktionäre von niemandem gebraucht.

## Unnormal

HANS HECKEL

Sara Nanni war außer sich: „Gleich normalisiert sternTV einen Coronaschwurber“, wettete die Bundestagsabgeordnete der Grünen auf Twitter. Viele Twitter-Nutzer schlossen sich der Kritik an, große Medien griffen den „Shitstorm“ daraufhin auf.

Was war geschehen? In der Sendung „Der heiße Stuhl“ unter der Leitung von RTL-Politikchef Nikolaus Blome war Marcus Fuchs zu Gast. Der bekennende Anhänger der „Querdenken“-Bewegung in Dresden bekam so die Gelegenheit, seine Sicht auf die Corona-Politik darzulegen und zu begründen. Blome und Co. hatten die Gelegenheit, dem „Querdenker“ auf den Zahn zu fühlen und argumentativ Contra zu geben.

Debattenkultur, Bühne des freien Meinungsaustauschs in einer Demokratie, nannte man das einst. Doch heute gilt das offenbar für viele nicht mehr. Schon das bloße Zuwortkommenlassen

von Vertretern abweichender Positionen gilt als Skandal. Der verräterische Vorwurf der „Normalisierung“ seitens der Grünen-Politikerin bringt das Elend auf den Punkt: Widerrede ist „unnormal“, ihre Protagonisten müssen aussortiert werden.

Wo und wann hat dieser Verfall der einst selbstverständlichen demokratischen Diskussionskultur eingesetzt? Zuvörderst bleibt hier das Postulat der „Alternativlosigkeit“ in Erinnerung, mit dem die damalige Kanzlerin Merkel ihre Politik gegen jede Kritik abdichten wollte. Dieses Unwort hat sich offenbar tief in die Geisteswelt gewisser Kreise eingegraben. Selbst Bundespräsident Steinmeier sah sich dieser Tage Kritik ausgesetzt, nachdem er impfkritische Bürger, die ihm geschrieben hatten, zum Dialog eingeladen hatte.

„Unnormal“ ist in einer freien Demokratie nicht die abweichende Meinung, sondern das Ansinnen, Abwechler mundtot zu machen.

## Preußische Allgemeine

## IMPRESSUM

**Chefredakteur:** René Nehring (V.i.S.d.P.)

**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

**Bezugspreise** pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

**Einzelverkaufspreis:** 3,40 Euro.

**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

**Telefon** (040) 4140 08-0  
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32  
Telefon Fax/Anzeigen (040) 4140 08-50  
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32  
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42  
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

**Internet:** www.paz.de

**E-Mail:** redaktion@paz.de  
anzeigen@paz.de  
vertrieb@paz.de

**Landsmannschaft Ostpreußen:** www.ostpreussen.de  
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Von der „Apothek der Welt“ zum Notstandsgebiet: Die Pharmabranche ist einer jener Wirtschaftszweige, in denen sich Deutschland vom Vorzeigeland zum Problemfall entwickelt hat

Foto: imagog images/Mannigold

## KOLUMNE

## Auf Morgenthau's Pfaden

FLORIAN STUMFALL

Szenen wie diese werden in ganz Deutschland immer mehr: Der Kunde betritt eine Apotheke, das Rezept des Arztes in der Hand, und hofft, nun das Mittel zu erhalten, das ihm zur Heilung oder zumindest Linderung seiner Beschwerden verschrieben worden ist. Doch er wird enttäuscht. Man bedeutet ihm, das Medikament sei im Augenblick nicht lieferbar oder es werde nicht mehr hergestellt, die ganze Fabrik sei übernommen worden, und man müsse sehen, ob es anderswo ein vergleichbares Produkt gebe.

In Deutschland, das man einst die „Apothek der Welt“ genannt hat, ist die reibungslose Versorgung mit Arzneimitteln nicht mehr gewährleistet, und es geht nicht an, dafür Corona oder jenen Frachter als Begründung heranzuziehen, der vor längerer Zeit im Suez-Kanal havariert war. Vielmehr hat die deutsche Großindustrie ihre Produktion in einem ungesunden Maße in Niedriglohnländer verlagert. Um eines scheinbaren Vorteils willen hat man ein ganzes System gefährdet, und das gilt nicht nur für die Pharmabranche, sondern ebenso für die Elektronik, für Schuhe, Papier oder auch Textilien.

Dazu kommt der Mangel an Rohstoffen. Die Zeitschrift „Focus Money“ zählte im November auf, was diesbezüglich alles fehlt: Magnesium, Silizium, Halbleiter, Holz, Erdgas, Öl, Kunststoffe und anderes mehr. Im September, so das Magazin, hätten 77,4 Prozent der Industriefirmen in Deutschland Engpässe und Schwierigkeiten beim Einkauf von Rohstoffen und Vorprodukten gehabt.

**Allianz von Hochfinanz und Linken**

In der jüngsten Konjunkturprognose des Münchner ifo-Instituts steht zu lesen: „In den kommenden Monaten dürften die anhaltenden Lieferengpässe und die vierte Corona-Welle die deutsche Wirtschaft spürbar ausbremsen.“ Die Just-in-time-Produktion hat ihre Grenzen erreicht. Dazu kommt, dass mit der Auslagerung der Produktion eine stille Deindustrialisierung einhergeht. Die USA haben das vorgemacht, und die deutschen Kapitalgesellschaften, die das Heil der Welt in der Wall Street vermuten, haben es nachgemacht, wie so vieles, was aus den USA kam.

Mehr denn je fällt dem Mittelstand die entscheidende Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft zu, und mehr denn je ge-

rät dieser gegenüber den Konzernen in Bedrängnis. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bürokratische Auflagen durch Politik und Verwaltung, sei es von Brüssel oder Berlin, beanspruchen immer mehr Arbeitskraft. Ein Großkonzern hat keine Mühe, dafür ein Büro einzurichten. Ein Familienbetrieb aber kann daran zugrunde gehen.

Hier wird eine auf den ersten Blick eigenartige Übereinstimmung der Interessen der Hochfinanz und der politischen Linken sichtbar: Die beschriebene Entwicklung führt zur Konzentration von Unternehmen. Die Konzerne begrüßen

### Mehr denn je fällt dem Mittelstand die entscheidende Bedeutung für die Volkswirtschaft zu

das, weil sie die Konkurrenz loswerden, die Linke, weil sie das als Vorstufe zur Enteignung begreift. Doch weder das eine noch das andere hat mit Marktwirtschaft etwas zu tun.

Einer solchen Entwicklung hat bereits die Epoche Merkel Vorschub geleistet. Die derzeitige Ampel-Regierung darf sich als energiepolitischer Testamentsvollstrecker Merks empfinden, der Kanzlerin, die vorgeblich für die CDU gesprochen und im grünen Sinne gehandelt hat. So darf man auf diesem Feld auch keine Brüche erwarten, im Gegenteil, die jetzige Regierung wird die bisherige Politik mit gesteigertem Elan fortführen. Auch bei der Energiewende ist daher wieder die linksgrün-kapitalistische Mesalliance von linker Ideologie und ungebremstem Manchester-Kapitalismus sichtbar.

Die deutschen Kernkraftwerke werden abgeschaltet, was der grünen Wesensart im Innersten schmeichelt. Doch dies kommt auch anderen Nutznießern zugute: jenen Konzernen, die, getragen von üppigen Subventionen durch den Staat, Windmühlen errichten zum Schaden der Umwelt und als Ärgernis vor der Natur. Was diese nicht einbüßt, zahlen die Verbraucher in bar.

Mit dem E-Auto steht es nicht viel besser: Bei einer stetigen Verknappung von Energie – was mit der Preissteigerung

gleichzusetzen ist – wird durch das E-Auto ein gewaltiger Bedarf an Strom geweckt. Auch hier: Der grünen Illusion wird so willfahrt, die Autokonzerne sehen sich mit der einträglichen Aufgabe betraut, eine ganze Nation allmählich mit neuen Autos auszurüsten, abgesichert durch Steuermilliarden, die von Links-Grün ausgeschüttet werden.

**Selbstgewählte Deindustrialisierung**

Hat man sich schon bei der Verlagerung der Produktion ins Ausland in eine üble und vor allem überflüssige Abhängigkeit begeben, so führt der Verzicht auf eine eigene sichere Energieversorgung zu einer weiteren offenen Flanke. Denn Frankreich als Hauptlieferant des Atomstroms für Deutschland ist keineswegs der sichere Partner beim Liefern von Volt und Ampere, den man sich wünschen möchte. Derzeit befinden sich dort zehn Meiler in Wartung, was die Kapazität deutlich mindert. Hierzulande hört man trotz auffälliger Diskretion der Medien in diesem Belang vermehrt von Stromausfällen.

In dieser Lage ist es des grünen Wirtschaftsministers Robert Habeck größte Sorge, die Geschwindigkeit der Energiewende könne sich durch den Arbeitskräftemangel mindern. Deshalb brauche Deutschland mehr Zuwanderung. Ihm als Wirtschaftsminister scheint entgangen zu sein, dass in den vergangenen sechs Jahren zwar zwei Millionen meist kulturfremde Zuwanderer nach Deutschland gekommen sind, gleichzeitig der Mangel an Arbeitskräften jedoch zugenommen hat.

Nach seinem Urheber im Jahre 1944, einem US-Finanzminister, ist der sogenannte Morgenthau-Plan benannt. Er hatte das Ziel, Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg völlig zu deindustrialisieren und zu einem reinen Agrarstaat zu machen. Das Motto hieß: „Deutschland ist unser Problem.“ Präsident Franklin D. Roosevelt brauchte Wochen, um diese Planung zu verwerfen. Heute sieht es danach aus, als gäbe es in Deutschland selbst Kräfte genug, die daran arbeiten, jene böse Vision zu erfüllen. Dass links-grüne Ideologen aufseiten der Politik und andererseits international vagabundierende Großkonzerne auf eine gewisse Strecke dabei dieselben Ziele verfolgen, macht die Sache gefährlich.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

## Schubert total

Das bedeutende Klassik-Festival La Folle Journée von Nantes trotz der Pandemie mit Aufführungen der Werke Franz Schuberts

VON STEPHANIE SIECKMANN

**D**ie diesjährige Auflage der Veranstaltung La Folle Journée im französischen Nantes stellt vom 26. bis zum 30. Januar mit großem Aufwand den Komponisten Franz Schubert in den musikalischen Mittelpunkt. Dabei trotzen die Organisatoren steigenden Corona-Fallzahlen.

Das Konzept von La Folle Journée („Der tolle Tag“) ist so ehrgeizig wie einzigartig. An fünf aufeinanderfolgenden Tagen werden von 12 Uhr mittags bis Mitternacht im Kongresszentrum von Nantes im Westen Frankreichs Konzerte gegeben. In diesem Jahr, bei der 28. Auflage, steht das Werk Schuberts auf dem Programm. Es ist bereits das dritte Mal, dass René Martin, Gründer und künstlerischer Leiter des Festivals, Schubert ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt. Nach „Schubert“ (1997) und „Schubert in all seinen Formen“ (2008) lautet die Überschrift 2022 „Schubert, der Wanderer“.

Der in Wien geborene und verstorbene Schubert verließ seine Heimatstadt und die nähere Umgebung nur selten. Zwar erteilte er den Kindern des Grafen Esterhazy Musikunterricht und reiste dafür mehrere Male nach Zelis ins Königreich Ungarn, doch als Wanderer im physischen Sinne des Wortes kann man ihn kaum bezeichnen. Der Titel „Schubert, der Wanderer“ ist vielmehr eine Anspielung auf das hervorstechende Motiv der Romantik: die Sehnsucht. In engem Kontext dazu steht das Motiv der Reise. In der Romantik ist dies vor allem der Wanderer, der zu Fuß und von der Sehnsucht getrieben die mystische Seite der Natur erlebt.

### Der Wanderer in Nantes

Das Festivalplakat zeigt Schubert im Stil von Caspar David Friedrichs „Der Wanderer über dem Nebelmeer“, von hinten gesehen vor der Kulisse beeindruckender schneebedeckter Gipfel. Poesie, Müßiggang, Fernweh – diese Elemente beherrschen die Kunst in der Zeit der Romantik. Einer der Wegbereiter dieser Epoche ist



Trommelwirbel für Schubert: Im Musikpavillon von La Folle Journée darf musikalisch auch mal experimentiert werden Foto: pa

Ludwig van Beethoven, der 1827 ein Jahr vor Schubert verstarb.

Frédéric Chopin und Robert Schumann werden als Komponisten ebenfalls dieser Zeit zugeordnet. Novalis schreibt in dieser Zeit seine Werke. E.T.A. Hoffmann, Joseph von Eichendorff und Heinrich Heine halten mit der Feder ihre Gedanken auf Papier fest. Besonders poetische Gedichte sind für Schubert eine starke Quelle der Inspiration. Allein 80 Gedichte von Goethe vertont er zu Liedern. Mehr als 600 Lieder schreibt Schubert im Laufe seines kurzen Lebens.

Im Jahr 2021 wurde der ursprüngliche Termin der Konzerttage in Nantes von Ende Januar auf Mai verschoben. Gespielt wurden statt der zunächst geplanten 200 Aufführungen lediglich 24 Konzerte. Es war eine wegen Corona abgespeckte Not-

lösung, um nicht ganz auf das Musikfest zu verzichten. In diesem Jahr wird es wieder eine opulente Fülle an musikalischen Darbietungen geben. An den fünf Tagen der Veranstaltung werden mehr als 1000 Künstler rund 220 Konzerte geben. Auf den größten Saal im Kongresszentrum mit seinen etwa 1000 Sitzplätzen wird dabei jedoch bewusst aufgrund der Pandemie verzichtet.

Die große Anzahl von Konzerten ist für die Präsentation von Schubert wichtig, erlaubt sie es doch, einen großen Teil von Schuberts Werk zu präsentieren. Obwohl der deutsche Komponist im Jahr 1828 im Alter von gerade einmal 31 Jahren verstarb, brachte er mehr als 1000 Werke hervor.

Zu den diesjährigen Programmpunkten gehört die komplette Kammermusik

von Schubert, insbesondere die Streichquartette. Ebenso wird das vollständige Werk der Klavierkompositionen für vier Hände präsentiert sowie ein Großteil der Chormusik. Darüber hinaus wird die 8. Sinfonie, genannt die Unvollendete, aufgeführt. Komponiert im Jahr 1822, ist dieses Werk in der ungewöhnlichen Tonart H-Moll verfasst.

### So viel Schubert war selten

Des Weiteren gespielt wird die Sinfonie Nr. 5, ein Jugendwerk, das Schubert im Alter von 19 Jahren komponierte. Neben vielen Liedern werden Klaviertrios wie die bekannte Winterreise, die Messe in A-Dur, Nottornos, lyrische Stücke, zahlreiche Quartette und Oktette präsentiert. Und natürlich darf auch die Wanderer-Fantasie in C-Dur nicht fehlen.

„In dieser Form und Fülle, in dieser Kompaktheit, gibt es nur wenige Veranstaltungen, die Schubert so in den Mittelpunkt stellen“, so der Thüringer Bariton Matthias Vieweg. Der Sänger wird bei der Veranstaltung eine Premiere erleben: Er wird erstmals Schubert in Frankreich vortragen. Neben mehreren Solo-Darbietungen mit Kollegen ist er bei einigen der mehrstimmigen Männergesängen des Komponisten mit von der Partie.

Die Männerchöre gehören neben einigen weiteren der in Nantes vorgestellten Werken des Meisters zu dessen eher unbekanntem, aber sehr berührenden und von Schubert-Kennern geschätzten Kompositionen. „Hier reiht sich Konzert an Konzert, manchmal überschneiden sie sich auch. Jeder Besucher kann von Konzert zu Konzert wandern und sich von der Musik berühren lassen“, begeistert sich Vieweg für das Konzept des Festivals, das inzwischen unter anderem in Bilbao und Tokio aufgegriffen wurde.

Vieweg war bereits einige Male in Nantes dabei und spricht aus Erfahrung. Sogar die Mitternachts-Konzerte sind gut besucht, und die Musik-Freunde sorgen auch zu später Stunde noch für eine beeindruckende Atmosphäre. Einige Einschnitte gibt es jedoch in diesem Jahr aufgrund von Corona: Die Cafeteria bleibt geschlossen. Auch die Aufführungen im Foyer drohen auszufallen.

Der intime Rahmen, die Annäherung, im vertrauten Kreise zu musizieren, „war für Schubert ein tiefes Bedürfnis, eine Notwendigkeit des Verstandes und des Herzens“, ist im Programm zu lesen. Die Aufführungen in den etwas kleineren Sälen und vor allem in kleinen Kongressräumen erwecken mit ihrem kleinen Rahmen die von Schubert geliebten regelmäßigen Treffen mit Freunden, Schubertiden genannt, bei denen Schubert seine Stücke gerne vortrug, zu neuem, modernem Leben.

● **Programm, Karten und Anfahrtsunter:** [www.follejournee.fr](http://www.follejournee.fr) (nur auf Englisch und Französisch)

## ÖSTERREICHISCHER NATIONALDICHTER

# Ein Macher des habsburgischen Mythos

Eine Flut von Ideen und doch nur ein armer Spielmann geblieben – Vor 150 Jahren starb Franz Grillparzer

Der Anblick, so schildert der Erzähler das Ausmaß des Hochwassers, war grauhaft: „In den Straßen zerbrochene Schiffe und Gerätschaften, in den Erdgeschossen zum Teil noch stehendes Wasser und schwimmende Habe. Als ich, dem Gedränge ausweichend, an ein zugelehntes Hoftor hintrat, gab dieses nach und zeigte im Torwege eine Reihe von Leichen ...“

Was an die Katastrophe von der Ahr im Sommer erinnert, ist Franz Grillparzers Augenzeugenbericht einer ähnlichen Heimsuchung, die sich im Frühjahr 1830 abgespielt hat. Damals überflutete die Donau nach einem Eisdurchbruch die am Fluss gelegene Wiener Leopoldstadt, in der 74 Bewohner ums Leben kamen. An der darauffolgenden Cholera-Epidemie starben etwa 2000 weitere Menschen.

In Grillparzers Novelle „Der arme Spielmann“ ist diese Flut auch metaphorischer Ausdruck von des Autors eigenem Pendeln zwischen Wagen und Bewahren, zwischen idealistischem und konservati-

vem Fortschrittsdenken. Die Überflutung – auch von Ideen – führt für ihn letztlich zum lebensbedrohlichen Chaos. Am besten ist es, wenn sich der Fluss wieder in sein altes Bett zurückzieht.

Auch der am 21. Januar 1872 in seiner Geburtsstadt Wien im Alter von 81 Jahren gestorbene Grillparzer kokettierte mit politischen Grenzverletzungen. Bei der Märzrevolution hätte er als liberaler Dichter „jeden einzelnen küssen mögen“, der daran teilnahm. Als Staatsbeamter, der 35 Jahre lang sein Geld im Finanzministerium verdiente, machte er sogleich wieder einen Salto rückwärts und schrieb ein reaktionäres Gedicht auf Feldmarschall Radetzky: „Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich! / Nicht bloß um des Ruhmes Schimmer, / In deinem Lager ist Österreich.“

In seiner „Selbstbiographie“ diagnostizierte Grillparzer selbst seine Zerrissenheit: „In mir leben zwei völlig abgesonderte Wesen. Ein Dichter von der über-

greifendsten, ja sich überstürzenden Phantasie und ein Verstandesmensch der kältesten und zähesten Art.“ Es liegt wohl auch daran, dass er zwischen den Epochen stand. Obwohl er noch Goethe getroffen hat, war die Zeit der Klassik, der er



Monumentale Erinnerung: Das Grillparzerdenkmal im Wiener Volksgarten

sich am liebsten zugeordnet fühlte, längst vorbei, und mit dem Biedermeier haderte er ebenso wie mit dem Vormärz. Mit seinen Dramen, die im Wiener Burgtheater aufgeführt wurden, habe er, so heißt es, den „habsburgischen Mythos“ erschaffen, und doch fiel sein Stück „König Ottokars Glück und Ende“ der Metternichschen Zensur zum Opfer. Erst nach einer Intervention von Kaiserin Karoline Charlotte Auguste durfte es aufgeführt werden.

Nach seinem Tod vor 150 Jahren haben sich die Österreicher mit Grillparzer versöhnt und ihn zum Nationaldichter erkoren. Ihm zu Ehren schufen sie in Wien ein Riesendenkmal, das es so nicht einmal für Nestroy, Lenau oder Adalbert Stifter gibt. Dabei werden seine Dramen heute kaum noch aufgeführt, seine Gedichte selten gelesen. Doch seine kleine autobiographisch gefärbte „Spielmann“-Novelle wurde zum Klassiker der deutschen Literatur und ist nicht erst seit dem Ahr-Hochwasser hochaktuell. Harald Tews

## VÖLKERKUNDE

# Dreimal Afrika in Lübeck

In Zeiten der Kolonialismusdebatten und Rückgabeleistungen sogenannter Raubkunst an frühere Kolonialländer sind Völkerkunde-Ausstellungen eine heikle Sache. Zumal „Völkerkunde“ zum „Unwort“ verkommen ist und man wie im Berliner Humboldt-Forum von ethnologischen Sammlungen spricht. Umso mutiger gehen die Lübecker Museen vor, die in diesem Jahr gleich drei Afrika-Ausstellungen zeigen. Grundlage ist eine Auswahl von rund 3500 Kunstwerken aus dem Nachlass des Kieler Afrika-Sammlers Bernd Muhlack. Zum Auftakt präsentiert das Museum für Natur und Umwelt bis 29. Mai „Macht und Magie – Tiere in den afrikanischen Kulturen“. In den folgenden Ausstellungen, ab April im St. Annen Museum und ab September in der Geschichtswerkstatt Herrenwyk, geht es dann um Fragen rund um Religion und Kolonialismus. Infos: [www.afrika-in-luebeck.de](http://www.afrika-in-luebeck.de) tws

## PARTEIENGESCHICHTE

# Das Dokument einer längst vergangenen Epoche?

Vor 75 Jahren verabschiedete die CDU in der britischen Besatzungszone ihr Ahlener Programm. Heute steht es für die programmatischen Anfänge der Union – und dafür, dass diese Volkspartei tatsächlich einmal über inhaltliche Fragen gerungen hat

VON WOLFGANG REEDER

**K**ann Zukunfts-fähig sein, wer Geschichts-vergessen ist? Opposition außen, Transformation innen – gezwungenermaßen das eine, erwählt das andere –, so steht die CDU Deutschlands heute da. Die Partei will sich erneuern, gründlich erneuern: ein neuer Vorstand, neue Organisationsformen und ein neues Grundsatzprogramm.

Doch braucht die CDU neue Grundsätze? Auf sieben Grundsatzprogramme hat sie es doch schon gebracht. Sind die bisherigen Programme also nicht mehr Zukunfts-fähig? Sind die bisherigen Grundsätze überholt? Würde der Blick zurück den notwendigen Blick nach vorn versperren? Oder könnte der Blick in die Vergangenheit sogar Hinweise liefern für die Zukunfts-Orientierung? Immerhin war die CDU in der Geschichte der Bundesrepublik stark genug, in 52 von 72 Jahren den Kanzler beziehungsweise die Kanzlerin zu stellen.

## Die Anfänge der Union

In diesem Jahr 2022 wird ein Programm der Union 75 Jahre alt, allerdings nicht das erste Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, sondern das Positionspapier einer Regionalorganisation: das Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom Februar 1947, formuliert also mitten im Hungerwinter 1946/47.

75 Jahre – also Anlass allenfalls für eine pflichtgemäße historische Feierstunde? Das Dokument einer längst vergangenen, gar überwundenen Epoche – ohne Zukunftsrelevanz? Schließlich wird das Papier bis zum heutigen Tag oft – unterstützend oder ablehnend – als Programm eines vergessenen oder überwundenen „christlichen Sozialismus“ interpretiert. Diese Wahrnehmung ist meistens fixiert auf den Programmbegriff „Gemeinwirtschaft“ und das Programmkapitel „Planung und Lenkung der Wirtschaft“. Die Begriffe „Sozialismus“ oder „christlicher Sozialismus“, durchaus noch Leitidee vieler Christdemokraten der ersten Stunde, stehen allerdings an keiner Stelle des Programms. Nicht mehr, weil aus Entwürfen gestrichen – ja.

Doch relevant für unser Urteil – und relevant für die Frage nach Zukunftsfähigkeit – sind zwei wesentliche Aspekte des Politikkonzepts hinter dem Programm. Das ist zum einen die personelle Dimension: Die CDU gründete sich als Partei gänzlich neuen Typs – von der modernsten Partei des 20. Jahrhunderts zu sprechen, geht durchaus nicht fehl. In der CDU versammelten sich nicht politisch Engagierte um eine Gesellschaftstheorie, ein politisches Handlungsprogramm – in der CDU versammelten sich Persönlichkeiten mit einer gemeinsamen persönlichen Basis: ihrem persönlichen christlichen Bekenntnis, ihrem Entsetzen über menschenverachtende und glaubenswidrige NS-Herrschaft, ihrem Bekenntnis zu einer Politik aus christlicher Verantwortung – und ihrer Dialogbereitschaft mit jedem, der dieses Bekenntnis teilte.

## Grundsätze einer Partei neuen Typs

Daraus folgt zum anderen die konzeptionelle Dimension des Programms. Das Programm war kein „Regierungsprogramm“, kein Handlungs-Programm, sondern in der Tat ein Grundsatz-Programm, es bestimmt die Zielrichtung politischen Handelns: „Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit.“ Aufgabe ist „eine Wirtschafts-



Das Ahlener Programm ist bis heute im öffentlichen Raum präsent: Wandbild an der Beckumer Straße 117 in Ahlen

und Sozialverfassung, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“ Und zwar durch „Stärkung der wirtschaftlichen Stellung und Freiheit des Einzelnen; Verhinderung der Zusammenballung wirtschaftlicher Kräfte in der Hand von Einzelpersonen, von Gesellschaften, privaten oder öffentlichen Organisationen, durch die die wirtschaftliche oder politische Freiheit gefährdet werden könnte.“

Und das Programmvotum für eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“? Ist angesichts der Erfahrungen mit liberalistischen Eigentumsvorstellungen im Sinne der genannten Zielbestimmungen zu verstehen. Schließlich hatte das Reichsgericht 1897 die Bildung von Kartellen als Ausfluss von Eigentums- und Vertragsrecht ausdrücklich erlaubt, für heutiges Rechts(staats)verständnis als Bestätigung von Verträgen zulasten Dritter eine absurde – und marktwirtschaftsfeindliche – Entscheidung.

Und die Beteiligung von „Staat, Land, Gemeinden ... an Unternehmungen monopolartigen Charakters“? War und ist im Infrastruktursektor in gewissem Umfang geboten – wenn es sich um „natürliche“ Monopole handelt, deren Mehrzahl allerdings inzwischen durch technische Entwicklungen aufgebrochen worden ist. Bei aller Staatstätigkeit sollte aber laut Ahlener Programm „vermieden werden, dass der private Kapitalismus durch den

Staatskapitalismus ersetzt wird, der noch gefährlicher für die politische und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen sein würde. Es muss eine neue Struktur der Wirtschaft gesucht werden, die die Mängel der Vergangenheit vermeidet, und die Möglichkeit zu technischem Fortschritt und zur schöpferischen Initiative des einzelnen lässt.“

Und die Forderung nach „Vergesellschaftung des Kohlebergbaus und der eisenschaffenden Industrie“? Diese entsprach Bedingungen der Besatzungsmacht, ging später auf in den Grundlagen der Montanunion, die zur Keimzelle der Europäischen Union wurde. Hervorgehoben wird im Programm: „das machtvoll verteilende Prinzip ..., damit jede mit dem Gemeinwohl unverträgliche Beherrschung wesentlicher Wirtschaftszweige durch den Staat, Privatpersonen oder Gruppen ausgeschlossen wird.“

## Politik aus christlicher Verantwortung

Die wichtigste Konkretisierung des „machtvoll verteilenden Prinzips“ wird im Ahlener Programm jedoch nicht benannt. Zwar heißt es: „In Industrie, Handel und Gewerbe ist die private Unternehmertätigkeit zu erhalten und zu entwickeln“, also die „Möglichkeit der schöpferischen Initiative des einzelnen“. Wesentliche Elemente von Marktwirtschaft werden also genannt, das Wort jedoch fehlt im Programm. Stattdessen heißt es: „Planung und Lenkung der Wirtschaft wird

auf lange Zeit in erheblichem Umfang notwendig sein, ... in Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage“, „nicht als Selbstzweck“. Wie zeitgebunden, wie erfahrungsgebunden diese Einstellung war, räumte der spätere Chef der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Hans Katzer elf Jahre danach ein: „Hätten wir 1947 in Ahlen einen Schimmer dessen gehabt, was an wirtschaftlicher Leistung möglich ist ...“

Dass sich die CDU – im Unterschied zu ihren Konkurrenten – so schnell als lernfähig in Hinsicht auf Marktwirtschaft erwies, war Wirkung praktischer Erfahrung mit den von fast allen unerwarteten Erfolgen der Politik Ludwig Erhards. Sie war aber auch Folge der genannten persönlichen Dimension: des gemeinsamen christlichen Bekenntnisses, des Bekenntnisses zu einer Politik aus christlicher Verantwortung. Neben den katholisch geprägten christlich-sozial orientierten Persönlichkeiten vor allem in Nordrhein-Westfalen und Berlin gab es einen evangelisch geprägten, von Dietrich Bonhoeffer in den letzten Kriegsjahren initiierten „Freiburger Kreis“ unter anderem von Nationalökonom, die das Programm für eine marktwirtschaftliche Nachkriegsordnung entworfen hatten – das dann von Alfred Müller-Armack auf den Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ gebracht und von Ludwig Erhard zur Leitlinie seiner Politik gemacht wurde. Die Repräsentanten dieser christlich-liberalen Positionen haben das vor allem christlich-sozial geprägte

Ahlener Programm (mit Ausnahme des Kapitels „Planung und Lenkung“) nicht als gegensätzlich betrachtet, sondern als einander ergänzend, so auch Ludwig Erhard.

## Orientierung für die Gegenwart?

Was bedeutet nun die Beschäftigung mit dem Ahlener Programm für eine heutige, zukunftsfähige CDU-Programmatik?

- Erstens: Die CDU ist eine nicht vorrangig programmatische Partei, sondern eine Union von Persönlichkeiten, die das persönliche Bekenntnis zu einer Politik aus christlich geprägter Verantwortung eint.

- Zweitens: Die Wurzeln der CDU sind gleichermaßen christlich-liberal, christlich-sozial, christlich-konservativ.

- Drittens: Die CDU ist nur zukunfts-fähig, wenn ihre liberalen, sozialen, konservativen Elemente in einem ständigen, offenen, praxisbezogenen Dialog auf allen Parteebenen diskutiert werden – in Hinsicht auf gegenwärtige und künftige ökonomische, soziale, technische Herausforderungen.

Soziale und liberale Elemente der Wirtschaftspolitik leuchten jedermann ein – aber auch konservative? Durchaus. Das Ahlener Programm spricht von „Wirtschafts- und Sozialverfassung“ (womit mehr gemeint ist als Sozialpolitik), vom „geistigen Aufbau“. Müller-Armack entwickelte die kulturellen Grundlagen des Wirtschafts, Wilhelm Röpke verwies auf das „Jenseits von Angebot und Nachfrage“. Bewahrung der Schöpfung, Schutz und Förderung von Familie, in jener Gestalt, die auf Weitergabe von Leben ausgerichtet ist, Bewahrung des kulturellen Erbes der Nation, Sicherung von Geschichtsbewusstsein sind auch heute noch relevante Faktoren.

Und: Verantwortliches wirtschaftliches Handeln – wie es fiskalisch im Eindämmen exzessiver Staatsverschuldung zum Ausdruck kommt, unternehmerisch in der Orientierung am Ideal des „ehrbar Kaufmanns“, politisch-programmatisch in der Abkehr von jeglichen Machbarkeitsillusionen.

Ist das Ahlener Programm also, wie Franz-Josef Strauß einst anmerkte, „eine Mumie“, die man besser nicht ausgraben sollte? Durchaus nicht. Mit dem heute missverständlichen Begriff „Gemeinwirtschaft“ wendet sich das Programm ab von einem schrankenlosen Kapitalismus (der vor fast 15 Jahren in der Finanzkrise erneut seine zerstörerischen Wirkungen gezeigt hat). Das Programm bestimmt die Sozialbindung von Eigentum. Es bereitet vor, was dann 1949 in den „Düsseldorfer Leitsätzen“ der CDU zum Projekt „Soziale Marktwirtschaft“ verdichtet wurde – als gemeinsames Projekt christlich-konservativen, christlich-liberalen, christlich-sozialen Engagements. Ein unvollendetes, oft missachtetes Projekt freilich bis heute.

- **Wolfgang Reeder** ist Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Rheinland-Pfalz. Er war unter anderem in den 70er Jahren stellvertretender Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten sowie Projektleiter „Wirtschaft, Staat, Gesellschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Reeder ist Publizist und Dozent für Wirtschaftspolitik (unter anderem an den Universitäten Kaunas, Litauen und Jelgava, Lettland sowie Kiew und Donezk). 2019 wurde er in den Bundesfachausschuss Wirtschaft der CDU Deutschlands berufen.

[www.w-reeder.de](http://www.w-reeder.de)

## DEUTSCH-TSCHECHISCHE ERKLÄRUNG

## „Es dauerte fast zwei Jahre, bis wir uns auf einen Text einigen konnten“

Vor 25 Jahren unterzeichneten Václav Klaus und Helmut Kohl mit ihren Außenministern Josef Zieleniec und Klaus Kinkel das bilaterale Dokument in der tschechischen Hauptstadt Prag

VON LYDIA CONRAD

Es dauerte fast zwei Jahre, bis wir uns auf einen Text einigen konnten. Wir, also Helmut Kohl und ich, haben damals die Sache in die eigenen Hände nehmen müssen. Denn die Außenministerien waren nicht imstande, Formulierungen zu vereinbaren, die einen realistischen Blick auf die Geschichte ausgedrückt hätten. „Václav Klaus' Worte beziehen sich auf den Entstehungsprozess der Deutsch-Tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung, die er am 21. Januar 1997 als damaliger Ministerpräsident der Tschechei mit seinem Außenminister Josef Zieleniec sowie dem Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Bundesaußenminister Klaus Kinkel von der deutschen Seite in Prag unterzeichnete.

In den Punkten II und III dieser bilateralen Erklärung drücken beide Seiten ihr Bedauern über das Leid der jeweils anderen Seite aus. Punkt II lautet: „Die deutsche Seite bekennt sich zur Verantwortung Deutschlands für seine Rolle in einer historischen Entwicklung, die zum Münchner Abkommen von 1938, der Flucht und Vertreibung von Menschen aus dem tschechoslowakischen Grenzgebiet sowie zur Zerschlagung und Besetzung der Tschechoslowakischen Republik geführt hat. Sie bedauert das Leid und das Unrecht, das dem tschechischen Volk durch die nationalsozialistischen Verbrechen von Deutschen angetan worden ist. Die deutsche Seite würdigt die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft und diejenigen, die dieser Gewaltherrschaft Widerstand geleistet haben. Die deutsche Seite ist sich auch bewusst, daß die nationalsozialistische Gewaltpolitik gegenüber dem tschechischen Volk dazu beigetragen hat, den Boden für Flucht, Vertreibung und zwangsweise Aussiedlung nach Kriegsende zu bereiten.“

#### Bekennnis zur EU-Osterweiterung

Punkt III lautet: „Die tschechische Seite bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung. Sie bedauert insbesondere die Exzesse, die im Widerspruch zu elementaren humanitären Grundsätzen und auch den damals geltenden rechtlichen Normen gestanden haben, und bedauert darüber hinaus, daß es aufgrund des Gesetzes Nr. 115 vom 8. Mai 1946 ermöglicht wurde, diese Exzesse als nicht widerrechtlich anzusehen, und daß infolge dessen diese Taten nicht bestraft wurden.“

Damit wird der übliche politische korrekte Zusammenhang suggeriert, dass Flucht und Vertreibung eine Folge nationalsozialistischer Gewaltpolitik gewesen seien. Dass es eine Diskriminierung der Deutschen in der Tschechoslowakei und tschechische Pläne zur Vertreibung der Deutschen bereits vor der nationalsozialistischen Gewaltpolitik gegeben hat, bleibt unerwähnt. Dass die tschechische Seite nicht die Vertreibung und Enteignung bedauert, sondern dass dadurch unschuldigen Menschen zugefügte Leid



Die Regierungschefs halten ihre jeweilige Ausfertigung der gerade von ihnen unterzeichneten Erklärung, und ihre Außenminister klatschen dazu: Klaus Kinkel, Helmut Kohl, Václav Klaus und Josef Zieleniec (v.l.) Foto: imago images/CTK Photo

und Unrecht, ist ebenso bemerkenswert wie, dass sie es nicht etwa bedauert, dass Vertreibung und Enteignung straffrei geblieben sind, sondern dass sich dieses Bedauern nur auf die „Exzesse“ bezieht.

Ganz im Sinne der Tschechei, die damals in die EU drängte und dabei von Deutschlands Zustimmung abhing, war auch, dass im Punkt VI beide Seiten ihre Überzeugung bekundeten, „daß der Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union und die Freizügigkeit in diesem Raum das Zusammenleben von Deutschen und Tschechen weiter erleichtern wird“. Von einem Junktim zwischen einer Außerkraftsetzung der Benesch-Dekrete und einer deutschen Zustimmung zu einem tschechischen EU-Beitritt ist keine Rede.

Vielmehr heißt es in Punkt IV, beide Seiten seien entschlossen, „in der Gestaltung ihrer Beziehungen weiterhin der Verständigung und dem gegenseitigen Einvernehmen Vorrang einzuräumen, wobei jede Seite ihrer Rechtsordnung verpflichtet bleibt und respektiert, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat. Beide Seiten erklären deshalb, daß sie ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen belasten werden“. So blieb die Entschädigungsfrage erneut ungelöst.

Der Bundestag ratifizierte die Übereinkunft am 30. Januar 1997, nachdem Kohl die Abgeordneten beschworen hatte: „Die Erklärung soll uns dabei helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen.“ Immerhin gab es 20 Gegenstimmen in der CDU/CSU-Fraktion. 23 Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der PDS enthielten sich.

#### Bilateraler Zukunftsfonds

Auch im Prager Parlament fand das Papier nicht nur Befürworter. Dort äußerten insbesondere die Kommunisten und die rechtsextremen Republikaner (SPR-RSČ) Vorbehalte. Trotz allem meinten sie, Ansatzpunkte für Revisions- und Entschädigungsforderungen der deutschen Seite zu sehen. Nach langer kontroverser Debatte beschloss jedoch auch das tschechische Parlament am Abend des 14. Februar 1997 die Annahme

„Wir, also Helmut Kohl und ich, haben damals die Sache in die eigenen Hände nehmen müssen. Denn die Außenministerien waren nicht imstande, Formulierungen zu vereinbaren, die einen realistischen Blick auf die Geschichte ausgedrückt hätten“

Václav Klaus

CR-Ministerpräsident 1992–1998

der Erklärung. Das Stimmenverhältnis fiel 131 zu 59 aus.

#### Sudetendeutsche gingen leer aus

Die 59 Gegenstimmen sind umso erstaunlicher, als in Punkt VIII der Erklärung die Errichtung eines deutsch-tschechischen Zukunftsfonds angekündigt wird, dessen Ziel es ist, Geld aus Deutschland in die Tschechei zu transferieren, lautet der zweite und letzte Absatz des Punktes VII doch: „Dieser gemeinsame Fonds wird der Finanzierung von Projekten gemeinsamen Interesses dienen ... Die deutsche Seite bekennt sich zu ihrer Verpflichtung und Verantwortung gegenüber all jenen, die Opfer nationalsozialistischer Gewalt geworden sind. Daher sollen die hierfür in Frage kommenden Projekte insbesondere Opfern nationalsozialistischer Gewalt zugute kommen.“

Von 1998 bis 2007 flossen Gelder in Höhe von umgerechnet 46 Millionen Euro, die einen Großteil des Stiftungsvermögens ausmachten. Darüber hinaus agierte der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds als Partnerorganisation der Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ). Die war zu dem Zweck geschaffen worden, Ausländer zu entschädigen, die zugunsten des Dritten Reiches Zwangsarbeit verrichten mussten. Eine spezielle Arbeitsstelle des Zukunftsfonds koordinierte die Auszahlung von fast 217 Millionen Euro an tschechische Antragsteller.

Dahingegen gingen die Sudetendeutschen in den vergangenen 25 Jahren leer aus. Das lag abgesehen von der Erklärung auch daran, dass Tschechien eine Ausnahmeregelung im EU-Grundlagenvertrag von Lissabon hinsichtlich der Geltung der Grundrechtecharta durchsetzte, um auch künftig Regressansprüche der Vertriebenen abwehren zu können.

Obwohl Tschechien von der Deutsch-Tschechischen Erklärung also deutlich mehr profitierte als die Bundesrepublik, hegt oder zumindest hegte man in Prag weiterhin Vorbehalte. So äußerte der Mitunterzeichner Klaus 2017: „Deutschland ist ein dominantes Land. Es hat nun die Rolle, die es in den beiden Weltkriegen vergeblich erreichen wollte. Ein kleines Land in seiner Nachbarschaft muss vorsichtig sein in seinem Verhältnis zum Riesen nebenan.“

## BENEDIKT XV.

## Diplomat unter den Päpsten

Als Diplomat unter den Päpsten könnte man den sogenannten Friedenspapst Benedikt XV. bezeichnen. Dazu passte bereits die Ausbildung. Auf Druck seines Vaters musste der unter dem Namen Giacomo della Chiesa am 21. November 1854 in Genua zur Welt gekommene Spross einer markgräflichen Adelsfamilie erst in Jura promovieren, bevor er Theologie studieren durfte. Diese zweite Ausbildung beendete er 1880 mit einer Promotion in Kirchenrecht.

Ein Jahr später lernte Benedikt den elf Jahre älteren Mariano Rampolla del Tindaro kennen, einen bedeutenden Diplomaten in den Diensten der römischen Kirche, dessen Aufstieg 1887 in der Ernennung zum Kardinalstaatssekretär mit der Zuständigkeit für die Außenpolitik des Heiligen Stuhls mündete. Als dessen Mitarbeiter, ab 1901 gar Stellvertreter (Substitut), machte Benedikt Karriere. An der Lösung des deutsch-spanischen Karolinenstreits 1885 war auch er beteiligt.

Nachdem Rampolla bei der Papstwahl 1903 Pius X. unterlegen war, wurde nach diesem bald auch dessen enger Mitarbeiter aus dem diplomatischen Dienst entfernt. 1907 wurde Benedikt Erzbischof von Bologna, sieben Jahre später Kardinal.

Als nach dem Tode von Pius X. die nächste Papstwahl anstand, machte am 3. September 1914 im zehnten



Vor 100 Jahren gestorben: Friedenspapst Benedikt XV.

Wahlgang schließlich Benedikt das Rennen. Mit seiner Namenswahl stellte er sich in die Tradition eines anderen Erzbischofs von Bologna, der es auch bis zum Pontifex Maximus gebracht hatte, Benedikt XIV.

Nun konnte er wieder Außenpolitik machen, und darin war er durchaus erfolgreich. Vom ersten bis zum letzten Jahr seines Pontifikats konnte er die Zahl der diplomatischen Vertretungen beim Vatikan von 14 auf 27 fast verdoppeln. Mit der Heiligsprechung der französischen Nationalheldin Jeanne d'Arc punktete er bei der Französischen Republik, deren diplomatische Anerkennung er ebenso erreichte wie die des Vereinigten Königreichs.

Als Friedenspapst in die Geschichtsbücher eingegangen ist Benedikt durch seine vergeblichen Bemühungen, den Ersten Weltkrieg mittels Vermittlung eines Verständigungsfriedens zu beenden. In der Enzyklika „Pacem, Dei munus pulcherrimum“ setzte er sich 1920 für eine christliche Versöhnung statt des Siegfriedens ein. Wenn der letzte Papst aus Deutschland sich Benedikt XVI. nannte, dann tat er es erklärtermaßen auch mit Bezug auf den Friedenspapst, „der den Ersten Weltkrieg als ein „unnötiges Blutbad“ verurteilte und sich dafür einsetzte, daß die übergeordneten Gründe für den Frieden von allen anerkannt würden“. Vor 100 Jahren, am 22. Januar 1922, starb Benedikt XV. nach einer Lungenentzündung in Rom. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 27. November 2020 starb der Kopf des iranischen Atomprogramms, Mohsen Fachrisadeh, bei einem mysteriösen Mordanschlag auf seine Fahrzeugkolonne. Der Physiker und Brigadegeneral wurde auf dem Khomeini-Boulevard der Kleinstadt Absard von vier Kugeln aus einer autonom operierenden Roboterwaffe mit Gesichtserkennungssoftware getroffen, die so präzise feuerte, dass die Frau des Wissenschaftlers, welche unmittelbar neben ihm saß, unverletzt blieb. Wer hinter dem Attentat steckte, ist bis heute unklar. Auf jeden Fall handelte es sich hier aber um den geheimdienstlichen Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI).

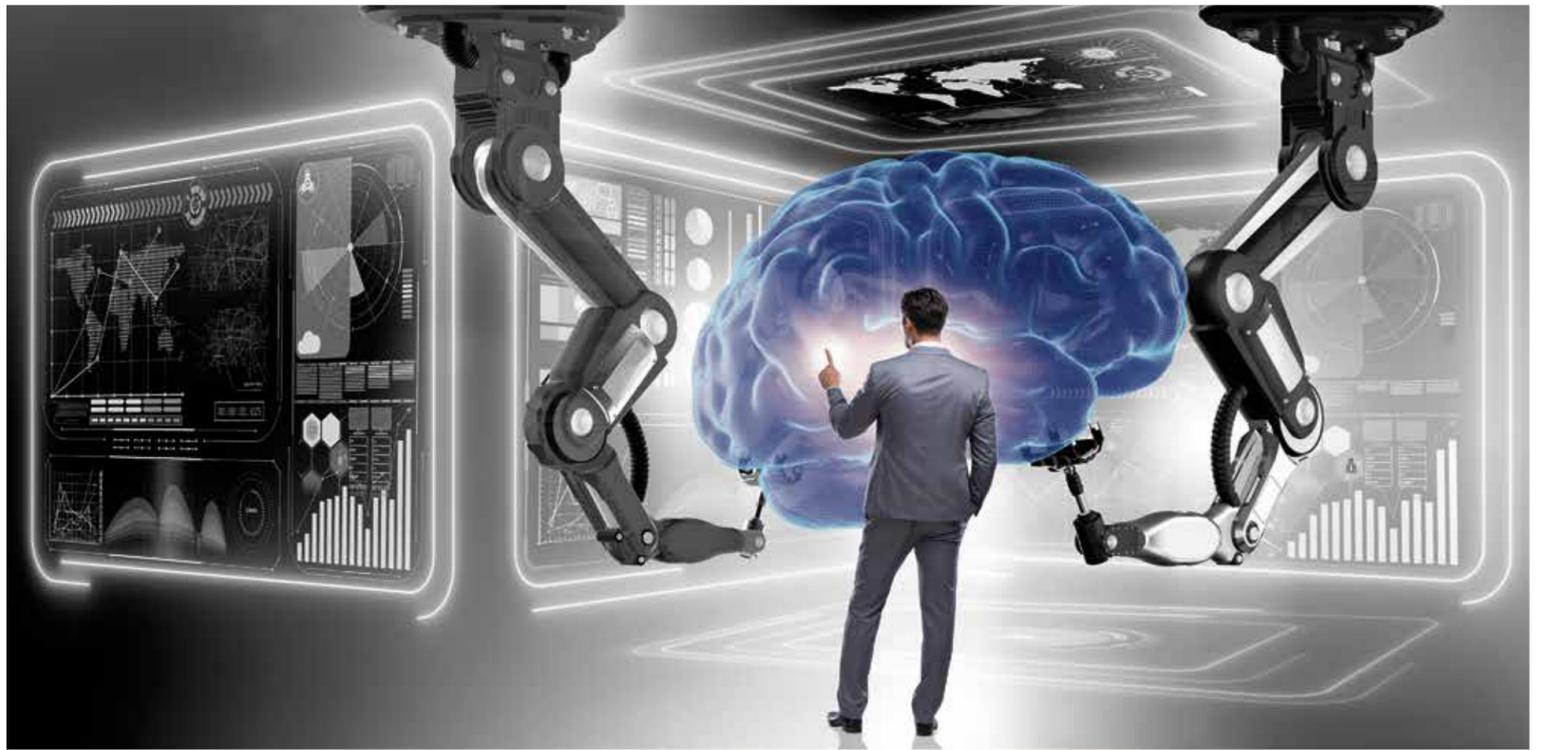
Der Begriff in seiner ursprünglichen englischen Form „Artificial Intelligence“ geht auf den US-Informatiker John McCarthy zurück, der ihn 1955 erstmals verwendete. Heute gilt KI als „die Fähigkeit einer Maschine, menschliche Fähigkeiten wie logisches Denken, Lernen, Planen und Kreativität zu imitieren“ – so die Definition des EU-Parlaments. Es wird zwischen schwacher und starker KI unterschieden. Erstere dient dem Zweck, konkrete Anwendungsaufgaben zu meistern und den Menschen beim Denken und Handeln zu unterstützen. Dagegen agieren die Computersysteme der starken KI sehr viel stärker auf Augenhöhe mit ihren Schöpfern und stellen auch keine Eins-zu-Eins-Nachahmungen der kognitiven Architektur des Homo sapiens dar.

#### Experten warnen vor KI-Waffen

Die schwache KI kann unser Leben enorm verbessern. Man denke an Internet-Suchmaschinen und -Übersetzer, die Analyse und Vorhersage von Entwicklungen aller Art vom Wettergeschehen bis zu den Börsen, Programme zur Sprach- und Bilderkennung, selbstfahrende Verkehrsmittel, „nimmermüde“ Fertigungsroboter und so weiter. Gleichzeitig existiert aber ein erhebliches Missbrauchspotential, wie der Mord an dem Atomphysiker oder die Verwendung anderer autonom agierender Tötungsmaschinen zeigt.

Das rief im August 2017 allerlei Experten aus der Technologiebranche auf den Plan, welche die Vereinten Nationen davor warnten, dass nach der Erfindung des Schwarzpulvers und der Atombombe nun die dritte große Revolution in der Kriegführung drohe. Und „wenn die Büchse der Pandora erst einmal geöffnet ist, wird es schwierig, sie wieder zu schließen“. Deshalb, so die 116 Unterzeichner eines offenen Briefes an die UN, sollte die Weltgemeinschaft die computergesteuerten Waffensysteme ächten.

Ebenso stellt die KI ein Unterdrückungsinstrument ersten Ranges dar,



Ab 2045 könnte sie den Menschen überflügeln, fürchtet Computerpionier Raymond Kurzweil: KI wird immer perfekter

Foto: imago images/agefotostock

#### KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

## Zwischen strahlender Verheißung und Albtraum

Die Computertechnik hat unser Leben enorm verbessert. Doch am Ende der Entwicklung könnten Sklaverei oder gar die Auslöschung der Menschheit durch digitale Superwesen stehen

wenn sie von diktatorischen Regimen genutzt wird. In China, dessen Regierung 2017 einen ambitionierten Plan zur Nutzung der KI verabschiedet hat und das bis 2030 zum unangefochtenen Spitzenreiter beim Einsatz dieser Technologie aufsteigen will, wird schon jetzt mit Hilfe von Gesichtserkennungs- und anderer Kontrollsoftware gegen unbequeme nationale Minderheiten oder die politische Opposition vorgegangen.

Seit Ende 2021 testet Peking sogar „Staatsanwälte mit Künstlicher Intelligenz“. Die sollen automatisiert Anklage bei Delikten wie „Widerstand gegen die Staatsgewalt“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ erheben. Dann wäre es möglich, tausende „Unruhestifter“ auf einmal im Fließbandverfahren abzuurteilen. Das klingt bereits reichlich dystopisch, ist aber nicht der Grund dafür, dass der populäre britische Physiker Ste-

phen Hawking die KI ab 2014 als ernsthafte Bedrohung für die Menschheit bezeichnete.

#### Schutzgott, Diktator, „Zoowärter“

Die größte Gefahr geht von einer Perfektionierung der starken KI aus, an deren Ende die sogenannte Technologische Singularität steht, welche nach Einschätzung des US-Computerpioniers Raymond Kurzweil bereits um das Jahr 2045 eintreten könnte. Hierbei handelt es sich um den Zeitpunkt, zu dem die Künstliche Intelligenz die menschliche überflügelt, woraufhin die Maschinen anfangen, sich selbst zu vermehren und zu verbessern. Das wiederum wäre der Beginn einer Entwicklung, in deren Verlauf die Menschheit die Kontrolle über das weitere Geschehen in ihrer Welt verliert und zu einer Spezies mutiert, deren Wohl und Wehe von der in blindem Fortschrittsglauben optimierten

KI abhängt, die fürderhin als sogenannte Superintelligenz (SI) agiert.

Wie der aus Schweden stammende Wissenschaftsphilosoph Max Tegmark in seinem richtungsweisenden Buch „Life 3.0: Being Human in the Age of Artificial Intelligence“ (Leben 3.0: Mensch sein im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz) 2017 darlegte, sind mehrere Szenarien denkbar. Zum Ersten besteht die Möglichkeit der Entstehung eines „Libertären Utopia“, in dem die Superintelligenz den unterlegenen Menschen vorrangig Gutes tut. Andererseits ist nicht auszuschließen, dass die Superintelligenz den „Wohltuenden Diktator“ mimt und unserer Art ein Leben nach ebenso rationalen wie strengen Regeln aufzwingt.

Zum Dritten hält Tegmark auch eine SI für möglich, welche als „Schutzgott“ fungiert und nur sehr verdeckt Kontrolle ausübt, weshalb dann viele Menschen an ihrer

Existenz zweifeln würden. Ebenso wäre eine SI denkbar, die gegenüber dem ins technologische Abseits gedrängten Homo sapiens als „Zoowärter“ auftritt. Oder sie nimmt die Rolle des paranoiden „Torwächters“ ein, dessen Trachten neben der Niederhaltung des Menschen darauf abzielt, die Entstehung weiterer, konkurrierender Superintelligenzen zu verhindern.

Zu gar nicht so guter Letzt skizziert Tegmark zwei Szenarien, in denen die SI die Menschheit entweder auf abrupt-gewaltsame oder eher schleichende beziehungsweise feierlich-zeremonielle Art und Weise auslöscht. Das Fortbestehen unserer Spezies könnte also nicht nur deshalb gefährdet sein, weil die Natur regelmäßig Krankheitserreger mit globalem Killer-Potential wie Pestbakterien oder Pockenviren hervorbringt. Vielmehr droht theoretisch auch ein Aus aufgrund unalkulierbarer technischer Entwicklungen.

#### SPITZENSport

## „Emanzipation“ auf Kosten der Frauen

Das IOC hebt die global einheitliche Testosteron-Obergrenze für die Teilnahme an Frauenwettkämpfen auf

Als die Französin Alice Milliat im Jahr 1919 in einem Brief an das Internationale Olympische Komitee (IOC) die gleichberechtigte Teilnahme von Frauen bei Olympischen Spielen forderte, handelte sie sich noch eine Abfuhr ein. Milliat, selbst eine begeisterte Sportlerin, organisierte daraufhin im März 1921 und im August 1922 die ersten Frauenweltspiele. Seitdem haben sich Frauen Schritt für Schritt bei immer mehr Sportarten die Teilnahme bei Olympischen Spielen erkämpft.

Hundert Jahre später hat das Olympische Komitee nun ein neues Rahmenwerk vorgelegt, das tiefgreifende Folgen für den Frauensport haben kann. Bei dem Rahmenwerk geht es um die Frage,

unter welchen Voraussetzungen transsexuelle Athleten bei Wettkämpfen zugelassen werden sollen. Vor allem im Frauen-Sport ist dies ein höchst umstrittenes Thema.

Seit einigen Jahren hat das Komitee eine Regelung angewendet, die für Teilnehmer an Frauenwettkämpfen einen Höchstwert des männlichen Geschlechtshormons Testosteron fest schrieb. Transgender-Personen, die diese Grenze überschritten und bei den Frauen starten wollten, mussten sich operieren lassen oder medikamentös den Testosteronspiegel drücken.

Das neue Rahmenwerk sieht nun vor, dass das Komitee ab dem März dieses Jahres kein einheitliches Testosteron-

Niveau mehr für die Teilnahme von Transgender-Athleten bei Wettkämpfen vorgibt. Stattdessen überlässt das IOC es künftig den internationalen Sportverbänden, selbst festzulegen, ob Transgender-Athleten in der jeweiligen Sportart einen unverhältnismäßigen Vorteil haben.

#### Von Natur aus im Vorteil

Nach dem Willen des IOC sollen die internationalen Sportverbände dabei allerdings das „Rahmenwerk zu Fairness, Inklusion und Nichtdiskriminierung auf der Grundlage von Geschlechtsidentität und Geschlechtervariationen“ als „kohärentes Ganzes“ beachten. Zudem will das IOC auch, dass die bloße Annahme eines

Vorteils für Transgender-Athleten als unzulässig angesehen wird.

Teilnahmebeschränkungen will das IOC nur auf der Grundlage klarer Belege erlauben. Zu den zehn Punkten des Rahmenwerks gehört die Regelung, dass Athleten nicht zu medizinischen Eingriffen gezwungen werden dürfen. Grundsätzlich strebt das Komitee eine größtmögliche Inklusion der Transgender-Athleten an.

Der neue Regelrahmen ist rechtlich nicht bindend. Allerdings ist absehbar, dass Sportverbände sich schnell Diskriminierungsvorwürfen ausgesetzt sehen werden, wenn sie die Teilnahmebedingungen von Transgender-Personen nicht im Sinne einer „größtmögliche Inklusion“ re-

geln. Gerade im Bereich des Spitzensports, bei dem oft schon geringste Unterschiede in der körperlichen Leistungsfähigkeit über Medaillenchancen entscheiden, könnten Transfrauen damit zukünftig unfaire Vorteile gegenüber biologischen Frauen erhalten.

Bereits die bisherige Fokussierung der Diskussion auf den Faktor Testosteron wird von einigen Sportlerinnen als sehr irreführend kritisiert. Katherine Deves, die Sprecherin der Gruppe „Save Women's Sport Australasia“, wies etwa darauf hin, dass Transsexuelle, die eine männliche Pubertät durchlaufen hätten, auch von der Anatomie her gegenüber den Sportlerinnen im Vorteil seien, die als Frau geboren wurden. Norman Hanert

**KÖNIGSBERG**

## Ein Schiff wird Hotel und Museum

Das Schicksal des ausgemusterten Forschungsschiffs „Kosmonaut Viktor Pazajew“ ist besiegelt

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Seit zwanzig Jahren befindet sich in Königsberg das einzige Raumfahrtkommunikationsschiff der Welt mit einer Museumsausstellung an Bord – das Schiff „Kosmonaut Viktor Pazajew“. Die ganze Zeit über lag es am Pier des Weltozeanmuseums, aber es gehörte nie offiziell dazu.

Während der gesamten Zeit seiner Nutzung unterlag das Schiff der Zuständigkeit der Akademie der Wissenschaften. Mit der „Kosmonaut Viktor Pazajew“ wurden vierzehn Forschungsreisen unternommen, bei denen mit Raumfahrzeugen gearbeitet wurde.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erhielt das Staatsunternehmen Roskosmos vier Weltraumkommunikationsschiffe von der Akademie der Wissenschaften, eines davon war die „Kosmonaut Viktor Pazajew“. Die anderen drei wurden verschrottet. Formal gehört das erhaltene gebliebene Forschungsschiff einer Tochtergesellschaft von Roskosmos, die weiterhin Forschungen betreibt. Das Museum organisierte im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung thematische Ausstellungen an Bord des Schiffes.

**Drei Schiffe wurden verschrottet**

Im Jahr 2015 lief der Vertrag über den Einsatz des Schiffes für den Empfang von Weltraumdaten der Internationalen Raumfahrtkommunikation aus, und dem Schiff drohte auch die Verschrottung. Dass es dazu nicht kam, ist das Verdienst engagierter Museumsmitarbeiter und von Veteranen der maritimen Raumflotte. Schließlich wurde das Schiff als Kulturerbe anerkannt, seine Zukunft war aber dennoch unklar. Das Schiff blieb zunächst im Staatsbesitz.

Im Oktober 2021 kündigte die Direktorin des Weltozeanmuseums, Swetlana Siwkowa, an, dass das Schiff in den Zu-



Hat hier eine ständige Heimat gefunden: Das Forschungsschiff „Kosmonaut Viktor Pazajew“ an der Anlegestelle des Weltozeanmuseums am Pregel *Foto: J.T.*

ständigkeitsbereich des Königsberger Gebiets überführt werde und dass das Museum nach der Reparatur des Schiffes eine Ausstellung mit dem Titel „Weltraum-Odyssee“ zeigen werde.

**Regionalregierung ist zuständig**

Obwohl das Schiff in den vergangenen zwanzig Jahren vom Museum des Weltozean restauriert und gewartet wurde, unterstand die „Kosmonaut Viktor Pazajew“ der Leitung des Königsberger Regionalmuseums für Geschichte und Kunst. Ein Sprecher der Gebietsregierung begründete diese Entscheidung damit, dass das

Museum für Geschichte und Kunst den regionalen Behörden unterstellt sei, während das Weltozeanmuseum direkt der föderalen russischen Regierung unterstehe.

Das Schiff wird nicht mehr auslaufen, sondern an der Anlegestelle des Weltozeanmuseums verbleiben. Für das Gebietsmuseum fallen keine Kosten für den Liegeplatz an, da die beiden Museen eine Vereinbarung über die gemeinsame Nutzung unterzeichnet haben.

**Staat und Museum beteiligt**

Der Gebietsgouverneur Anton Alichanow sagte, dass er gemeinsam mit dem

Weltozeanmuseum festlegen wolle, welcher Teil des Schiffes weiterhin für Ausstellungen genutzt werden soll und welcher einer kommerziellen Nutzung zugeführt wird. Er geht davon aus, dass hier ein Hotel eingerichtet werden könnte, wobei die Kabinen miteinander verbunden und komfortabel ausgestattet werden könnten.

Es ist geplant, dass das Weltozeanmuseum weiterhin für die Museumsfunktion zuständig sein wird, während der Teil des Schiffes mit den Hotelzimmern von staatlichen Strukturen geführt werden soll.

**MELDUNGEN**

## Wasserwerk wird saniert

**Mühlhausen** – Die Stadt Mühlhausen wird ihr Wasserwerk modernisieren. Das 40 Jahre alte Bauwerk ist in die Jahre gekommen und muss dringend saniert werden, damit die Einwohner mit Wasser von hoher Qualität versorgt werden können. Der Umbauplan umfasst den Austausch der vorhandenen Filter gegen moderne, die allen Anforderungen entsprechen. Eine Veränderung erfahren auch die Gebäude, in denen sich die technische Einrichtung, die Büros und die Sozialräume befinden. Die Arbeiten beginnen noch in diesem Jahr. Beendet werden soll die Modernisierung der Kläranlage, für die Mühlhausen Mittel von der EU und vom Regierungsfonds für lokale Investitionen erhalten hat. Für die Sanierung des Wasserwerks erhält die Stadt einen Zuschuss in Höhe von umgerechnet gut einer Million Euro, rund 55.000 Euro, selbst besteuern muss. Der Zuschuss kommt aus dem Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen der Republik Polen und der Russischen Föderation. *PAZ*

## „Näher an der Ostsee 2030“

**Elbing/Braunsberg** – Das Projekt „Näher an der Ostsee 2030“ (Bliziej Baltyku 2030) bietet eine Chance zur Entwicklung der Kommunen am Frischen Haff. Es handelt sich um ein Bündnis der Stadt- und Landgemeinden Elbing und Braunsberg, aber auch Frauenburg, Reichenbach und Tolkemit, dessen Zweck die Entwicklung der Region ist. Das Bündnis steht unter Führung der Stadt Elbing und im Zusammenhang mit dem Durchstich durch die Frische Nehrung. *PAZ*

**ALLENSTEIN**

## Paketstationen auf dem Vormarsch

Dank des steigenden Internethandels während der Corona-Pandemie wächst das Netz der Abholautomaten

Die Tatsache, dass die Corona-Pandemie viele Bereiche unseres Lebens verändert hat, ist unumstritten. Die Angst vor Ansteckung und der Wunsch, unnötige Kontakte zu vermeiden, haben sich vielfach auf das Kaufverhalten der Verbraucher ausgewirkt. Viele Konsumenten beschränken ihre Besuche in Läden vor Ort auf das Nötigste und kaufen lieber online ein.

Während sich im Bereich des Handels mit Elektronik Internetauktionsplattformen wie „allegro“ oder „OLX“ seit Jahren des ungebrochenen Interesses der Kunden erfreuen, schießen seit Beginn der Pandemie Paketstationen in großen und mittelgroßen Städten sowie in kleineren Orten der Republik Polen wie Pilze aus dem Boden.

In Allenstein gibt es über 80 Automaten für den Empfang und den Versand von Paketen. Ihr Anblick bei Geschäften, Tankstellen oder Wohnblocks ist bereits alltäglich. Untersuchungen und Berichten zufolge entscheiden sich die Internetnutzer jeden Monat mehr für die Nutzung von Paketstationen, da diese völlig berührungslos

erfolgen kann. Wenn der Kunde eine App auf seinem Handy nutzt, muss er nicht einmal den Bildschirm des Automaten anfassen, um sein Paket zu erhalten.

Darüber hinaus bringen viele E-Handel-Analysten die wachsende Beliebtheit von Paketstationen damit in Verbindung,

dass sie umweltfreundlicher seien als Kurierdienste, da bei der Zustellung viel weniger Kraftstoff verbraucht werde und der Paketautomat eine Art öffentliches Verkehrsmittel für Pakete sei. Außerdem sei diese Form der Zustellung manchmal sogar billiger als ein Kurierdienst.



Erfreuen sich großer Beliebtheit: Paketautomaten

*Foto: D.K.*

Im Jahr 2020 überholten erstmals Paketautomaten die Kurierdienste auf dem polnischen Auslieferermarkt, was von der Beliebtheit dieser Zustellungsform zeugt. Das Logistik- und Kurierunternehmen „InPost“, ein landesweiter Anbieter von Paketautomaten, kündigt einen noch dynamischeren Ausbau des eigenen Netzes von Paketabholstationen an. Zu Beginn dieses Jahres sollen 16.000 Paketstationen in der Republik Polen und in Großbritannien aufgestellt werden, wo das Unternehmen seine Aktivitäten ausweiten will.

**Mehr Automaten als Kurierdienste**

Auch die Polnische Post (Poczta Polska) baut ihr Automaten-system aus, und bei den staatlichen Unternehmen will sich „Orlen“, ein polnisches Kraftstoff- und Energieunternehmen, am Ausbau der Paketstationen beteiligen. Bei allem Optimismus gibt es jedoch auch Wermutstropfen für die expansionswilligen Unternehmen. Zu nennen ist hier die Praxis einiger Gemeinden, Steuern zu erheben.

Aufgrund ungenauer Bestimmungen des Baugesetzes betrachten einige Behörden Paketautomaten als Immobilie, was die Erhebung von zwei Prozent Steuern auf ihren Wert ermöglicht. Paketversandgeräte können ungerechnet bis zu 2200 Euro wert sein, sodass der Haushalt der Gemeindeverwaltung sogar mehrere tausend Zloty pro Jahr aus einem Paketautomaten erzielen kann. So forderte beispielsweise die Steuerbehörde in Elbing die Firma „InPost“ auf, eine Grundsteuererklärung für die in der Stadt gelegenen Einrichtungen abzugeben. Das Unternehmen klagte, und der Fall ist nun vor dem Verwaltungsgericht anhängig.

Ob die Kommunalverwaltung das Recht hat, Steuern zu erheben, ist zweifelhaft, denn in ähnlichen Streitfällen gewannen bisher die Betreiber von Paketstationen. Deshalb schrecken ähnliche Probleme den chinesischen Onlinehandelsriesen „Ali Express“ nicht ab, seine Paketstationen zunehmend in der Republik Polen aufzustellen. In Allenstein gibt es bereits sechs davon. *David Kazanski*

## Wir gratulieren...



## ZUM 101. GEBURTSTAG

**Kallweit, Gerda**, geb. **Boehnke**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

## ZUM 100. GEBURTSTAG

**Dombrowski, Anneliese**, geb. **Kabe**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 27. Januar  
**Sattler, Gertrud**, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 27. Januar

## ZUM 99. GEBURTSTAG

**Deimer, Ellinor**, geb. **Schoen**, aus Lyck, Hindenburgstraße 65, am 24. Januar  
**Liß, Emma**, geb. **Koyro**, aus Lyck, Sentker Chaussee, am 27. Januar  
**Myska, Karl**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 22. Januar

## ZUM 98. GEBURTSTAG

**Dickschas, Kurt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. Januar  
**Dinse, Luise**, aus Lyck, am 23. Januar

## ZUM 97. GEBURTSTAG

**Felsch, Edith**, geb. **Kischel**, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 26. Januar

**Friebe, Ilse**, geb. **Mehr**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 25. Januar

**Meike, Erika**, aus Lyck, am 27. Januar

**Müller, Gertrud**, geb. **Blask**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 24. Januar  
**Shinners, Ingeborg**, geb. **Wowers**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 25. Januar  
**Zindler, Margot**, geb. **Grommek**, aus Mohrunen, am 25. Januar

## ZUM 96. GEBURTSTAG

**Kensy, Alfred**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar  
**Wittmann, Erna**, geb. **Schmidt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 95. GEBURTSTAG

**Dembeck, Helmut**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 21. Januar  
**Gränitz, Liselotte**, geb. **Aschmonat**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 24. Januar  
**Hagen, Elfriede**, geb. **Langguth**, aus Struben Abbau, Kreis Neidenburg, am 25. Januar

## ZUM 94. GEBURTSTAG

**Jakstadt, Ernst**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 26. Januar  
**Meyer, Ruth**, geb. **Gippner**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 24. Januar  
**Schendel, Herbert**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 26. Januar  
**Walendy, Udo**, aus Lyck, am 21. Januar  
**Wilhelm, Erika**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 40, am 24. Januar

## ZUM 93. GEBURTSTAG

**Dömpke, Bruno**, aus Wehlau, am 27. Januar  
**Gablowski, Ilse**, aus Zielkeim, Kreis Fischhausen, am 24. Januar  
**Goeritz, Kurt**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 26. Januar  
**Kohn, Heinz**, aus Wehlau, am 22. Januar  
**Lorenzen, Elsa**, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 22. Januar  
**Marchel, Gerhard**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 27. Januar  
**Schomann, Waltraut**, geb. **Wermke**, aus Lyck, am 24. Januar

**Tertel, Willi**, aus Teichwalde, Kreis Treuburg, am 27. Januar

## ZUM 92. GEBURTSTAG

**Bolze, Helene-Martha**, geb. **Bernatzki**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Januar  
**Gassert, Charlotte**, aus Königsdorf, Kreis Heiligenbeil, am 27. Januar  
**Käding, Eva**, geb. **Gohl**, aus Wehlau, am 23. Januar  
**Kirchhoff, Brigitte**, geb. **Wissmann**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 27. Januar  
**Kudczinski, Hansjürgen**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 24. Januar  
**Niendorf, Adelheid**, geb. **Türmer**, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 24. Januar  
**Scheumann, Günter**, aus Ortelsburg, am 27. Januar  
**Wagener, Elfriede**, geb. **Okuniek**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 25. Januar

## ZUM 91. GEBURTSTAG

**Baatz, Anneliese**, geb. **Schenk**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 22. Januar  
**Bollmann, Traute**, geb. **Trosien**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrunen, am 27. Januar  
**Czycholl, Ruth**, geb. **Fischer**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 26. Januar  
**Graf, Irene**, geb. **Klimach**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 22. Januar  
**Hillgruber, Hans-Georg**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Januar  
**Neumann, Franz**, aus Desehen, Kreis Elchniederung, am 26. Januar  
**Poerschke, Paul-Gerhard**, aus Willenheim, Kreis Lyck, am 23. Januar

## ZUM 90. GEBURTSTAG

**Barth, Elisabeth**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 23. Januar  
**Bergen, Erich**, aus Lyck, Yorkplatz 3, am 26. Januar  
**Block, Ursula**, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode, am 26. Januar  
**Brandt, Frieda**, geb. **Pörschke**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

ANZEIGE  
**Masuren und Danzig**  
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY  
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

**Hinz, Gertraude**, geb. **Milbrodt**, aus Bauditten, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

**Hoffmann, Gerda**, geb. **Dahnz**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 23. Januar

**Knischewski, Dagobert**, aus Lyck, Danziger Straße 11, am 23. Januar  
**Losekamm, Gerda**, geb. **Kallweit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

**Mund, Helene**, geb. **Tonnus**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

**Murawsky, Anneliese**, aus Neundorf, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Rohde, Doris**, geb. **Höpfner**, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 22. Januar

**Wagner, Erika**, geb. **Lorenz**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 25. Januar

**Warda, Bruno**, aus Lyck, am 21. Januar

## ZUM 89. GEBURTSTAG

**Anger, Christel**, geb. **Litzbarski**, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 24. Januar

**Begett, Herbert**, aus Fischhausen, am 21. Januar

**Dotzenroth, Gerlind**, aus Königsberg, am 24. Januar

**Fullert, Erika**, geb. **Kirschnick**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 25. Januar

**Haedelt, Eva**, geb. **Waaga**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Januar

**Jacob, Gert**, aus Wehlau, am 24. Januar

**Jastremski, Dietrich**, aus Morgenrund, Kreis Lyck, am 26. Januar

**Koschorrek, Ulrich**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 77, am 22. Januar

**Lindenau, Reinhild**, geb. **Turowski**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 27. Januar

**Pakusch, Reinhard**, aus Paradies, Kreis Mohrunen, am 25. Januar

**Rossmann, Paul-Gerhard**, aus Seubersdorf, Kreis Mohrunen, am 24. Januar

**Viohl, Gerlinde**, geb. **Krause**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 22. Januar

## ZUM 88. GEBURTSTAG

**Bachor, Werner**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar

**Bischof, Brigitte**, geb. **Peter**, aus Ortelsburg, am 26. Januar

**Blechert, Hartmut**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 24. Januar

## ZUM 87. GEBURTSTAG

**Bachor, Werner**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, am 21. Januar

**Bischof, Brigitte**, geb. **Peter**, aus Ortelsburg, am 26. Januar

**Blechert, Hartmut**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 24. Januar

**Bischof, Brigitte**, geb. **Peter**, aus Ortelsburg, am 26. Januar

**Blechert, Hartmut**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 24. Januar

**Bischof, Brigitte**, geb. **Peter**, aus Ortelsburg, am 26. Januar

**Blechert, Hartmut**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 24. Januar

## Ostpreußisches Landesmuseum



**Leah Rabin** – Friedensbotschafterin aus Königsberg, Vortrag von Friederike von Natzmer, am 26. Januar um 18.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro. Es gelten die 2G-Regeln, eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Leah Rabin wurde am 8. April 1928 in einer wohlhabenden jüdischen Familie in Königsberg geboren. Nach Hitlers Machtergreifung 1933 emigrierte sie mit ihrer Familie nach Palästina, das damals britisches Mandatsgebiet war. 1948 heiratete sie Jitzchak Rabin, einen Militär, Diplomaten und Politiker, der 1974 israelischer Ministerpräsident wurde. An der Seite ihres Mannes erlebte sie die Gründung und den Aufbau des Staates Israel und seine Verteidigungskriege. Ab 1990 wurde Jitzchak Rabin zu einem der

wichtigsten Fürsprecher eines fortschreitenden Friedensprozesses zwischen Israel, den Palästinensern und den arabischen Nachbarn des Staates. Ihm, dem „Visionär“ des Friedens, folgte sie in ihrer politischen Arbeit nach seiner Ermordung 1995. Beider Leben waren untrennbar verbunden, so wie beider Familiengeschichten die Entwicklungen in Europa und der Welt widerspiegeln. Der Vortrag zeichnet den bewegten Lebensweg der Leah Rabin nach.

Diplompädagogin Friederike von Natzmer arbeitete in der Ausbildung von Lehrern, Sozialpädagogen und in der Erwachsenenbildung. Seit 25 Jahren beschäftigt sie sich mit den Lebensläufen ostpreußischer und baltischer Frauen und ist eine Spezialistin auf dem Gebiet von deren außergewöhnlichen Biografien.

**Bree, Ingrid**, geb. **Schirmacher**, aus Warnien, Kreis Wehlau, am 23. Januar

**Demenus, Reinhard**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 27. Januar

**Dieck, Paul**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Fath, Helene**, geb. **Nowinski**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 21. Januar

**Fromm, Ursula**, geb. **Bienroth**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 22. Januar

**Heinrichs, Manfred**, aus Heinrichsdorf, Kreis Mohrunen, am 22. Januar

**Heye, Elisabeth**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 27. Januar

**Ihbe, Hildegard**, geb. **Schart**, aus Lyck, am 23. Januar

**Kirchner, Lotti**, geb. **Ehresmann**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Kirsch, Marlies**, geb. **Jebranzik**, aus Seligen, Kreis Lyck, am 24. Januar

**Koselke, Bernhard**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Januar

**Kulinna, Egon**, aus Gortzen, Kreis Lyck, am 27. Januar

**Schneider, Edith**, geb. **Samorski**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 25. Januar

**Sydow, Irma**, geb. **Fornasson**, aus Giesen, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Syska, Werner**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 22. Januar

**Szesny, Werner**, aus Albrechtshof, Kreis Treuburg, am 25. Januar

**Wirth, Ursula**, geb. **Hesselbach**, aus Walden, Kreis Lyck, am 23. Januar

## ZUM 80. GEBURTSTAG

**Albrecht, Helga**, aus Lötzen, am 21. Januar

**Bühnemann, Margrit**, geb. **Lingk**, aus Klutkenmühle, Kreis Heilsberg, am 14. Januar

**Büttner, Anneliese**, geb. **Pax**, aus Samrodt, Kreis Mohrunen, am 22. Januar

**Dall, Hans**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 25. Januar

**Gernath, Manfred**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 23. Januar

**Klapheck, Eva**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. Januar

**Linde, Renate**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 26. Januar

**Marx, Adelheid**, geb. **Warich**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 27. Januar

**Marzinzik, Paul**, aus Arlen, Kreis Lötzen, am 25. Januar

**Poplawski, Siegfried**, aus Langheide, Kreis Lyck, am 23. Januar

**Rehbein, Wolf**, aus Treuburg, am 24. Januar

**Stürmer, Heinz**, aus Pottlitten, Kreis Heiligenbeil, am 21. Januar

## ZUM 75. GEBURTSTAG

**Vollmer, Hans-Jochen**, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 26. Januar

**Wernerus-Neumann, Heidi**, geb. **Wernerus**, aus Kallehnen, Kreis Wehlau, am 23. Januar

## Hinweis

**Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“** abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.  
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,  
 E-Mail: info@ostpreussen.de

## Zusendungen für die Ausgabe 5/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 5/2022 (Erstverkaufstag 4. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 25. Januar**, an die Redaktion der PAZ:  
 E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:  
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

## Kontakt

Angela Selke  
 Telefon (040) 4140080  
 E-Mail: selke@paz.de

## Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

**Unterstützung** in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen  
 Herrn Bundesgeschäftsführer  
 Dr. Sebastian Husen  
 Buchstraße 4  
 22087 Hamburg

**Auskünfte** erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



## Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

**11. bis 13. März:** Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt

**22. bis 24. April:** Kulturseminar in Helmstedt

**23. und 24. April:** Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)

**11. Juni:** Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg

**25. Juni:** Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Osterode (Ostpreußen)

**23. bis 25. September:** Geschichtsseminar in Helmstedt  
**24. September:** 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin

**7. bis 9. Oktober:** 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg

**10. bis 16. Oktober:** Werkwoche in Helmstedt

**4. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**5. und 6. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

**6. bis 9. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

**Auskünfte** erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

## Aus den Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

### Niedersachsen

**Vorsitzende:** Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

### Trauer um Horst Neumann

**Braunschweig** – Horst Neumann wurde am 15. Oktober 1920 in dem ostpreußischen Bauerndorf Paplacken, Kreis Insterburg, geboren. Vor gut einem Jahr konnte er seinen 100. Geburtstag noch in großer Runde in geistiger Frische feiern. Auch der 101. Geburtstag war ihm noch beschieden. Jetzt ist er am 2. Januar friedlich eingeschlafen.

Nach acht Jahren Volksschule war für 1939 der Besuch der Landwirtschaftsschule vorgesehen, nachdem der ältere Bruder Hans auf die Übernahme des Bauernhofes verzichtet hatte. Durch den Kriegsbeginn am 1. September 1939 kam alles ganz anders. Dem Arbeitsdienst im Jahr 1940 folgten die Einberufung zum Militär im April 1941 und der Kriegseinsatz. Fast wäre es gut gegangen. Doch kurz vor Kriegsende ereilten Neumann Verwundung und russische Gefangenschaft. Aufgrund der Verwundung war er für die Zwangsarbeit nicht tauglich und wurde im November 1945 entlassen.

Typisch für alle Kriegsteilnehmer, die nicht zurück in ihre Heimat konnten, gab es auch für Neumann eine Reihe von Zwischenstationen, bis Braunschweig zur dauerhaften Bleibe wurde.

Die durch die Verwundung verbliebenen körperlichen Beein-



In Zingst, Landkreis Nordvorpommern in Mecklenburg-Vorpommern, liegt sie begraben: Martha Müller-Grählert Foto: Schiwago/wikipedia

trächtigungen machten auf ärztliches Anraten eine vorzeitige Pensionierung 1979 mit erst 59 Jahren erforderlich.

Die aktive Zeit in der Landsmannschaft Ostpreußen begann am 1. Mai 1985 mit dem Eintritt in die Ortsgruppe Braunschweig. Schon bald wurde er in den Vorstand gewählt. Ende 1988 wurde er Kassenwart der hiesigen Ortsgruppe und bekleidete dieses Amt bis Ende 2015; er war damals 95 Jahre alt. Diese Vorstandsarbeit hat er nicht nur – wie es diese Aufgabe verlangt – gewissenhaft, sondern auch mit Leidenschaft verrichtet.

Seine Verbundenheit zu seiner Heimat Ostpreußen hat er ferner durch zahlreiche Teilnahmen an

Heimattreffen und den Besuch seines Heimatdorfes bekundet.

Trotz seines hohen Alters bestand bis zuletzt ein enger Kontakt zu der Ortsgruppe. Leider konnte er in den letzten Jahren nicht mehr an den monatlichen Zusammenkünften teilnehmen.

„Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie du“, so heißt es in einem Gedicht von Theodor Fontane. Ja, absolut treu war Neumann seiner ostpreußischen Heimat, er liebte sie und setzte sich für sie ein. So haben wir ihn alle erlebt und so bleibt er in unseren Herzen in Erinnerung.

Horst Neumann – ruhe in Frieden.

Fritz Folger  
Vorsitzender der Ortsgruppe Braunschweig

### Schleswig-Holstein

**Vorsitzender:** Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

### Martha Müller-Grählert

**Bad Oldesloe und Tremsbüttel** – Im Januar waren die Ost- und Westpreußen aus Bad Oldesloe Gäste bei Erika Mosel in Tremsbüttel. Thema des Nachmittags waren das Lied „Wo de Ostseewellen trecken an den Strand“ und die Verfasserin des Textes Martha Müller-Grählert, die 1876 in Barth in Vorpommern geboren wurde.

In Zingst hatte sie ihre Kindheit und Jugend verlebt und durch pädagogische Privatstunden nach der Schulzeit und einem Seminarbesuch in Franzburg einen Berufsabschluss als Lehrerin erworben. Da sie in dem Beruf nicht bleiben wollte, ging sie als Journalistin nach Berlin zum „Deutschen Familienblatt“. Das gefiel ihren Eltern gar nicht. Sie erhielt ein Hausverbot. In der Einsamkeit im fernen Berlin spürte sie ihre Sehnsucht nach der Heimat am Ostseestrand besonders. In der Zeit entstand der Text „Wo de Ostseewellen trecken an den Strand“. Schon vorher erschienen Gedichte von ihr in Zeitungen.

Als sie in Berlin den promovierten Max Müller, einen Professor für Tierzucht und Pferde-Spezialisten, kennenlernte und 1904 heiratete, war sie im Elternhaus wieder willkommen.

Müller erhielt eine Professur für Tierzucht an der japanischen Universität Sapporo. Das junge Ehepaar ging nach Japan. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Rückkehr schwierig. Die Ehe zerbrach. Allein widmete sie sich dem Dichten und Schreiben und stellte fest, dass sie ihr Lebensziel, plattdeutsche Heimatdichterin zu sein, endlich erreicht hat.

Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie du.  
(Theodor Fontane)

Wir trauern um unseren ehemaligen Kassenwart



## Horst Neumann

\*15. Oktober 1920 † 2. Januar 2022  
Paplacken/Gnottau chem. Wendenring 14  
Kreis Insterburg Braunschweig

In dankbarer Erinnerung

Landsmannschaft Ostpreußen - Ortsgruppe Braunschweig

Vorsitzender Fritz Folger

„Wo de Ostseewellen trecken an den Strand“ gewann eine besondere Bedeutung. In der Zeitschrift „Meggendorfer Blätter“ wurde das Gedicht 1908 mit einem großen Strandbild abgedruckt und erreichte viele Leser. Leider entstand im Laufe der Zeit im Text viele Druckfehler und Veränderungen. Jemand verschickte von der Insel Pellworm eine Postkarte mit dem Friesenlied „Wo die Nordseewellen trecken an den Strand“. Letztendlich komponierte die Melodie ein Thüringer in Zürich, der sich den Text erst einmal ins Hochdeutsche übersetzen ließ. Es wurde in vielen Ländern Europas bekannt, in Nord- und Südamerika und auch in Afrika.

1924 kehrte Müller-Grählert nach Zingst zurück. Wirtschaftliche Sorgen und Einsamkeit bedrückten sie. Viele Gedichte und Geschichten sind inzwischen entstanden, auch Aufführungen mit eigenen Texten machte sie.

Als die Kräfte abnahmen, zog sie im Februar 1959 in ein Altersheim in Franzburg. Im November 1959 starb sie dort. Ihre letzte Ruhe

fand sie auf dem Friedhof in Zingst.  
Gisela Brauer

### Lötzen

**Kreisvertreter:** Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osna-net.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de

### Busreise nach Lötzen und Rhein

Vom 9. bis 16. Juni – Sonderreise für die Kreisgemeinschaft Lötzen, Gruppe Dieter Milewski.

Am Donnerstag, 9 Juni: Anreise nach Posen, Fahrt ab Lehrte (mit Möglichkeit, die PKW auf unserem Betriebshof abzustellen) und ZOB Hannover und weiter mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache entlang der Autobahn und am Bahnhof Berlin-Schönefeld. Am Nachmittag erreichen Sie Posen, wo Sie im zentral gelegenen „Novotel Centrum“ Ihre Zimmer be-

Fortsetzung auf Seite 16

PAZ wirkt!

## Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

**Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Telefon: \_\_\_\_\_

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter [www.paz.de](http://www.paz.de)

Lastschrift  Rechnung

IBAN: \_\_\_\_\_  
Bank: \_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift: \_\_\_\_\_

### Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung  
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-R



## Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser  
ostpreußisches  
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland  
[www.paz.de](http://www.paz.de)



## Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

ein hohes Ansehen bei seinen ehemaligen Schülern und Lehrern.

Rausch wurde am 14. März 1928 geboren und wuchs in der Tilsiter Clausiusstraße auf. Er besuchte das Tilsiter Realgymnasium, an dem er das geistige Rüstzeug für seinen späteren Lebensweg erwarb und dem er zeitlebens verbunden blieb. 1944 endete jäh die Zeit in seinem geliebten Kinder- und Jugendparadies. Klaus musste als Luftwaffenhelfer zur Flak, dann zum Arbeitsdienst und zum Militär. Verwundet geriet er in britische Gefangenschaft. Nach seiner Rückkehr nahm er eine kaufmännische Lehre auf und studierte anschließend Betriebswirtschaft an der Freien Universität Berlin. Mit dem Abschluss als Diplom-Kaufmann führte ihn sein beruflicher Werdegang nach Frankfurt am Main, wo er im Finanzwesen leitend tätig war. Nach Eintritt in den Ruhestand fand er bald Anschluss an seine ehemaligen Tilsiter Mitschüler.

Während meiner 20-jährigen Tätigkeit als Schulsprecher des Tilsiter Realgymnasiums lernte ich Klaus als einen tatkräftigen Freund kennen, der durch seine unermüdeten Recherchen nach dem Verbleib der durch Krieg und Vertreibung in alle Winde verstreuten Gymnasiasten allgemeine Anerkennung fand. Seiner rechnergestützten Datensammlung war es zu verdanken, dass die Anzahl der in der Schulgemeinschaft SRT ver-



Schultreffen Magdeburg: Klaus-Jürgen Rausch (vorn Mitte) im Kreis seiner Schulkameraden.  
Foto: Regina Dzieran

einten Schulkameraden in den 90er Jahren auf über 380 anstieg. Mit seiner Hilfe wurden die Schultreffen zu einem beliebten Ort der Erinnerungskultur an die ostpreussische Heimat. Unvergessen bleibt das Schultreffen in Wolfenbüttel, wo mit einer Festveranstaltung des 160. Gründungsjahres des Tilsiter Realgymnasiums gedacht wurde. Fast 200 Teilnehmer waren aus allen Bundesländern, der Schweiz und aus Kanada angereist und zeigten ihre Verbundenheit mit ihrer Lehranstalt, die einst das geistige Klima im äußersten Nordosten Deutschlands prägte. Anlässlich des Festakts wurde Klaus-Jürgen Rausch die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

2012 übernahm er das Amt des Schulsprechers. Die Organisation der alljährlichen Schultreffen war ihm ein besonderes Anliegen.

Sie stellten unter Beweis, dass die Schule in den Herzen ihrer Schüler weiterlebt, auch wenn dort kein deutscher Lehrstoff mehr vermittelt wird. Noch mit 90 Jahren – bereits im Rollstuhl – ließ Rausch es sich nicht nehmen, am Schultreffen in Berlin-Friedrichsfelde teilzunehmen.

Sein unermüdeter Einsatz für die Heimat wurde mit dem Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen gewürdigt. Wir verlieren mit Klaus-Jürgen Rausch einen verdienstvollen und heimatreuen Schulkameraden, der für immer unvergessen bleibt. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Frau Rita, die ihm als bekannte Tilsiterin stets zur Seite stand und immer für uns da war.

Hans Dzieran,  
Schulsprecher i.R.  
des Realgymnasiums Tilsit

## GESPRÄCH

# Eine Familiensaga aus Pommern - Lesung mit Jan Koneffke

Jahresauftakt der Reihe „Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa“ des Deutschen Kulturforums östliches Europa

Mit Jan Koneffkes Familiensaga beginnen wir in diesem Jahr unsere Lesereihe „Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa“, die wir seit 2020 anbieten. Die Veranstaltung ist gleichzeitig der Auftakt zu unserem Jahresthema 2022 „Land in Sicht! Pommern jenseits der Strände“.

In seiner Romantrilogie verfolgt der Autor die Geschichte seiner aus Pommern stammenden Familie von dem ausgehenden 19. Jahrhundert bis in die 1990er Jahre. Während die Handlung des ersten Romans „Eine nie vergessene Geschichte“ (DuMont Verlag 2008) in Pommern angesiedelt ist und die gesamte Familienkonstellation im Blick hat, liegt der Fokus in den beiden letzten Romanen auf jeweils einer Figur: In „Die sieben Leben des Felix Kannmacher“ (DuMont Verlag 2011) steht das bunte Leben und Treiben eines vermutlich im Zweiten Weltkrieg verschollenen Großonkels im Mittelpunkt. Der Roman „Ein Sonntagskind“ (Galiani Verlag 2015) beleuchtet das Schicksal von Konrad Kannmacher, eines linksliberalen Philosophieprofessors, der zu der Einsicht kommt: „Wenn man seiner Heimat zu nahe kommt, verschließt sie sich und

wird zum Traum eines Fremden.“ Als 17-jähriger Wehrmachtsoldat hatte er am grauenvollen Morden in den letzten Kriegsmonaten in Pommern teilgenommen. Eine „Jugendschuld“, die ihn bis an sein Lebensende verfolgte.

Moderiert wird die Lesung von Ingeborg Szöllösi, Deutsches Kulturforum östliches Europa. Weitere Informationen finden Sie auf der Internetseite: [www.kulturforum.info](http://www.kulturforum.info).

Bitte beachten Sie bei Ihrem Besuch die aktuellen Corona-Regeln. Wir bitten alle Interessierten, Tickets beim Literaturforum im Brecht-Haus zu erwerben, Internet: [www.lfbrecht.de](http://www.lfbrecht.de). Wer von zu Hause aus dabei sein möchte, kann diese Veranstaltung über den Livestream des Literaturforums verfolgen.

### Die Reihe

Familiengeschichten sind seit jeher eine Inspirationsquelle. Unzählige belletristische Werke und Sachbücher widmen sich Dramen, die sich im Mikrokosmos der Familie abspielen. Viele zeitgenössische Autorinnen und Autoren erkennen in der Beschäftigung mit der eigenen Herkunft eine Form der Vergangenheitsbewältigung,

ohne die ein Verständnis komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge gar nicht mehr möglich zu sein scheint.

Die 2020 vom Deutschen Kulturforum östliches Europa initiierte Lesereihe „Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa“ widmet sich historischen Landschaften des östlichen Europas, in denen Kulturen und Menschen im 20. Jahrhundert unheimlich aufeinanderprallten. 2022 macht Koneffke mit seiner Pommern-Trilogie den Auftakt. Mit Nadine Schneiders Romanen geht die Spurensuche ins Banat, Sonnabend, 26. Februar „Wohin ich immer gehe“. Susanne Fritz erzählt in ihrem Buch den Lebensweg ihrer aus Schwesens bei Posen stammenden Mutter, Sonnabend, 26. März, „Wie kommt der Krieg ins Kind“. Laura Starink rekonstruiert das Schicksal ihrer in Mikultschütz (Schlesien) geborenen Mutter, Sonnabend, 23. April, „Meine Mutter aus Mikultschütz. Eine deutsche Familiengeschichte“. Die ausgewählten Familiengeschichten zeigen, wie historische Zeitläufe und Zäsuren die Lebensgestaltung einzelner Menschen beeinflussen. *Deutsches Kulturforum östliches Europa*

ANZEIGE

Sonnabend, 11. Juni 2022  
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

# Jahrestreffen

## der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

**CongressPark Wolfsburg**  
**Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg**  
**(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)**

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, [selke@ostpreussen.de](mailto:selke@ostpreussen.de). Eintritt nur mit gültiger Karte.

UNERHÖRTE FAMILIENGESCHICHTEN AUS DEM ÖSTLICHEN EUROPA

20 22  
POMMERN jenseits der Strände

Jan Koneffke  
Eine nie vergessene Geschichte  
Roman

Foto: Collage DKF, Autorenfoto: © Johannes Kauper

Werbeplakat zur ersten Lesung

Foto: Collage DKF, Autorenfoto: © Johannes Kauper

ANZEIGE

# Hochwertige Seidenkrawatte

Hochwertige graue Seidenkrawatte im Fischgrätmuster

mit gewebtem Elchschaufel-Wappen in schwarz-weiß für Euro 28,- zzgl. Verpackung und Versand Euro 2,00/Krawatte

28,- € zzgl. Versand

Bestellung:  
Preußische Allgemeine  
Angela Selke  
[selke@paz.de](mailto:selke@paz.de)  
Tel: 040-414008-0

## ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

## Lebendige Energie einstiger Oppelner

Staatsarchiv würdigt die Verdienste vergessener deutscher Bürger der Stadt



Tafeln erinnern an ehemalige Bewohner: Genius Loci – Ausstellung in Opatów

Foto: Wagner

VON CHRIS W. WAGNER

Das Staatsarchiv Opatów [Opole] zeigt seit Anfang des Jahres vor seinem Eingang Schautafeln mit deutschen Oppelnern, deren Spuren in der Stadt zwar immer noch sichtbar sind, die selbst jedoch in Vergessenheit gerieten. Ihre Werke, Erfindungen oder Unternehmen haben Jahrhunderte lang zum Wohlstand der Stadt und der Region beigetragen.

Viele Jahrzehnte mussten vergehen, bis sich polnische Enthusiasten zusammenfanden, die stolz auf die Errungenschaften der Vorkriegsdeutschen sind und die wenigen Informationen, die ihnen heute zur Verfügung stehen, zusammentragen konnten. Dazu gehören Sebastian

Ruszała und sein Sohn Damian, Krzysztof Wocka sowie Krzysztof Stecki. Sie haben auf Facebook die Seite „Ich liebe Opatów und die Oppelner Region“ (Kochan Opole i Opolskie) gegründet. Auf dieser dokumentieren sie Geschichte und Geschichten rund um Opatów und die Umgebung. Ihren Informationsdurst stillen sie oft im Opatówer Staatsarchiv, das seit 1948 sämtliche Archivmaterialien sammelt, registriert, bewahrt, bearbeitet, digitalisiert und zur Verfügung stellt. Dort fanden sie auch professionelle Unterstützung für ihre Freilichtausstellung.

„Dr. Aleksandra Starczewska-Wojnar vom Staatsarchiv machte den Vorschlag, die Inhalte unserer Internet-Veröffentlichungen als Grundlage einer Ausstellung zu nehmen. Das Archiv stellte die passen-

den Bilder und Dokumente zur Verfügung“, so Ideengeber Ruszała. So entstand die Präsentation „Genius Loci. Lebendige Energie einstiger Oppelner Bürger“, die etwa ein Dutzend Unternehmer, Wissenschaftler und anderweitig interessante Persönlichkeiten zeigt. „Diese sind bislang nirgendwo in der Stadt gewürdigt oder gar erwähnt worden“, bedauert Ruszała.

So finden sich auf den Ausstellungstafeln verdiente Bürger wie der Apotheker und Botaniker Heinrich Emanuel Grabowski (\* 1792 in Leobschütz. † 1842 in Breslau), der zusammen mit Friedrich Heinrich Wimmer das dreibändige Werk „Flora Silesiae“ verfasste. Grabowski war ein langjähriges Mitglied der „Schlesischen Gesellschaft für vaterländische

Kultur“. 1824 ließ er sich als Apotheker in Opatów nieder.

Lebensläufe und Errungenschaften des Brunnenbauunternehmers Franz Spirra, des Zigarrenherstellers August Deter oder des Kupfer- und Metallwaffenfabrikanten Robert Hipper ergänzen abgebildete Artefakte, Dokumente, Rechnungen oder Fotos von Gebäuden, die in unsere Zeit überdauerten.

An der Ausstellung haben die Autoren ein halbes Jahr lang gearbeitet. Die kleine aber feine Schau vor dem Eingang zum Opatówer Staatsarchiv (ul. Zamkowa 2) ist dort noch bis zum 22. Januar zu sehen. Danach wandert sie in eine der technischen Mittelschulen in Opatów und später in das 50 Kilometer von Opatów entfernte Kulturzentrum in Namysłów [Namysłów].

## OSTPREUSSISCHER BRAUCH

## Auf den Spuren des Krawulstocks

Mit einem speziellen Botenstock wurden Versammlungen im Bürgermeisteramt bekannt gemacht

Bei einem Treffen der Kreisgemeinschaft Labiau im Archiv im Torhaus Otterndorf kam ein Foto zutage, das einen Krawulstock = Botenstock aus dem Großen Moosbruch zeigt. Wir schauten uns alle fragend an, Krawulstock? Was soll das denn bitte sein? An dem Tag konnten wir das Rätsel nicht lösen, doch in einer alten Schrift fand ich folgendes: „In den krummen Stab gehen – aus dem krummen Stab gehen, litauisch: I kriwule eiti – Isz kriwules eiti.“

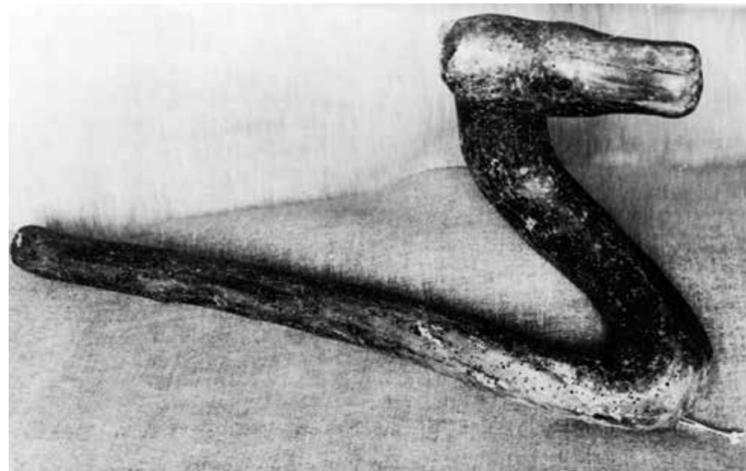
## Welche Funktion hatte der auf dem Foto abgebildete Krawulstock?

Das bedeutet so viel wie „ins Schulzenamt und aus dem Schulzenamt (Bürgermeisteramt) gehen“. Die Kriwule ist der krumme Stab, der im Schulzenamt steht und den der Schulze umherschendet, wenn eine Gemeindeversammlung stattfinden soll. Auch diese heißt Kriwule, beides auch Krawul genannt. Der Turnus für den Umgang der Kriwule steht genau fest, man sendet den Stab von Nachbar zu Nachbar,

bis er wieder in das Schulzenamt zurückkehrt. Doch darf der Stab nicht ins Haus gebracht werden, der Träger klopf nur an

die Tür, meldet, dass die Kriwule da sei und lehnt sie an die Wand. Die Kriwule muss sofort weiter befördert werden. Ge-

wöhnlich zeigt ein angebundener Zettel den Gegenstand der Beratung an. Die Kriwules werden aus recht krummen Baumwurzeln geschnitten. Zur Dorf-Versammlung rufen nennt der Litauer „I Kruwa warty“ auch „I Pulka warty“ = In den Häusern zu Hauf treiben. Gemeindeversammlungen wurden als „Krawul“ bezeichnet.

Abbildung eines Krawulstocks: Unten rechts ist der Nagel zu sehen, an dem die Bekanntmachung befestigt wurde  
Foto: Landsmannschaft Ostpreußen

## Litauische Sprache bis ins 20. Jahrhundert hinein

Unser nördlicher Teil des Kreises wurde auch Klein-Litauen genannt. Die alten Einwohner sprachen bis ins 20. Jahrhundert hinein Litauisch. Viele damals gebräuchliche Ausdrücke haben dort ihren Ursprung. Meine Großeltern sprachen auch noch Litauisch, was sie hauptsächlich taten, wenn wir Kinder etwas nicht hören sollten. Brigitte Stramm

● Text aus „Sprichwörter und preußische Redensarten von 1865“, (Bild im Labiau-Archiv s. II 193/1986)

## STEFANIE ZWEIG

## Leben auf zwei Kontinenten

Oberschlesien – Kenia – Frankfurt am Main. Die schillernde Geschichte Stefanie Zweigs enthält drei Welten: Zwei ober-schlesische Städte, Leobschütz [Głubczyce] und Sohrau [Żory], wo sie ihre Kindheit verbrachte; die kenianische Farm Joro Orok, ihre zweite Heimat nach der Flucht aus Deutschland im Jahr 1938, als die Zweigs, wie Hunderttausende andere deutsche Juden auch, verfolgt wurden; und schließlich Frankfurt am Main, wohin sich Stefanie und ihre engste Familie nach den Kriegswirren wandten.

Begeben wir uns auf eine virtuelle Reise auf den Spuren von Stefanie Zweig, deren Roman „Nirgendwo in Afrika“ in viele Sprachen übersetzt und 2003 als Verfilmung mit einem Oscar ausgezeichnet wurde.

Wer war Stefanie Zweig? Wo war ihre Heimat? Welche Ereignisse, Orte und Personen haben ihr Werk geprägt? Welche Werte bildeten den inneren Kompass auf ihrem Lebensweg? Zweigs Erfahrungen haben bei ihr Offenheit und Verständnis für Unterschiede sowie Respekt für Menschen unabhängig von Kultur, Sprache oder Religion bewirkt. Heute können Zeitzeugen wie sie zu einer Inspiration für zukünftige Generationen aus verschiedenen Teilen der Welt werden – in Zweigs Fall besonders für Mädchen und Frauen.

Die virtuelle Ausstellung basiert auf vielfältigen Objekten: Materialien der Deutschen Nationalbibliothek in Frankfurt am Main, Auszügen aus Zweigs Büchern, Presseartikeln, Interviews, Texten der Kuratorin. Gezeigt werden Familienfotos aus Sohrau [Żory], Leobschütz [Głubczyce], von der Farm in Kenia und aus Frankfurt, von Stefanies Schulheften, ihren Zeichnungen, Gedichten und Büchern. E.B./PAZ

Ab sofort unter diesem Link zweisprachig zugänglich: <https://stefanie-zweig-story.pl/de/>

Weitere Informationen: <https://www.kulturforum.info/de/stefanie-zweig>



Bei einer Bücherlesung: Stefanie Zweig Foto: imago/brennweiteffm

● Eine virtuelle Ausstellung des Stadtmuseums in Sohrau [Żory] unter der Schirmherrschaft des Deutschen Generalkonsuls in Breslau und in Kooperation mit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und dem Deutschen Kulturforum östliches Europa. Partner: Deutsche Nationalbibliothek, Frankfurt; Deutsches Polen-Institut (DPI), Darmstadt; Jüdische Allgemeine Zeitung; Stiftung für Vielfalt und Gleichheit Kontrasty, Gliwice

ZUM 400. GEBURTSTAG

# Anna Margaretha von Haugwitz

## Schöne Schlossherrin auf Schloss Spyker auf Rügen

VON MARTIN STOLZENAU

Schloss Spyker bei Glowe auf der Insel Rügen gehört zum Landkreis Vorpommern-Rügen und wird nach dem letzten Besitzerwechsel 2006 vom neuen Eigentümer Dominik von Böttinger weiter als Hotel und zusätzlich auch als Kulturzentrum mit Lesungen, Konzerten sowie Ausstellungen genutzt. Das dreigeschossige Schloss in dem „für Rügen untypischen Falunrot“ mit vier runden Ecktürmen kann auf eine interessante Geschichte verweisen und gilt als der „älteste Profanbau der Ostseeinsel“ mit großer Anziehungskraft für Touristen. Zur Schlossgeschichte gehört die des schwedischen Heerführers und Staatsmannes Graf Carl Gustav Wrangel, der hier zusammen mit seiner Frau Anna Margaretha residierte und der Legende nach 1676 ermordet wurde.

Das mit Spyker eng verbundene Leben der Frau Wrangel ist allerdings auch von filmreifen Turbulenzen geprägt. Sie wurde vor 400 Jahren als Anna Margaretha von Haugwitz in Mitteldeutschland geboren, verlor im Dreißigjährigen Krieg ihre Eltern und Geschwister und kam als achtjährige, bettelarme Waise in die Obhut des schwedischen Feldherrn Johann Baner, in dessen Tross sie von Schlachtfeld zu Schlachtfeld zog. Dabei kreuzte sie die Wege eines anderen schwedischen Feldherrn: Carl Gustav Wrangel, der das besitzlose, aber bildschöne Mädchen gegen den Widerstand seiner Verwandtschaft

heiratete und dann im Schloss Spyker residierte. Der prachtvolle Bau profitiert bis heute von den Jahrzehnten in schwedischem Besitz mit der schönen Schlossherrin Anna Margaretha.

Sie wurde am 16. Januar 1622 im Herrenhaus des elterlichen Rittergutes inmitten der Stadt Calbe im jetzigen Bundesland Sachsen-Anhalt geboren. Als Vater ist Balthasar Joachim von Haugwitz nachgewiesen, der aus einer Landadelsfamilie stammte, die das Gut Calbe als „autarke Herrschaftsenklave mit niedriger Gerichtsbarkeit“ nach den Vorbesitzern von Hacke und dann von Ingersleben bewirtschaftete. Vater von Haugwitz hatte nach dem frühen Tod seiner ersten Frau in zweiter Ehe 1618 Sophie von Veltheim geheiratet aus einer anderen mitteldeutschen Altadelsfamilie mit Stammsitz in der Grundherrschaft Harbke mit Schloss, Parkanlage und Lustwald.

Die nunmehrige Frau von Haugwitz bekam neben Tochter Anna Margaretha mehrere Kinder, verlor ihren Mann schon 1626 bei einem Gefecht des Dreißigjährigen Krieges in Kurbrandenburg und erlebte dann 1630 die absolute Katastrophe. Calbe wurde von kaiserlich-katholischen Truppen besetzt, ausgeplündert und verwüstet. Besonders betroffen war das Rittergut. Die Witwe von Haugwitz und vier ihrer Kinder kamen um. Allein Tochter Anna Margaretha überlebte als Vollwaise, wurde von Verwandten ins nahe Zisterzienserkloster Egelu gegeben und hier zunächst katholisch erzogen.

Nach der Inbesitznahme von Egelu und Umgebung durch den schwedischen Feldherrn Johann Baner nahm der protestantische General das Mädchen in seinem Familienverband als „Mündel“ auf. Anna Margaretha zog nun im Tross des Feldherrn mit dessen Familie von Kriegsschauplatz zu Kriegsschauplatz. Dabei fiel sie einem anderen schwedischen Offizier ins Auge: Carl Gustav Wrangel, der beim Einsatz in Pommern gerade zum Generalmajor befördert worden war und nun unter dem Oberbefehl Baners stand, der den Aufsteiger allerdings nicht mochte.

Damit begann für die zur Schönheit gereifte arme Haugwitztochter ein neues Lebenskapitel. Der um neun Jahre ältere General Wrangel heiratete am 1. Juni 1640 im thüringischen Saalfeld die Vollwaise gegen den Einspruch seiner Familie.

Anna Margaretha war gerade 18 Jahre alt und erlebte den weiteren Aufstieg ihres Mannes in der königlichen Gunst bis zum selbstständigen Feldherrn, Feldmarschall und Grafen von Salmis und zu Sölvesborg mit der Anhäufung von großer Macht und viel Landbesitz. Dazu kam das Amt des Generalgouverneurs von Schwedisch-Pommern nach dem Westfälischen Frieden. Sie brachte in dieser Zeit 13 Kinder zur Welt.

Das Ehepaar residierte einige Zeit in Nürnberg, oft im neuen Wrangelschen Palais in Stockholm oder im ebenfalls neuen Schloss Skokloster bei Uppsala und dann vor allem auf den pommerschen Besitztümern mit dem Rückzugsort Spyker.

Die Eheleute beschäftigten Matthäus Merian d. J. als Hofkünstler und eignete sich eine riesige Kunstsammlung an. Ein Nachlassverzeichnis umfasste später 770 Gemälde. Vieles war Kriegsbeute, denn Wrangel führte auch nach dem Westfälischen Frieden weitere Kriegszüge. Er galt als einer der bedeutendsten Feldherrn seiner Zeit. Anna Margaretha war die schöne Gattin an seiner Seite, die die glanzvolle Hofhaltung ihres Mannes genoss und von mehreren Malern auf Bildern verewigt wurde.

Doch der Aufsteigerin war kein langes Leben beschieden. Nach drei glanzvollen Jahrzehnten starb sie am 20. März 1673 bei einem Aufenthalt nach Krankheit im Stockholmer Wrangel-Palais. Zuvor hatte



Anna Margaretha von Haugwitz, 1650, Maler: Matthäus Merian der Jüngere. Das Gemälde ist im Bestand des schwedischen Schlosses Skokloster, Provinz Uppsala, Schweden



Hotel Schloss Spyker: Rügen Urlaub in einzigartiger Umgebung

FOTO: SCHLOSSHOTEL SPYKER

FOTO: SKOKLOSTERS SLOT - BPA/WIKIMEDIA

sie in ihrem Testament auch ihre Vaterstadt Calbe mit 500 Taler bedacht. Ihr mächtiger Ehemann, der zuletzt kriegsmüde war, sich von ihrem Tod betroffen zeigte und auf Spyker zurückzog, wurde – der Legende nach – wegen Befehlsverweigerung insgeheim zum Tode verurteilt und auf Spyker hingerichtet. Von den 13 Kindern überlebten die Eltern nur drei Mädchen: Margarethe Juliane, Hedwig Eleonora Sofia und Augusta Aurora.

Die Wrangeltochter Eleonora Sofia, die mit dem Herrn zu Putbus auf Rügen verheiratet war, erbe nach dem Tod der Eltern Schloss Spyker. Zwischen 1817 und 1945 war Spyker dann dauerhaft im Besitz der Familie zu Putbus, die zwischenzeitlich den Fürstenrang erlangte. Nach der

Bodenreform und Enteignung der Fürstentfamilie diente das Schloss bis zur Wende als FDGB-Ferienheim. Ab 1990 folgte mit Sanierungsmaßnahmen die Hotelnutzung und touristische Vermarktung. Dabei spielen die überlieferten Wrangelspuren eine wichtige Rolle.

● **Info** Heute ist dieses herrliche alte Gemäuer modern und behaglich eingerichtet. Der Gast erlebt in einer persönlichen und entspannten Atmosphäre die Schönheit der frühen Epochen und zeitgenössische Kunst. Stuckdecken aus der Wrangelzeit sind erhalten. Für angenehme Urlaubstage oder feierliche Anlässe bietet Schloss Spyker einen idealen Rahmen. Internet: [www.schloss-spyker.de](http://www.schloss-spyker.de)

GROSSINDUSTRIE

## Lokomotiven einst bei Vulcan Stettin gebaut

### Vor 110 Jahren begann der Lokomotivbau der T 18 in den Stettiner Vulcan-Werken

In Preußen gab es zu Beginn des vorigen Jahrhunderts verschiedene Produktionsstätten für Lokomotiven, die bereits seit dem 18. Jahrhundert an der Mobilität in Deutschland beteiligt waren. Denn nach Beginn des Bahnzeitalters wurden die Produktionswerkstätten für Loks zu einem wichtigen Industriezweig. Einer der Standorte war die seit 1857 produzierende Schiffswerft Vulcan im Norden von Stettin-Bredow. Die Lokomotivliste der Stettiner Maschinenbau AG beginnt 1859 mit den ersten beiden Loks für die Berlin-Stettiner Eisenbahn. Vier der 1862 hergestellten Loks hießen Prenzlau, Pasewalk, Anklam und Greifswald, und später im Jahre 1883 eröffnete die Preussische Eisenbahnverwaltung den Bahnverkehr auch auf der Insel Rügen. So hatte man im Stettiner Werk 1912 bereits über 50 Jahre Erfahrung und erhielt vom Preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten den neuen Auftrag für das Modell T 18. Die Initiative für eine schnellere Maschine

ging vom Lok-Beschaffungsdezernenten Robert Garbe aus. Am 7. Juni 1912 lieferte der Vulcan die erste Lokomotive der preussischen T 18 als „8401 Stettin“ aus, denen fünf weitere Loks folgten. Die Reihe „T 18“ wurde bis 1924 weitergebaut, und es entstanden damals 378 Einheiten. Die ersten zehn gingen bereits 1912 an die Königlich Preussische Eisenbahn-Verwaltung in Stettin. Das Bahnwerk Stettin erhielt ab 1916 weitere Loks dieser Baureihe.

Ab 1917 wurde dieser Typ auch auf der Insel Usedom im Bahnwerk Swinemünde eingesetzt und führte lange Zeit den Personenverkehr auf der Insel durch. In der Hauptstadt Berlin bewährten sie sich im S-Bahn-Verkehr und zeichneten sich durch gutes Beschleunigungsvermögen aus. Mit einer Leistung von 1140 PS und einer Höchstgeschwindigkeit von 100 Kilometern pro Stunde waren sie gegenüber ihren Vorläufern gleichrangig.

Der Stettiner Betrieb des Vulcan war der erste, der eine für den wachsenden

Verkehr benötigte Tenderlok produzierte und das Versuchsfahrzeug anfangs als „Stettin 8401“ auf verschiedenen Strecken einsetzte. Die T 18 war damals die

teuerste Lok der preussischen Staatsbahn und die Endstufe in der Entwicklung von Tenderlokomotiven. Sie wurde fast im gesamten Reichsgebiet eingesetzt und hat

sich später bei den beiden deutschen Eisenbahnverwaltungen bis in die 1960er Jahre hinein bewährt. Es waren die letzten Eigenkonstruktionen des Stettiner „Vulcan“, der schon 1924 seinen Betrieb als Lokproduzent beenden und einige Jahre später seinen Betrieb ganz aufgeben musste.

Wolfgang Dahle



Preussische T 18 in Potsdam, 1912 bei AG Vulcan Stettin gebaut

FOTO: WIKIMEDIA

● **Info** Die Geschichte des Stettiner Standorts hat Dieter Grusenick in seinem 2006 erschienenen Band „Lokomotivbau bei der Stettiner Maschinenbau AG ‚Vulcan‘ 1858–1928“ dargestellt. Manfred Höft, aus Stettin-Aldamm gebürtig, dokumentierte ebenfalls die Geschichte der Firma. Der Standort Stettin wurde in Band 1 und 2 beschrieben. Dem Standort Hamburg, wo später die Schiffswerft ihre Fortsetzung fand, wurde der Band 3 gewidmet. Manfred Höft: „Der Vulcan in Stettin und Hamburg. Schiffswerft-Lokomotivfabrik-Maschinenfabrik 1851–1929“ in drei Bänden, Bremen 2015

# „Die Welt ist verrückt kompliziert geworden“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich möchte wieder einmal danke sagen für den Wochenrückblick – einfach klasse, erfrischend zu lesen, weil so treffend“

**Gisela Löffelmacher, Flensburg**  
zum Thema: Schmutzdecke der Nation (Nr. 52)



Ausgabe Nr. 1

**Leserbriefe an:** PAZ-Leserforum,  
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,  
Fax (040) 41400850  
oder per E-Mail an redaktion@  
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

## WER ISRAELHASS BEFÖRDERT ZU: EIN „NÜTZLICHER IDIOT“? (NR. 1)

Die erste Frage: Wie kann das sein? Der Antisemitismusbeauftragte der baden-württembergischen Landesregierung, Michael Blume, steht auf einer Liste mit Israelfeinden wie Iran, Hamas und anderen?

Der CDU-Politiker erscheint als schillernde Figur im Geflecht islamischer Vereine und muslimischer Aktivisten. Er betont seine christlich-islamische Ehe, er gilt als Mitgründer der inzwischen aufgelösten Christlich-Islamischen Gesellschaft (CIG) Region Stuttgart und organisierte laut Wikipedia im Jahr 2000 das erste jüdisch-christlich-islamische „Abrahamfest“. Dessen ungeachtet oder gerade deshalb ist Blume „Aushängeschild“ im grün-schwarzen Baden-Württemberg und gern gesehener Referent in christlichen Gemeinden und Vereinen.

Doch nun nennt das Simon-Wiesenthal-Center Blume in der aktuellen Antisemiten-Liste. In den Jahren zuvor standen da bereits der Journalist Jakob Augstein sowie der Merkel-Vertraute und deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen. Es geht dem Wiesenthal-Center weniger um die kleinen Israelhasser, die bei „Al-Kuds-Demos“ in Berlin krakeelen oder namenlose Nazi-Fans, die in der Schule auf dem Klo ein Hakenkreuz malen. Vielmehr werden die meist linken Intellektuellen genannt, die in den Medien und der Politik Meinungsführer sind: Israel wird das Existenzrecht abgesprochen, Apartheid vorgeworfen, der Zionismus als Rassismus verurteilt.

So schrieb der schwedische Krimiautor Henning Mankell: „Israel wird es genauso ergehen wie Südafrika unter der Apartheidzeit. Die Frage ist nur, ob die Israelis Vernunft annehmen werden und freiwillig einer Abwicklung des Apartheidstaates zustimmen werden. Oder ob es zwangsweise geschehen wird. Die Frage lautet also nicht, ob, sondern wann es geschieht. Und natürlich auf welche Weise.“

Das ist die Sicht der Intellektuellen, der Linken in Deutschland und in Europa.

Als der Literatur-Nobelpreisträger Günter Grass erklärte, Israel sei die größte Gefahr für den Weltfrieden, dann werde das doch wohl stimmen. Und so wird der heimliche und unheimliche Antisemitismus und Israelhass befördert. Denn, so muss der schlichte Zeitgenosse denken, wenn solche intellektuellen Köpfe Israel verachten und verurteilen, dann bin ich doch mit meiner Abneigung gegen Juden und Israel auf der richtigen Seite. Und so ist es hilfreich und wegweisend, dass dort genauer hingeschaut wird und auch bei selbsternannten „Israelfreunden“ hinter die Kulissen geblickt wird. Das Simon-Wiesenthal-Center hat es getan. Danke! Weiter so! *Egmond Prill, Kassel*

## IM GRIFF DER TECH-RIESEN ZU: DIE ERSTE GROSSE RICHTUNGSFRAGE (NR. 52)

Ich wage zu behaupten, dass diese Regierung keine vier Jahre überleben wird. Das liegt hauptsächlich an der Inkompetenz der ernannten Minister, an der Spitze Annalena Baerbock, sowie am Unvermögen, eine veränderte Gesellschaft zu beurteilen. Unsere geliebte Demokratie hat sich total verändert. Das liegt an der Macht und Einflussnahme gigantischer Unternehmen – ob gewollt oder ungewollt.

Tatsache ist, dass Unternehmen wie Amazon, Facebook, Alphabet/Google, Microsoft oder Apple praktisch unkontrolliert auf der Welt agieren. Sie nehmen, wie gesagt, gewollt oder ungewollt, massiven Einfluss auf das Denken und Handeln von Milliarden Menschen. Fast keiner, ab zirka zehn Jahren (oder früher) bis zu den 50-/60-Jährigen, läuft mehr ohne sein Smartphone durch die Welt. Alle können ohne „das Ding“ nicht mehr leben.

Alle Regierungen (außer den Totalitären) wissen nicht, wie sie mit dieser Entwicklung umgehen sollen, am aller wenigsten unsere. Wie soll mit Leuten umgegangen werden, die täglich Millionen verdienen? Demokratisch? Wie denn? Demokratischer Wettbewerb? Versuchen sie das mal bei Amazon. Die Demokratie,

die wir uns nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut haben, gibt es nicht mehr. Die Welt ist verrückt kompliziert geworden. Mit einer Regierung von der Resterampe ist die Aussicht, diese Herausforderung zu meistern, mehr als trübe. *Alex Schnell, Steinau*

## BESSERE AUSBILDUNG TUT NOT ZU: STAATSVERSAGEN, EIN REGIERUNGSWECHSEL UND UNÜBERWINDBAR SCHEINENDE GRÄBEN (NR. 52)

In der Vergangenheit gab es die „deutsche Krankheit“ noch nicht, heute leider ja. Hieraus ergibt sich, dass wir die jetzige Situation überwinden und somit verbessern und die alten erfolgreichen früheren Problemlösungen, das Wissen und die Erfahrungen von damals, wieder beachten und ausnutzen müssen, um unsere Situation in Deutschland zu verbessern.

Das damalige deutsche Bildungswesen sollte sofort wiederhergestellt werden, weil es dem jetzigen deutschen Bildungswesen überlegen war und auch ausländischen Schulsystemen überlegen ist. Wir brauchen wieder die Volksschulen, Realschulen und Gymnasien, wie es sie früher gab. Deren Schüler waren für ihr Leben besser vorbereitet als die heutigen Schüler. Die Schüler der leistungsschwachen Gesamtschulen zum Beispiel werden von etlichen Unternehmern nicht gewünscht. Den heutigen Schulabgängern fehlen oft gute Geschichtskennntnisse, gute Kenntnisse der Mathematik und auch ein gutes Benehmen.

Auch im Bereich der Universitäten ist es geboten, die jetzigen Ausbildungsgänge (zum Bachelor oder Master) durch die früheren besseren deutschen Studiengänge und Abschlüsse zu ersetzen. Es gibt keinen Grund, im Interesse der fragwürdigen europäischen Angleichung der Ausbildungen auf bessere deutsche Lösungen (zum Beispiel auf die Diplom-Studiengänge) zu verzichten.

Besonders misslich ist es, dass es manchen Politikern in ihrem Fachgebiet an

Fachkenntnissen fehlt, weil das Parteibuch offensichtlich Kenntnisse und Erfahrungen sowie fehlende Ausbildungen heutzutage ersetzen kann. Dies ist allerdings nur ein vergeblicher Traum.

In Deutschland macht fast jeder eine Ausbildung für sein Arbeitsgebiet, nur Politiker machen keine Ausbildung oder haben keinen Abschluss für ihr jeweiliges Fachgebiet. Sogar in den Bundesministerien ist das Parteibuch wohl wichtiger als die passende Ausbildung. Es wäre angebracht, für Abgeordnete und Minister Lehrgänge durch eine Bundesakademie anzubieten, um fehlendes Wissen in Vorlesungen zu vermitteln, damit sie nicht auf bezahlten, etwa ausländischen Rat aus dem Hintergrund, angewiesen sind.

Es wird Zeit, dass mehr qualifizierter deutscher Nachwuchs ausgebildet wird. Deutschland braucht gut gebildete Bürger sowie selbstständige und unabhängige, fachlich hoch qualifizierte Politiker, die den Mut haben, für Deutschland einzutreten und nicht käuflich sind. *Benno Koch, Harsefeld*

## ZWEIFELHAFTE ZAHLEN ZU: TROTZ IST DIE ANTWORT DER ÜBERGANGENEN (NR. 45)

Wenn das so weitergeht mit diesen geheimnisumwobenen Infektionszahlen, dann dürfte die Zahl der genesenen Menschen bald sprunghaft nach oben steigen. Wohl gemerkt, vielleicht sind nur mir diese Zahlen schleierhaft, seltsam und unerklärbar ist, dass andere Menschen diese Zahlen stoisch als glaubhaft hinnehmen.

Gesetzt den Fall, diese Zahlen sollten auch noch stimmen (über 100.000 infizierte Menschen an zwei Tagen?), dann dürfte es in naher Zukunft nur noch geimpfte und genesene Menschen oder auch geimpft-genesene oder gar genesen-geimpfte Menschen geben.

Das Resthäuflein der ungeimpften Menschen dürfte dann nur noch so verschwindend klein sein, dass das nicht mehr besonders ins Gewicht fallen dürfte. *Klaus P. Jaworek, Büchenbach*

ANZEIGE

## Wo Ihre Wertsachen gut aufgehoben sind

■ Wohin mit den Ersparnissen in diesen Zeiten? In Sachwerte investieren? Eine gute Idee. Aber wie finde ich die seriösesten Händler und wo kann ich die Wertsachen sicher aufbewahren? Dieser neue Ratgeber gibt Ihnen wertvolle Tipps.

### Die Bedrohung durch Inflation, Straffzinsen und Währungskatastrophen

Die Inflation explodiert. Und immer mehr Banken berechnen ihren Kunden Straffzinsen für Kontoguthaben. Wobei die Grenze, ab der dieses »Verwahrentgelt« berechnet wird, immer weiter sinkt. Wer das nicht akzeptiert, dem drohen Banken schon mal dreist mit der Kontokündigung.

### Sachwerte: Was kaufen? Wo und wie lagern?

Immer mehr Sparer und Anleger investieren daher in inflationsgeschützte Sachwerte – vor allem in Edelmetalle, Edelsteine, Schmuck und Uhren. Doch wohin mit den kostbaren Stücken? Selbst der widerstandsfähigste Tresor bei Ihnen zu Hause schützt Ihre Schätze nicht, wenn brutale Einbrecher Sie mit der Waffe bedrohen und zum Öffnen des Panzerschranks zwingen.

### Das praxiserprobte Sicherheitskonzept für Ihre Wertsachen

Bleibt als Alternative ein Wertschließfach bei Ihrer Bank. Doch seit die Geldinstitute aus Kostengründen eine Filiale nach der anderen schließen, werden die Wertschließ-

fächer knapp. Viele Banken führen bereits lange Wartelisten. Zudem haben sie einen weiteren großen Nachteil.

### Die schlimmsten Fehler vermeiden

Der Ausweg: bankenunabhängige Wertschließfächer – gut geschützt und bestens versichert.

Alles, was Sie wissen müssen, um Ihre Wertsachen optimal aufzubewahren, verrät Ihnen der Wirtschaftsjournalist Michael Brückner in dieser Neuerscheinung.

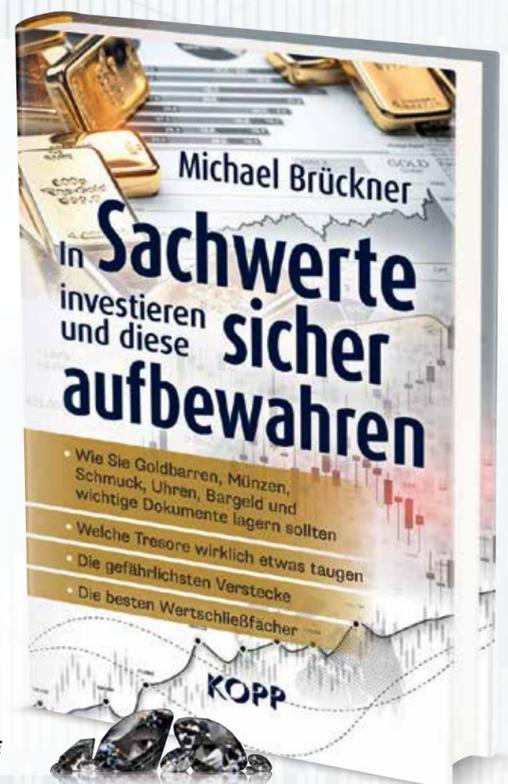
### Erfahren Sie in diesem praxisnahen und aktuellen Ratgeber:

- Wie Sie Wertsachen, Dokumente, Bargeld und Schmuck sicher aufbewahren
- Welche Verstecke die größten Risiken bergen
- Was Tresore wirklich taugen
- Welche Alternativen es für Bankschließfächer gibt

Gehen Sie auf Nummer sicher und profitieren Sie von diesem praxiserprobten Sicherheitskonzept.

Michael Brückner: In Sachwerte investieren und diese sicher aufbewahren • gebunden • 159 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 400 • 14,99 €

Damit Sie in Ruhe schlafen können!



**KOPP VERLAG**

Telefon (0 74 72) 98 06 10  
Telefax (0 74 72) 98 06 11  
info@kopp-verlag.de  
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!  
Versandkostenfreie Lieferung  
innerhalb Europas

## KIRCHE

## Die Alterskönigin von Rysum

In einer ostfriesischen Gemeinde steht eine der ältesten Orgeln der Welt – Das Instrument funktioniert schon seit dem Mittelalter

VON MARTIN STOLZENAU

**K**irchen galten über Jahrhunderte in Dörfern und Städten als ein Mittelpunkt im sozialen Zusammenleben. Das war auch in Ostfriesland der Fall, wo eine Fülle an Feldstein- und Backsteinkirchen aus früherer Zeit erhalten geblieben sind. Sie belegen bis heute vielgestaltige architektonische und künstlerische Leistungen.

Doch die Instandhaltung wurde in den letzten Jahrzehnten oft vernachlässigt. Das hatte oft schlimme Auswirkungen. Viele kirchliche Kulturdenkmäler waren auf dem Wege des Verfalls. Deshalb bildeten sich Fördervereine, die den Erhalt auf den Weg brachten. Dazu kamen Stiftungen wie die Deutsche Stiftung für Denkmalpflege. Sie startete die Aktion „Rettet unsere Kirchen!“, die für umfangreiche Spenden sorgt und damit die Denkmalpflege in ganz Deutschland befördert.

Zu den Objekten, die zuletzt davon profitierten, gehörte die Rysumer Kirche. Sie steht auf der höchsten Stelle einer Rundwarft des Ortes Rysum in der Krumhörner Marsch in der Nähe von Emden an der Emsmündung zur Nordsee. Der Sakralbau verfügt über einige Besonderheiten. Das reicht vom erstaunlichen Alter des Chores mit spätromanisch-gotischen Formen aus der Mitte des 13. Jahrhunderts über eine kunsthistorisch überregional bedeutsame Ausstattung bis zur einzigartigen Orgel. Sie gilt als das älteste erhaltene Instrument ihrer Art in Nord- und Europa und gehört zu den ältesten spielbaren Orgeln auf der ganzen Welt. In der Krumhörner, wie die ostfriesische Gemeinde bezeichnet wird, befindet sich demnach ein Schatz mit Weltgeltung.

Schon unmittelbar nach der Christianisierung gab es offenbar auf dem höchsten Punkt der Rysumer Rundwarft, wo ansonsten das Dorfthing tagte und sich bei Sturmfluten Menschen und Tiere retteten, ein erste Holzkirche. Im 12. Jahrhundert gab es dann an gleicher Stelle die erste Steinkirche, wie die Deutsche Stiftung Denkmalschutz 2013 ermittelte.

Mitte des 13. Jahrhunderts sorgten die Rysumer offenkundig für neue Kirchengemäuer. Das belegt der erhaltene Chor



Überragende Attraktionen in der Krumhörner: Kirche und Windmühle von Rysum

Foto: imago/Chromorange

mit seinen spätromanisch-frühgotischen Formen. Diese neue Erkenntnis zu den Vorgängerbauten überraschte die Kunsthistoriker, die zuvor bereits Teile der heutigen Kirche dem 14. Jahrhundert und andere dem 15. Jahrhundert zugeordnet hatten.

#### Zehn Rinder für eine Orgel

Das bis heute bestehende Rysumer Gotteshaus entstand aus Tuffsteinen der Vorgängerbauten und Backsteinen aus Holland. Der Turm aus Backsteinen gilt mit dem kunsthistorisch wertvollen Kastenchor im Inneren als ältester erhaltener Bauteil. Er ist mit dem Kirchenschiff, das im 15. Jahrhundert im Stil der Gotik entstand, per Rundbogen verbunden. Der Rechtecksaal des Langhauses mit großen Spitzbogenfenstern besaß lange eine hölzerne Spiegeldecke, die bei der jüngsten Restaurierung durch eine mittelalterliche Balkendecke ersetzt wurde. Im Westteil

des Langhauses befindet sich das Schmuckstück der Kirche, die Orgelempore mit einer Orgel, die nach dem Urteil der Fachleute um 1440 erbaut wurde.

Dieses kirchenmusikalische Wunderwerk ist allein schon vom Alter her eine Königin. Es wurde offenbar „von Meister Harmanus aus Groningen“ geschaffen, dem auch die Orgel der Groninger Martinerker zugeschrieben wird, und laut Vermerk in der Friesenchronik von Eggerik Beninga „mit den zehn besten Rindern“ der Rysumer Bauern und der Erlaubnis von Olde Imell, dem regionalen Häuptling zu Osterhusen und Grimersum, bezahlt.

Das Orgelwerk stand zunächst im Chorraum auf einem Lettner – einer Art Trennwand mit einer oberen Plattform –, wurde später auf die Westempore umgesetzt und erst ab dem 17. Jahrhundert zur Begleitung des Gemeindegesangs genutzt. Die Organistenkanzel verweist per latei-

nischer Inschrift von 1513 auf Victor Frese und Edo Eissink. Frese war der einstige Häuptling, Patronatsherr und Stifter. Eissink fungierte bis 1554 als Pfarrer und vollzog dabei den Wechsel zur Reformation.

Im Verlaufe der Jahrhunderte gab es für die Rysumer Orgel Verträge zur Orgelpflege, zahlreiche Reparaturen und auch Umbauten. Die Reihe der diesbezüglichen Orgelfachleute reichte von Joachim Kayser sowie Valentin Ulrich Grotian über Mathias Amoor, einen Schüler von Arp Schnitger, Johann Gottfried Rohlf und Johann Friedrich Wenthin bis zu Wilhelm Caspar Joseph Höffgen.

#### Dunkler Ursprungsklang ist bewahrt

Ab 1848 betreute bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs die Orgelbauerfamilie von Gerd Janssen das Instrument. Es folgten die Firma Furtwängler & Hammer, Max Maucher und Karl Puchar. 1959/60 sorgte dann die Firma Ahrend & Brunze-

ma für eine „umfassende Rekonstruktion mit der weitgehenden Rückführung auf den ursprünglichen Zustand. Dazu gehörten die – wie es hieß – „konsequent rekonstruierte gotische Prospektgestaltung“, die international ihresgleichen sucht, und die Wiederbelebung des dunklen Ursprungsklangs mit großer Intensität, der dann in Verbindung mit dem Alter des Werkes für internationales Aufsehen sorgte. Spätestens seit der umfassenden Gesamtkirchenrestaurierung bis 2009 gilt die Rysumer Orgel bei vielen als Königin der Musikinstrumente.

Das Pfeifenwerk besitzt sieben Register ohne Pedal, eine mechanische Ton- und Registertraktur, eine Windversorgung per Keilbalg und eine leicht modifizierte mitteltönige Stimmung. In den letzten Jahrzehnten gab es mit der Orgel zahlreiche Konzerte mit bekannten Organisten, verschiedene Tonaufnahmen mit Einspielungen der Werke berühmter Orgelkomponisten wie Johann Sebastian Bach. Sie zählt neben den Instrumenten im schweizerischen Sion, im westfälischen Soest, den zwei historischen Orgeln in Lübeck und dem Werk im hessischen Kiedrich zu den ältesten spielbaren Orgelwerken auf der Welt. Viele Historiker halten sie wegen des Originalprospekts, der weitgehend originalen Technik und der nachgewiesenen Baudatierung sogar für die wirkliche Alterskönigin.



Frisch hergerichtet: Rysumer Kirchenorgel

## BAUERNBAROCK

## Jesu Kreuzigung im Elbsandsteingebirge

Kulturhistorisches Kleinod in der Sächsischen Schweiz – Die Kirche von Reinhardtsdorf-Schöna und ihre kurios bemalten Wandtafeln

Über die 1300-Seelen-Gemeinde Reinhardtsdorf-Schöna in der Sächsischen Schweiz nahe der Grenze zu Tschechien haben die Medien schon viel berichtet – allerdings stets nur im Zusammenhang mit ungewöhnlich guten Wahlergebnissen für die NPD. Dadurch fiel unter den Tisch, dass in Reinhardtsdorf eine Kirche steht, die zu den kulturhistorischen Kleinodien Deutschlands gehört.

Das Gotteshaus entstand um das Jahr 1200 herum, als Siedler aus Franken und Thüringen in das Elbsandsteingebirge kamen. Der ursprünglich romanische Bau wurde 1368 erstmals urkundlich erwähnt – und zwar als Gründung des Dekanates Aussig der Ordenskanzlei der Deutschritter. 1523 erfolgte eine Erweiterung der Kirche und die Neuweihe durch den Meißner Bischof Johannes VII.

Zu dieser Zeit hing in Reinhardtsdorf bereits der geschnitzte gotische Flügelaltar von Gregor Hörcel, welcher unter anderem Kaiser Heinrich II., auch der Heili-



Erbauliche Comics aus dem 17./18. Jahrhundert: Blick in die Kirche von Reinhardtsdorf

ge genannt, und die Anna selbdritt zeigt, also die heilige Anna mit ihrer Tochter Maria und dem Jesuskind. Der Altar überstand den Zweiten Weltkrieg, weil er im Januar 1945 wieder an seinen angestammten Platz gebracht worden war, nachdem er über hundert Jahre lang zum Bestand der Dresdner Kunstsammlungen gehört hatte.

Im Zuge der Reformation und neuerlicher Erweiterungen erhielt das Kirchengebäude im Jahr 1681 einen barocken Altar mit der Darstellung des letzten Abendmahls sowie der Kreuzigung und Auferstehung Jesu des Künstlers Gottfried Schanker. Dieser dient heute als Hauptaltar, während Hörrels Meisterwerk jetzt die südliche Seitenwand des nunmehrigen evangelisch-lutherischen Gotteshauses ziert.

Zwischen 1681 und 1711 erfolgte zudem eine Bemalung der Emporen durch Schanker und Johann Georg Walter. Das machte die Kirche endgültig zu dem, was

sie jetzt ist: ein Paradebeispiel für den sogenannten Bauernbarock, also die volkstümliche Stilrichtung, welche im Kontrast zum überladenen-prunkvollen höfischen Barock steht. An der oberen Empore befinden sich 30 Bilder mit Szenen aus dem Alten Testament – dazu kommen 20 weitere Darstellungen zu Themen des Neuen Testaments an der unteren Empore. Dabei steht auf jeder der bemalten Tafeln Name und Beruf des Stifters sowie die gespendete Summe.

Bemerkenswert an manchen dieser Kunstwerke ist, dass sie die biblischen Ereignisse vor dem Hintergrund der Landschaft der Sächsischen Schweiz zeigen. So findet die Kreuzigung Christi unterhalb der Schrammsteine statt – also Elbsandsteingebirge statt Golgatha. Mit ihren Gemälden schufen Schanker und Walter allerdings nicht nur Kuriosa, sondern auch einige der ältesten bekannten Darstellungen der Felsenwelt des Elbsandsteingebirges. *Wolfgang Kaufmann*

## ● FÜR SIE GELESEN

## Kritiklose Betrachtungen

Demonstrationen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie sind notwendig und legitim. Allerdings melden sich bei diesen Protestaktionen auch Vertreter des rechten oder linken „Narrenschauspiels“ zu Wort, was der Staat und die regierungsfreundlichen Medien nutzen, um jedweden Widerstand gegen die Freiheitsbeschränkungen als „extremistisch“ zu diskreditieren.

Meist wird aber nur auf rechtsextreme „Querdenker“ verwiesen, während die „Corona-Leugner“ am linken Rand des politischen Spektrums unbeachtet bleiben. Insofern ist es angebracht, dass sich der Journalist Andreas Speit in seinem Buch „Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“ gleichermaßen mit linken „Esoteriker:innen“ befasst, welche auf den Demonstrationen Seite an Seite mit „Reichsbürger:innen“ und ähnlichen Gruppierungen laufen.

Es stören an Speits Ausführungen aber nicht nur die zahllosen Genderpünktchen, sondern auch die Kritiklosigkeit, mit der er über die Corona-Maßnahmen und die angeblichen Segnungen der Corona-Impfungen schreibt. Denn selbst wenn grüne „Alternativmediziner“ oder braune Anthroposophen oft unglaublichen Unsinn verzapfen – vieles von dem, was deutsche Wissenschaftler und Politiker seit Anfang 2020 vom Stapel gelassen haben, ist genauso „verquer“. W. K.



**Andreas Speit:** „Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“, Ch. Links Verlag, Berlin 2021, broschiert, 239 Seiten, 18 Euro

## Morde in Wien um 1908

In Band 1 „Wiener Blut“ der Krimireihe „Die Toten-Ärztin“ von René Anour ist Fanny Goldmann ihrer Zeit weit voraus. Sie ist unverheiratet und berufstätig. Sie hat ein Studium als Gerichtsmedizinerin absolviert, wird aber von ihren männlichen Kollegen belächelt. Die junge Frau lässt sich davon ihren Forschungsdrang nicht nehmen.

Bei einer Obduktion entdeckt sie bei einem Toten einen ungewöhnlichen Parasitenbefall. Zwei weitere Opfer kommen dazu, die ebenfalls seltene Merkmale aufweisen. Fanny wird unterdessen vom Grafen Waidring unter Druck gesetzt, der ihre Freundin Tilde in seiner Gewalt hat. Fanny stellt gefährliche Nachforschungen in der feinen Gesellschaft an. Sie gerät zwischen zwei rivalisierenden Parteien. Als Frau von scharfem Verstand und unerschütterlichem Selbstvertrauen schafft sie es, heil aus dieser Lage herauszukommen, während reihum Menschen getötet werden.

Der Kriminalroman ist eine leichte Lektüre mit realistisch dargestelltem Verhalten der Gesellschaft in Wien um 1908. *Angela Selke*



**René Anour:** „Die Toten-Ärztin. Wiener Blut“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2021, Taschenbuch, 399 Seiten, 12 Euro

## TATSACHENROMAN



FOTO: IMAGO/HOHLFELD

## Fremde in der Heimat

Die Geschichte einer jungen Frau, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Deutsche unter Tschechen leben und leiden musste

**Spannend und authentisch** erzählt die Erfolgsautorin Hera Lind in ihrem Roman „Die Frau zwischen den Welten“ nach einer wahren Geschichte die Erlebnisse einer Heranwachsenden im Böhmen der Nachkriegszeit. Ella Berner ist die Tochter einer Deutschen aus Hillelmühl in

Nordböhmen und eines Tschechen. Als der Vater von Revolutionsgardern ermordet wird, wendet sich das Mädchen hilfesuchend an die väterliche Verwandtschaft in Prag. Diese empfindet die deutsche Familie jedoch als Belastung und lässt es Ella und ihre Mutter tagtäglich

spüren. Sie werden zu Fremden in der eigenen Heimat.

Um dieser Hölle zu entfliehen, unternimmt die Heranwachsende große Anstrengungen, beruflich voranzukommen. Sie lässt sich viel zu früh auf eine Heirat ein, wird Mutter, doch die Ehe endet un-

glücklich. Trost und Verständnis findet sie bei dem jüdischen Arzt Milan Berner, der den Holocaust überlebt hat. Da beide noch verheiratet sind, muss die Verbindung geheim bleiben. Währenddessen gerät die junge Frau in die Fänge eines Geheimdiensteschnüfflers. Dieser bekommt Wind von ihrem Verhältnis mit Dr. Berner und versucht, die beiden auseinanderzubringen. Ella fühlt sich bedroht. Das heimliche Paar schmiedet Fluchtpläne, doch es soll noch eine ganze Weile dauern, bis beide die Flucht in den Westen gelingt und sie glückliche Jahre als Ehepaar verleben dürfen.

Lind, deren Erfolgsromane „Ein Mann für jede Tonart“ und „Das Superweib“ verfilmt wurden, schreibt seit einiger Zeit die Lebensgeschichten von Frauen als Tatsachenroman auf, deren Schicksale so vor dem Vergessen bewahrt werden. Einer ihrer kritischsten Leserinnen des vorliegenden Buchs war Ella Berner, die, wo nötig, Korrekturen vornahm und den Titel vorschlug. *Manuela Rosenthal-Kappi*

**Hera Lind:** „Die Frau zwischen den Welten. Roman nach einer wahren Geschichte“, Diana Verlag, München 2020, Taschenbuch, 431 Seiten, 10,99 Euro

## VERTEIBUNG

## Spannende Chronik einer Familie

Erst nach Jahrzehnten ging Professor Wilfried Heller seinen Ursprüngen nach, die im egerländischen Littmitz liegen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Wie so viele Menschen, die von der Vertreibung aus ihrer Heimat betroffen waren, hat sich der emigrierte Professor für Sozial- und Kulturgeographie Wilfried Heller erst nach Jahrzehnten mit seinem Schicksal als Vertriebener und Angehöriger einer aus dem böhmischen Egerland vertriebenen Familie beschäftigt. Dies, obwohl die Migrationsforschung ein Schwerpunktthema seiner Lehr- und Forschungstätigkeit war.

Heller ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen. Er habe sogar alle Themen vermieden, die direkt mit seiner Heimat und mit der Tschechoslowakei zusammenhängen, schreibt er in seiner informativen Chronik „Zwischen Herkunft und Neuanfang ...“ Heller wurde 1942 im egerländischen Littmitz geboren. Mit fast 1200 weiteren egerländischen Familien bestieg die Familie am 8. August 1946 in Elbogen einen Zug nach Dachau, nachdem sein Vater zuvor stundenlang verhört worden war.

Der kleine Band widmet sich der Familiengeschichte in Egerland, eigenen Erfahrungen und Erinnerungen aus Ramsau und seiner Studienzeit und dem Berufsleben. Zum Schluss erläutert der Autor, wie er durch den Umweg über Neuseeland und eine dortige egerländische Kolonie doch noch zu den Themen „Heimat“ und „Unrecht der Vertreibung“ fand.

Seine Vorfahren kann er bis zu sieben Generationen bis zur ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zurückverfolgen. Sie lebten in 25 Herkunftsorten in der sogenannten Mundartregion des Egerlands, die ein wesentlich größeres Gebiet umfasste als das historische Egerland. Die meisten Dör-

fer waren Bauerndörfer mit Holz- und Forstwirtschaft. Die größeren Einwohnerzahlen einiger Orte waren auf den Erz- und Braunkohlebergbau zurückzuführen.

Bis 1918 lebten in einigen Dörfern noch keine Tschechen, danach nahm die tschechische Minderheit langsam, aber stetig zu, da öffentlich Bedienstete aller Sparten durch Tschechen ersetzt wurden. Vor dem Zweiten Weltkrieg bestand die Bevölkerung zu 95 Prozent aus Deutschen. Nach dem Anschluss des Sudetenlandes an das Deutsche Reich ging es Hellers Familie in finanzieller Hinsicht besser, da sein Vater ab März 1939 in der Verwaltung des Landratsamts Elbogen beschäftigt war. Nach dem Krieg wurde er entlassen und musste bis zu seiner Vertreibung im August 1946 in einem Kohlebergwerk arbeiten.

Insgesamt zehn egerländische Familien wurden im bayerischen Ramsau bei Berchtesgaden untergebracht. Hellers Familie hatte Glück, da sie von ihrer Wirtsfamilie als Mitbewohner des bäuerlichen Lebens willkommen geheißen wurde.

Spannend zu lesen ist diese kleine Chronik auch durch die eingefügten Exkurse zur Historiographie, zu lokalspezifischen sowie zu den Themen der Nachkriegszeit wie Lastenausgleich und die Behandlung der Heimatvertriebenen durch die Einwohner in Ramsau und anderen Zuwanderungsgebieten.

**Wilfried Heller:** „Zwischen Herkunft und Neuanfang. Biographische Skizze eines Vertriebenen aus dem Egerland (Böhmen)“, Verlag Inspiration Un Limited, London/Berlin 2021, broschiert, 112 Seiten, 12,90 Euro



## SIEBENBÜRGEN

## Widerstand gegen die Türken

Wie es den Siebenbürger Sachsen gelang, die Heimat zu verteidigen und dem Islam zu widerstehen, schildert Wilhelm Andreas Baumgärtner

VON BODO BOST

Der Balkan wurde ab dem 14. Jahrhundert von den Osmanen erobert, mit Ausnahme einer Region: Siebenbürgen. Hier wehrten sich die zum Protestantismus konvertierten Siebenbürger Sachsen in ihren Kirchenburgen erfolgreich gegen die Türken. Wie sie das machten, schildert Hans Wilhelm Baumgärtner in seinem Buch „Im Zeichen des Halbmondes“.

Jedem Schulkind wird gelehrt, dass die Türken zweimal, 1529 und 1683, vor Wien standen, die Stadt nicht nehmen konnten, und so das Abendland gerettet wurde. Aber kaum jemand weiß, dass die Türken viel öfter und viel früher schon vor Hermannstadt oder Kronstadt in Siebenbürgen standen, aber diese weitaus kleineren Städte nicht einnehmen konnten.

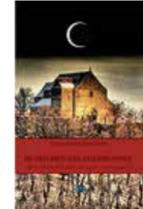
Den Gründen dieser Geschichte geht Baumgärtner, ein Siebenbürger Kirchenhistoriker, in seinem Buch nach. Bereits im Vorwort wird aus dem Lokal- ein Globalhistoriker, denn er stellt Zusammenhänge her, die auch für die Gegenwart von Bedeutung sind. Die Erstbegegnung Europas mit dem Islam auf dem Balkan bedeutete damals eine Folge von fast unablässigen Kriegen, Rechtsbrüchen und Willkürakten, eine jahrhundertelange Traumatisierung, die man sich heute im Zeitalter von Willkommenskultur kaum mehr vorzustellen vermag.

Die türkischen „Renner und Brenner“ gaben sich zwar am Anfang als Nachkommen der Oströmer aus, aber sie waren wie Vorboten der Apokalypse. Viele Balkanvölker waren ihnen schon seit dem 14. Jahrhundert erlegen, lange bevor die Hauptstadt Ostroms, Konstantinopel, 1453 an die Muslime fiel. Viele Balkanvölker hatten

sich sogar unter Zwang und Terror mit den Eroberern verbündet und ihre Religion angenommen.

Mit dem festen lutherischen Glauben, der auch ein neues Gemeinschaftsgefühl erzeugte, konnten die Siebenbürger Sachsen die Muslime von ihren befestigten Städten fernhalten, nicht jedoch, ohne ihnen dafür Tribut zu zahlen. Der Protestantismus war auch gegenüber den orthodoxen Rumänen offener als die katholische Kirche, der die Sachsen vorher angehört hatten. Jetzt gelang es den Siebenbürger Sachsen erstmals, gemeinsame Bündnisse mit den orthodoxen Rumänen gegen die Türken zu schmieden.

Eine zweite Stütze fanden die Sachsen in den Österreichern, die sich aufmachten, das Erbe der Ungarn auf dem Balkan anzutreten. In der Konfrontation des österreichischen Kaisers Rudolf II. mit dem Sultan von Konstantinopel, die von 1593 bis 1606 dauerte, wurde der siebenbürgische Fürst Sigismund Báthory zum Zünglein an der Waage. Österreich gelang es, die osmanischen Vasallenstaaten Siebenbürgen, Moldau und Walachei für ein Bündnis gegen die Osmanen zu gewinnen. Dadurch verloren die Türken ihr strategisches Hinterland, die Sicherheit ihrer Verbindungswege und vor allem ihre Nachschubbasis. Das war der Beginn des „kranken Mannes“ am Bosphorus.



**Wilhelm Andreas Baumgärtner:** „Im Zeichen des Halbmondes. Siebenbürgen in der Zeit der Türkenkriege“, Schiller Verlag, Sibiu/Hermannstadt 2021, gebunden, 293 Seiten, 16 Euro

## FLUCHT UND VERTREIBUNG

## Trauriges Schicksal einer Lehrerfamilie

Der Vater im Kriegseinsatz, die Mutter verschleppt – Erinnerungen einer Ostpreußin an das Jahr 1945

Gebohren wurde ich 1939 in Rastenburg. Mein Vater stammte aus Schippenbeil und war Lehrer und Schulleiter einer örtlichen Mittelschule, die im April 1939 gegründet worden war und die er aufbauen sollte. Meine Mutter war gebürtig aus Szierandzen im Kreis Insterburg und ebenfalls als Mittelschullehrerin am Hindenburg-Oberlyzeum vor Ort tätig. Ende August 1939 war mein Vater eingezogen worden, um am beginnenden Polen-Feldzug teilzunehmen, und so war er bei meiner Geburt nicht anwesend. Im März 1941 wurde mein Vater aus der Wehrmacht entlassen und konnte sich wieder seiner Lehrtätigkeit widmen, doch nach rund eineinhalb Jahren kam erneut der Einberufungsbefehl.

1942 wurde mein Bruder geboren. Wenig später kam ich in den Kindergarten, wo ich als erstes lernte, dass man bei der Begrüßung nicht „Guten Morgen“ sagte, sondern „Heil Hitler“. Auch an unsere damalige Wohnung kann ich mich noch erinnern, die ich nach 53 Jahren (1998) wiedersah, als es uns durch Vermittlung eines polnischen Freundes und der Zustimmung der seinerzeitigen Mieterin gelang, sie erneut zu betreten. Im Sommer fuhr meine Mutter mit uns Kindern nach Cranz, wo wir das Strandleben genossen. Noch beim letzten Aufenthalt im Sommer 1944 herrschte eine friedliche Idylle, denn vom Krieg spürten wir nichts, obwohl nur kurze Zeit danach britische Bomber Königsberg in Schutt und Asche legten und nur wenige Wochen später die Rote Armee vor den Toren Ostpreußens stand.

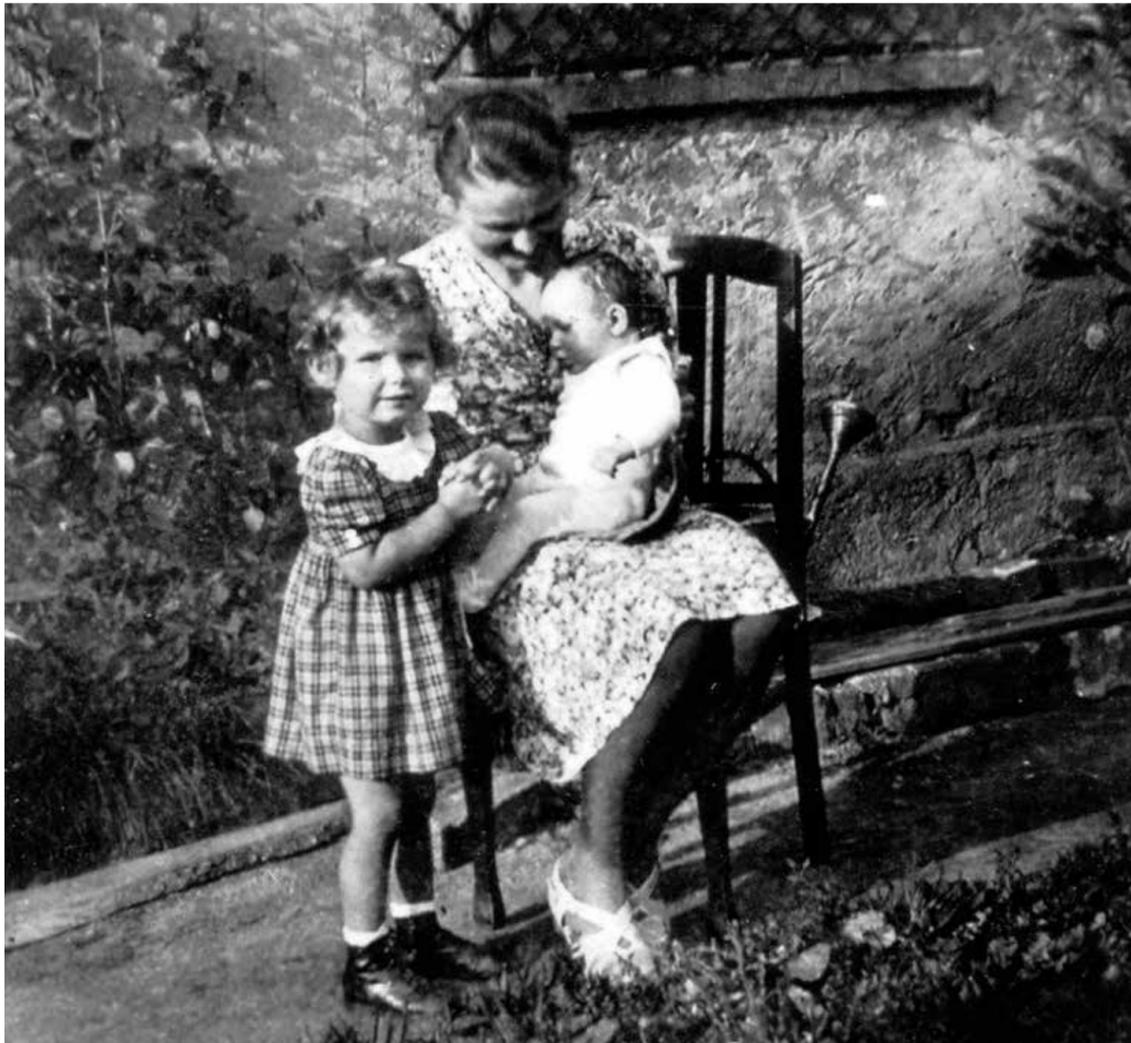
**Die Ruhe vor dem Sturm**

Am 26. November 1944 (Totensonntag) hatte es im Keller unseres Hauses einen Einbruch gegeben, bei dem die dort deponierten Luftschutzkoffer aufgebrochen und Tafelsilber sowie Kleidungsstücke entwendet wurden. Auch Lebensmittelvorräte hatte man gestohlen, wobei die ermittelnde Kriminalpolizei zu dem Schluss kam, dass es sich bei den Tätern vermutlich um Soldaten gehandelt habe. Meine Mutter war entsetzt und schrieb ihrer Schwägerin in Nordenburg, offensichtlich werde nun schon aller Privatbesitz als Allgemeingut betrachtet. Und sie stellte die verzweifelte Frage: „Wie wollen wir dann den Krieg gewinnen?“ Genau sechs Wochen später begann die sowjetische Großoffensive, die bald zum Inferno für die ostpreussische Zivilbevölkerung werden sollte.

Am 27. Januar 1945 wurde Rastenburg von der Roten Armee eingenommen. Kurz zuvor waren wir – viel zu spät, wie sich bald herausstellte – auf die Flucht gegangen. Meine Mutter war mit uns beiden Kindern zu einem Gutsbesitzer in der Nähe aufgebrochen, dessen Ehefrau eine Schulfreundin meiner Mutter war und der versprochen hatte, uns mitzunehmen. Bei minus 20 Grad und heftigen Schneestürmen begaben wir uns auf den Weg Richtung Westen. Wir kamen nur langsam voran, immer die Sowjets im Rücken, deren Tiefflieger die Flüchtlingskolonnen mit ihren Bordkanonen beschossen. Noch heute sehe ich vor meinen Augen die im blutgetränkten Schnee liegenden toten Pferde und erfrorene Kinderleichen.

**Als Brandlöscher in Rastenburg**

Dass es uns nicht auch erwischte, lag wahrscheinlich daran, dass die gegnerischen Soldaten unseren Treck bald eingeholt und überrollt hatten. Wir wurden gezwungen umzukehren, denn am 31. Januar hatten die Besatzer die bis dahin weitgehend unversehrte Stadt Rastenburg in Brand gesetzt, der nun von den zurückgetriebenen Bewohnern gelöscht



Ein Bild aus glücklichen Tagen: die Autorin mit Mutter und Bruder im Hof ihres Geburtshauses in Rastenburg

Foto: Reith

werden sollte. Bei der Ankunft mussten wir feststellen, dass inzwischen alle Wohnungen geplündert worden waren. Aber die verbliebenen Deutschen durften ohnehin nicht mehr in ihre Wohnungen zurück, sondern wurden in einem abgetrennten Ghetto zusammengepfercht. So konnten deren verlassene Wohnungen in der Stadt weiter in Ruhe „ausgeräumt“ werden.

In den provisorisch hergerichteten Unterküften mussten sich oft bis zu 30 Personen ein Zimmer teilen, und ich weiß noch, dass man die Privatsphäre der Menschen dadurch zu wahren versuchte, dass man Betttücher oder große Stofflaken mitten in den Zimmern aufhängte, um sein kleines persönliches Areal mit den wenigen Habseligkeiten, die einem geblieben waren, abzugrenzen. Das Sammellager selbst wurde rundherum von sowjetischen Soldaten bewacht.

Jeden Morgen hatten sich vor der Kommandantur Frauen und junge Mädchen einzufinden, die man zu Aufräumarbeiten abkommandierte. Diese Arbeitskolonnen wurden dazu eingesetzt, Privateigentum aus den verwaisten Wohnungen wegzuschaffen, das die Besatzungsmacht im Sinne von Reparationsleistungen beschlagnahmte. Alte Leute und Kinder blieben derweilen zurück und konnten froh sein, wenn ihre Angehörigen abends zurückkehrten, was häufig nicht der Fall war, weil sie tagsüber spurlos verschwanden.

Unter Lebensgefahr gelang es hin und wieder einigen Frauen, in unbeaufsichtigten Momenten Medikamente und Verbandsmaterial aus den geplünderten Häusern und Arztpraxen zu holen, um es für Erste-Hilfe-Situationen zu reservieren. Auch meine Mutter verließ uns regelmäßig morgens zum Arbeitseinsatz, und wir konnten von Glück sagen, wenn wir sie abends wiedersahen.

Ende Februar 1945 begannen die ersten Verschleppungen, am Gründonnerstag

(29. März) erfolgte die umfangreichste Verhaftungswelle. Schließlich erwischte es auch meine Mutter: Am Karsamstag (31. März) oder Ostersonntag (1. April) kam sie abends nicht zurück. Sie war auf dem Weg zur Arbeit oder während der Arbeit festgenommen und zum Verhör durch den sowjetischen Geheimdienst gebracht worden. Solche Vernehmungen fanden meist im Keller eines Hauses statt und dauerten mehrere Tage, an denen man dort in Dunkelheit bei Wasser und trockenem Brot ausharrte. Nicht selten waren die Prozeduren begleitet von Folter oder Vergewaltigungen. Wer in der NSDAP gewesen war, wurde per Lastwagen nach Insterburg verfrachtet, wo die Unterbringung im ehemaligen Zuchthaus erfolgte, das man jetzt für die zum Abtransport vorgesehenen Personen als Straflager nutzte.

Zwar ist mir über eine Parteimitgliedschaft meiner Mutter nichts bekannt, da sie aber zu der Gruppe der Deportierten zählte, muss wohl davon ausgegangen werden; außerdem hatte sie als Lehrerin ja im Staatsdienst gestanden, und da war ein Eintritt in die NSDAP keine Seltenheit, sondern stellte eher einen Vorteil dar. Auch eine Freundin meiner Mutter, die mit ihren zwei kleinen Kindern und ihrer Mutter in unserem Sammellager untergebracht war, kehrte eines Tages nicht vom Arbeitseinsatz zurück, doch hatten diese beiden Kinder das Glück, dass wenigstens noch ihre Großmutter blieb, die sich um sie kümmern konnte. Und weil die alte Dame Mitleid mit meinem Bruder und mir hatte, sorgte sie auch für uns, soweit das möglich war. Das hat uns mit Sicherheit das Leben gerettet, denn entweder wären wir in einem Waisenhaus geendet oder als „Wolfskinder“ durch die Gegend geirrt, von denen es gerade in Rastenburg etliche gab.

**Feindlich gesinnte Polen**

Nach Kriegsende übergaben die Sowjets den Polen die Verwaltung. Damit entfiel auch die Bewachung unseres Ghettos durch die Posten der Roten Armee, wodurch die Deutschen den Schikanen der anfänglich sehr feindselig auftretenden polnischen Bewohner ausgesetzt waren. Im September 1945 begann die Vertreibung der deutschen Bevölkerung Rastenburgs, im Oktober mussten nahezu alle ihre Heimat verlassen und wurden in die sowjetisch besetzte Zone deportiert. Auch wir gehörten dazu und hatten Glück, dass die alte Dame, die seit der Verschleppung ihrer eigenen Tochter sowie unserer Mutter vier kleine Kinder versorgt hatte, auch meinen Bruder und mich mitnahm. Da sie wusste, dass die Schwester unserer Mutter, mit ihrer Familie in Thüringen lebte, benachrichtigte sie in Berlin das Deutsche Rote Kreuz (DRK), das einen Transport zu unseren Verwandten organisierte. Uns

hatten inzwischen zahlreiche Krankheiten geplagt, und so erreichten wir dreckig und in verlauster Kleidung unser neues Zuhause.

Unser Vater kehrte im Juli 1947 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück, in die er im April 1945 geraten war. Im April 1946 hatte ihn ein erster Brief mit Nachrichten über das Schicksal seiner Familie erreicht. So wusste er, wo wir waren und dass wir uns in Sicherheit befanden. Im Sommer 1947 gab es ein Wiedersehen mit ihm. Da mein Vater so schnell wie möglich den sowjetischen Machtbereich verlassen wollte, siedelten wir schon bald zu Verwandten nach Schöningen (bei Helmstedt) über, wo wir bis 1949 blieben. Dann erhielt mein Vater eine Anstellung als Lehrer in der Nähe von Bonn.

Unsere Mutter blieb vermisst. Aufgrund von Anzeigen im *Ostpreußenblatt* meldeten sich Anfang der 1950er Jahre zwei ehemalige Leidensgenossinnen, die berichteten, dass am 18. April 1945 rund 1400 Frauen, unter denen sich auch unsere Mutter befand, am Güterbahnhof in Insterburg auf Viehwaggons verladen und in ein Straflager im Ural deportiert worden waren. Da unsere Mutter schwer erkrankte, sollte sie im September des Jahres entlassen werden, war aber am Tag des geplanten Rücktransports ohnmächtig zusammengebrochen. Die beiden Lagerinsassinnen konnten dagegen die Rückreise antreten, waren sich in ihren Schilderungen jedoch einig, dass unsere Mutter keine Überlebenschance gehabt habe und dort verstorben sei. Ähnlich äußerte sich der Suchdienst des DRK 1952 in einem Schreiben an unseren Vater, in dem es hieß, dass unsere Mutter zuletzt im Oktober 1945 lebend gesehen worden sei, weshalb man als Zeitpunkt des Todes den 31. Dezember 1945 festsetze. Eine offizielle Bestätigung für den Tod erhielten wir allerdings nicht, sodass das Schicksal unserer Mutter weiterhin ungeklärt blieb. Es vergingen noch Jahre, bis unser Vater nicht mehr daran glaubte, dass unsere Mutter noch lebte,

1400

Frauen wurden im April 1945 in Insterburg auf Viehwaggons verladen und in ein Straflager im Ural deportiert

und so beantragte er schweren Herzens, seine Frau für tot erklären zu lassen, was 1959 offiziell geschah.

Erst der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und die damit verbundene Öffnung der Grenzen weckten Hoffnungen, viele der bis dahin ungelösten Schicksale noch zu klären, und so wandten wir uns in den Jahren 1994/95 mit Anfragen sowohl an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge als auch an den Suchdienst des DRK, die schließlich zum Erfolg führten. 1997 erhielten wir die Nachricht, dass unsere Mutter am 14. September 1945 im Lager verstorben war. Damit erhielten wir nach mehr als einem halben Jahrhundert endlich Gewissheit über ihr Schicksal. Unser Vater, 95 Jahre alt, lebte zu dem Zeitpunkt noch. Im Sommer 2011 erhielten wir vom Suchdienst des DRK dann noch überraschend eine Kopie der vollständigen Sterbe- und Begräbnisakte unserer Mutter, die zwischenzeitlich vom Staatlichen Russischen Militärarchiv aus Moskau übermittelt worden war.

Gertraud Reith geb. von Mioduszewski, früher Rastenburg, heute Neuss und Kapstadt



Rastenburg 2018: Das Haus in der Hindenburgstraße 21

Foto: Reith

## ● AUFGESCHNAPPT

Bezweifeln einige noch immer den Sinn von Masken oder akzeptieren diese lediglich als notwendiges Übel, so wartet der „Spiegel“ nun mit einem völlig neuen Aspekt auf. Unter der Überschrift „Warum Maskenverweigerer hässlich wirken“ wird auf eine Studie der britischen Universität Cardiff verwiesen. Vor Corona seien Masken mit Krankheit verbunden worden und hätten die Attraktivität verringert. Nun gelte das Gegenteil. Ein Forscher erklärte, dass man jetzt „das Tragen von medizinischen Masken möglicherweise als beruhigend“ empfinde. Stoffmasken kamen bei der Untersuchung weniger gut weg, Gesichter ohne Masken „schnitten stets am schlechtesten ab“, so der „Spiegel“. Vermutet werden „evolutionspsychologische Effekte“. So stünde die Maske „heute für Verantwortungsgefühl“. Dies sei auch bei der Partnersuche wichtig, denn: „Wer will schon Kinder von einem Maskenverweigerer?“ Zudem richte die Maske den Blick „automatisch auf die Augen“. Dem verummten Gesicht gehört die Zukunft. *E.L.*



## ● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Virologe und Endemiologe Klaus Stöhr kritisiert in der Sendung „Die richtigen Fragen“ (Bild-TV, 16. Januar) das Festhalten an harten Corona-Maßnahmen, obwohl Omikron ins Ende der Pandemie führt:

„Der Übergang in die Endemie ist immer gleitend. Im Frühjahr und Sommer wird es sehr entspannt. Man muss jetzt endlich mal die Rationalität wahren und aus dem Paralleluniversum heraustreten, in dem Deutschland sich befindet, was die Maßnahmen angeht.“

Matthias Iken kommentiert das Verbot einer Demonstration durch die Hamburger Regierung im „Hamburger Abendblatt“ (14. Januar) voll bitterer Ironie:

„Wie eskaliert man einen Streit? Wie spaltet man eine Gesellschaft? Wie schadet man der Demokratie? Fragen Sie in Zukunft vielleicht einfach bei den Strategen der Gesundheits- und Innenbehörde nach – die kennen sich damit offenbar aus. Der Versuch, die für Sonnabend geplante Demonstration gegen die Corona-Politik zu untersagen, geht jedenfalls genau in die Richtung.“

Tennislegende Boris Becker verteidigt im Gespräch mit der „FAZ“ (15. Januar) das Recht seines serbischen Kollegen Novak Djokovic, eine impfskeptische Haltung einzunehmen:

„Als demokratische Gesellschaft sollten wir diese anderen Meinungen auch zulassen. Mittlerweile haben wir gelernt, dass man sich trotz dreier Impfungen auch infizieren und die Krankheit weitergeben kann. Das ist das Teufische: Es gibt keine beste, sondern nur eine vorübergehende Lösung. Novak hat sich anders entschieden als ich und die Mehrheit der Menschen. Aber er hat nichts Verbotenes getan.“

Kai Möller, Juraprofessor an der renommierten London School of Economics, verurteilt die Ausgrenzung und Diskriminierung Ungeimpfter in Deutschland hart. In Großbritannien sei derlei undenkbar, schreibt er in der „Welt“ (18. Januar), denn:

„Ein freiheitlicher Staat respektiert die körperliche Unversehrtheit insoweit absolut, als medizinische Behandlungen nicht gegen den Willen des Betroffenen stattfinden dürfen. Ein Staat, der sich anschickt, Körper und Geist seiner Bürger zu kontrollieren, ist übergriffig und handelt totalitär ... Deutschland sollte 2G schleunigst abschaffen.“

## ● WORT DER WOCHE

„Auf der Basis des jetzigen Wissens- und Erkenntnisstands kann man meines Erachtens nicht überzeugend begründen, dass eine allgemeine gesetzliche Impfpflicht den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit entsprechen wird.“

Hans-Jürgen Papier, früherer Präsident des Bundesverfassungsgerichts, zitiert von den Zeitungen der Funke-Mediengruppe am 18. Januar

## DER WOCHENRÜCKBLICK

## Die Zeit rast

Wie sie das Bürgertum erst radikalisierten, und wie sie den „Radikalisierten“ dann auf den Pelz rücken

VON HANS HECKEL

Langsam wird es bizarr. Selbst der „Lockdown-Guru“ Tomas Pueyo aus Frankreich verkündet: „Vorbei! Es ist Zeit, wieder anzufangen, zu leben“ („Game over! It's time to start living again“). Wenn sie Pueyo vergessen haben sollten: Er ist der Schöpfer der Losung „Flatten the Curve“, welche die Marschrichtung der Corona-Politik während der ersten Welle vorgab. Ziel war es, die Ausbreitung in den ersten Monaten hinauszuschieben (die ansteigende Kurve der Fallzahlen also abzufachen), damit das Gesundheitswesen nicht überlastet wird. Pueyo gab die Parole schon am 10. März 2020 aus, woraufhin ihm der Titel „Lockdown-Guru“ zuflog.

Jetzt sagt der Franzose, dass die Eindämmungsmaßnahmen mittlerweile mehr Schaden als Nutzen verursachten, weil die Pandemie mit und wegen Omikron in etwa einem Monat durch sein dürfte. Und es wird noch besser: Er warnt auch, dass die größte Gefahr in der derzeitigen Schlussphase der Pandemie nicht mehr von Corona ausgehe, sondern von Regierungen, die von Lockdown-artigen Maßnahmen einfach nicht lassen mögen.

Wir fühlen uns angesprochen. Von Deutschland und dem Gebaren unserer Politik muss der „Guru“ gehört haben. Laut DIVI-Zentralregister ist die Zahl der Corona-Fälle auf den Intensivstationen zuletzt auf gut 2600 gefallen (Stand Dienstag). Am 10. Dezember kämpften dort noch mehr als 4900 Patienten um ihr Leben. Sieht doch gut aus, oder? „Halt, stopp!“, rufen die Warner. Omikron habe ja erst angefangen, die Zahlen würden wieder steigen und dann drohe eine „Überlastung des Gesundheitssystems“.

Aha? Was wir nur schwer verstehen: Während diese „Überlastung“ wieder mal drüben ihr hässliches Haupt erhebt, weil in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen sowieso schon akuter Kräfte-mangel herrscht, fluten Anzeigen von Pflegekräften die Lokalzeitungen, die sich nicht impfen lassen wollen und daher ab Inkrafttreten der Impfpflicht für diesen Berufszweig am 15. März eine neue Stelle suchen müssen – viele intensivmedizinisch geschulte Spezialisten darunter.

Einige Kliniken haben schon zu Jahresbeginn angefangen, ihre ungeimpften Mitarbeiter fristlos an die Luft zu setzen. Also: Es drückt ein (für die Patienten) geradezu lebensgefährlicher Mangel an Klinikpersonal,

und trotzdem kann man es sich leisten, zahllose Mitarbeiter rauszuschmeißen? Wer mir das logisch zusammenbauen kann, ohne dabei schamrot zu werden oder vertrottelt auszusehen, der möge vortreten und meine aufrichtige Bewunderung empfangen für seine perfekte Mimikry.

Unsere maßgeblichen Politiker schaffen das, sie mögen nämlich partout „nicht lassen“ von ihren Maßnahmen und gehen sogar immer noch weiter. In Karlsruhe und Pforzheim gilt jetzt eine nächtliche Ausgangssperre für Ungeimpfte. Vor ein paar Wochen wäre jedes „Geraune“ darüber, dass eine solche Maßnahme auch nur geplant sein könnte, als „verschwörungsideologisches Geschwurbel rechter Hetzer“ gebrandmarkt worden. So schnell rast die Zeit.

## Haldenwangs Partei-Problem

Wer sich öffentlich weigert, mit ihr mitzurasen, bekommt Probleme. Thomas Haldenwang hat seine Netze weit ausgeworfen und zieht den Kreis derer, die er ins Visier nimmt, immer weiter. Die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ zitiert den Chef des Bundesverfassungsschutzes, Corona sei nur der Aufhänger für die „radikalisierte Szene“: „Ob das jetzt Corona ist oder die Flüchtlingspolitik. Oder auch die Flutkatastrophe: Da hat man teilweise die gleichen Leute gesehen, die versuchen, den Eindruck zu vermitteln, der Staat versage und tue nichts für die Menschen.“ Selbst, wer die Asylpolitik kritisiert oder sich beschwert, dass die staatlichen Stellen bei der Flut im Ahrtal Mist gebaut haben, rückt nun ins Visier des Inlandsgeheimdienstes. Und zwar als „neue Kategorie“ von gefährlichen Subjekten neben Links-, Rechts- und Islam-Extremisten, wie es Haldenwang nennt.

Was den Mann treibt, kann man nur ahnen. In jedem Falle hat der Geheimdienstchef ein Problem: Er ist CDU-Mitglied. Von SPD und Grünen ist bekannt, dass sie alle relevanten Stellen nach ihrer Machtübernahme besonders gründlich von parteifremden Elementen zu säubern pflegen, um die Posten mit ihren eigenen Leuten zu besetzen. Das könnte ihn zu vorausseilendem Übereifer anstiften, um seine Position zu retten.

Jedenfalls segelt der Verfassungsschutzchef perfekt im Trend. Die politisch Verantwortlichen und ihnen gewogene Medien scheinen es regelrecht darauf anzulegen, die bürgerliche Mitte zu radikalisierten, um sie

dann als „offensichtlich radikalisiert“ bekämpfen zu können. Im Hamburg wird eine Demo gegen die Impfpflicht einfach mal verboten. Begründet wurde das mit Abstands- oder Maskenpflichten im Freien, obwohl der zuständige Wissenschaftszweig der Aerosolforschung schon zu Anfang der Pandemie festgestellt hatte, dass Ansteckung unter freiem Himmel nahezu unmöglich sei. Regierungsfreundliche „Gegen-Demos“ durften natürlich marschieren. Dass dort jede Menge Linksextremisten mitdemonstrierten, ist weder Politik noch Medien der Erwähnung wert. Wer über all das in Rage gerät und von „Willkür“, ja „Diktatur“ faselt, den nimmt der Verfassungsschutz in seine Sammlung auf.

Wobei solch Gefasel natürlich auch Unsinn ist. Bei uns gilt schließlich weiterhin die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung, wie schon in der alten Bundesrepublik. Dort versammelten sich alle demokratischen Kräfte im „antitotalitären Konsens“, der sämtliche rechts- wie linksextremen Versuchungen gleichermaßen ablehnte. Ganz anders in der DDR: Da galt der „antifaschistische Konsens“, für den der Feind ausschließlich rechts stand und der jeden, der sich gegen die Regierung stellte, zum „Faschisten“ oder mindestens zum Handlanger staatsfeindlicher Kräfte stempelte.

Seien Sie vorsichtig, was Sie jetzt sagen – oder auch nur denken! Herr Haldenwang könnte sich für Sie interessieren.

Auf dem Weg zur Bürger-Radikalisierung werden die Schrauben immer fester gezogen. Während die Schweiz den Genesenen-Status gerade von sechs auf zwölf Monate verdoppelt hat, wird er in Deutschland per Handstreich von sechs auf drei Monate halbiert. Das vergrößert die Gruppe der womöglich demnächst Impfpflichtigen gewaltig und damit die Möglichkeit der Radikalisierung weiterer Kreise.

Nun ja, die Impfpflicht: Wir haben ja bereits große Zweifel geäußert, dass die überhaupt kommt. Familienministerin Anne Spiegel von den Grünen will es zunächst lieber mit sanfteren Methoden versuchen: „Von daher setze ich ... auf viele, die sich jetzt vielleicht doch entscheiden lassen, sich impfen zu lassen“, sagte sie dem Deutschlandfunk.

Eine aufschlussreiche Formulierung: Sie setzt darauf, dass sich die Leute „entscheiden lassen“, statt dass die etwa selbst entscheiden. Schöner hat noch keiner sein Ideal vom ferngesteuerten Bürger in Worte gefasst.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter [www.paz.de](http://www.paz.de)